Österreichischer Gemeindebund

KOMMUNALER ZUKUNFTSBERICHT 2019

2017
2018
2019
2020
2021

Der „Kommunale Zukunftsbericht“ ist eine Publikation des Österreichischen Gemeindebundes, die jährlich erscheint.

Er ist ein offener publizistischer Thinktank, in dem Menschen aus vielen unterschiedlichen Bereichen über Zukunftsfragen für Gemeinden nachdenken. Kontroversielle Meinungen und Beiträge sind dabei erwünscht, nicht jeder Beitrag entspricht der Meinung oder Position des Österreichischen Gemeindebundes.

Dieser Bericht hat eine Auflage von rund 3.500 Stück in gedruckter Form und ergeht so an zahlreiche Meinungsträger/innen und Meinungsbildner/innen in unserem Land.

Titelbild: Bernhard Wimmers Aufnahme des Skywalks in der Gemeinde Hohe Wand hat sich unter fast 1.200 beim Fotowettbewerb des Österreichischen Gemeindebundes eingereichten Fotos durchgesetzt. Dieses Foto wurde von den Kommunalnet-User/innen zum schönsten Foto gewählt.

INHALTS-VERZEICHNIS

Alfred Riedl	**Für mehr Selbstbewusstsein der ländlichen Räume**	**02**
Walter Leiss	**Die liebe Not mit den Normen**	**08**
Sonja Ottenbacher *Roswitha Glashüttner*	**Vizepräsidentinnen im Gemeindebund Mein Weg an die Spitze**	**16**
Sibylle Hamann	**100 Jahre Frauenwahlrecht Das Ende des Duldens**	**24**
Evelyn Regner *Michaela Kauer*	**Sozialer Wohnbau im europäischen Spannungsfeld**	**32**
Gerald Mathis	**Regionale Entwicklung Ignoranz der Politik spaltet das Land**	**40**
Simon Rosner	**Die Zukunft des ländlichen Arbeitsmarkts**	**48**
Christian Härting	**Chancen & Grenzen der Zusammenarbeit**	**62**
Verena Konrad	**Ein Plädoyer für den kulturellen Wert des Gebauten**	**70**
Johann Lefenda	**Wohnraummodelle für junge Erwachsene im ländlichen Raum**	**76**
Nikolaus Lienbacher	**Mit intelligenter Verschwendung die Welt retten**	**82**
	Der Österreichische Gemeindebund	**90**
	Was unsere Gemeinden leisten	**102**
	Impressum, Bild- und Quellennachweis	**104**

Bgm. Mag. Alfred Riedl
Präsident des
Österreichischen Gemeindebundes

FÜR MEHR SELBSTBEWUSSTSEIN DER LÄNDLICHEN RÄUME

Stadt gegen Land? Stadtregionen gegen ländliche Regionen? Glasfaser und schnelles Internet auch am Land? Oder doch ländliche Räume aufgeben, was deutsche Wissenschaftler schon für den Osten Deutschlands empfohlen haben? Als Kommunalpolitiker heißt es heute, besonders wachsam zu sein und dagegenzuhalten: Die Landgemeinden, die ländlichen Regionen sind heute mehr denn je gefordert, sich in der täglichen politischen Debatte Gehör zu verschaffen. Wenn Ökonomen offen über das Aufgeben der Peripherie nachdenken, weil sich deren Erhalt wirtschaftlich nicht lohne, gilt es, besonders selbstbewusst aufzutreten. Denn bei der Frage der ländlichen Räume geht es um eine Existenzfrage für die Gemeinden, für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir sehen es deutlich, wenn wir in die Städte und Gemeinden blicken: Das Leben pulsiert nicht nur in den Städten. Immer mehr Gemeinden in den ländlichen Regionen blühen auf. Es gibt immer mehr Orte, die sich mit innovativen Ideen neues Leben eingehaucht haben. Dass diese Entwicklung nicht einfach ist und es kein Patentrezept dafür gibt, das im Waldviertel genauso gilt wie in der Südoststeiermark, ist klar. Aber die Entwicklungen rund um uns zeigen, dass gerade im ländlichen Raum auch viele Chancen liegen, die es in den nächsten Jahren zu nutzen gilt.

Heutzutage verschwimmen die Grenzen zwischen Stadt und Land immer stärker. Die „Speckgürtel“ rund um die Städte wachsen immer mehr ins weite Land hinaus, mit all den Herausforderungen, die durch den Zuzug entstehen. Man muss heute im politischen Alltag die Regionen rund um die Städte als „Regiopole“ sehen: Räume und Gemeinden, die auf eine Stadt hin ausgerichtet sind. Denn öffentlicher Verkehr und auch gut ausgebaute Straßennetze verbinden Städte und Regionen und schaffen damit eng verknüpfte Ballungsräume.

Mit der allgegenwärtigen Verfügbarkeit und Vernetzung von Informationen zu jeder Zeit an jedem Ort scheint die Welt immer mehr zu einem „globalen Dorf“ zusammenzuschrumpfen. Ob in Wien oder in Andau, ob in Salzburg oder in Gramais – der Wohnort ist heute nicht mehr relevant, wenn es um Information, Austausch und Teilhabe geht. Und die fortschreitende Digitalisierung, die Verfügbarkeit schneller Internetanschlüsse, wird auch immer mehr Menschen die Möglichkeit bieten, dort zu arbeiten, wo sie leben wollen.

Betrachtet man das Zusammenwachsen der Ballungsräume in den letzten Jahren und Jahrzehnten, so sieht man, dass die Menschen die Nähe zur Stadt als Arbeitsplatz und die Gemeinde am Land als Lebensort schätzen und lieben gelernt haben. Mit all den unterschiedlichen Herausforderungen, die durch den Zuzug in den Regionen entstehen, spüren wir, dass diese Entwicklung noch lange nicht zu Ende ist. Im Gegenteil: Ich bin

FÜR MEHR SELBSTBEWUSSTSEIN DER LÄNDLICHEN RÄUME

davon überzeugt, dass viel mehr Menschen als heute eigentlich am Land leben wollen, wenn sie auch dort arbeiten könnten. Oder, wenn ihnen dort, wo sie leben, Angebote aus den Städten rasch geliefert werden und sie diese in der Nähe auch selbst erreichen können.

Diese Veränderungen werden sich nicht aufhalten lassen: Wenn wir nur zehn Jahre zurückdenken, dann hat es in diesen zehn Jahren mehr Innovationen und technischen Fortschritt gegeben als in den 70 Jahren davor. Und in den letzten Jahren hat es auch gegenüber dem „Land“ einen Einstellungswandel gegeben. War man vor zwanzig, dreißig Jahren noch ein „Provinzler“, wenn man eine Stunde von der nächsten mittleren und größeren Stadt entfernt gewohnt hat, so ist das Landleben heute zum Sehnsuchtsort vieler Städter geworden. Das Zweithaus, die Zweitwohnung am Land, zählt heute fast schon zur Grundausstattung der bürgerlichen Mittelschicht in den größeren Städten unseres Landes. Gleichzeitig kommen die Vorzüge des Landlebens immer öfter direkt in die Stadt: von begrünten Hausfassaden und Dächern über städtische Imkerei bis hin zu „Urban Gardening“.

Klar ist, dass Städte und Regionen unterschiedliche Herausforderungen und auch verschiedene Aufgaben haben. Dennoch gilt es, Metropolregionen gemeinsam zu denken. Denn die Menschen denken schon lange nicht mehr in Gemeindegrenzen und sind heute mobiler denn je. Wenn wir etwa über die Finanzierung der Kommunen diskutieren, müssen alle Seiten die unterschiedlichen Bedürfnisse und Anforderungen berücksichtigen. Klar ist aber auch, dass Gemeinden in den „Speckgürteln“ auch immens gefordert sind, was den Flächenbedarf für die vielen Menschen betrifft, die am Land leben wollen. Hier braucht es auch in Zukunft einen besonnenen Umgang mit dem zur Verfügung stehenden Boden wie auch die sinnvolle Nutzung brach liegender Flächen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind hier besonders in der Pflicht, verantwortungsbewusst mit den Ressourcen umzugehen.

90 Prozent der Weltbevölkerung konzentrieren sich auf Metropolregionen und „Megastädte“ mit zig Millionen Einwohnern. Mit dem Blick auf diese Metropolen wirken unsere Herausforderungen, unsere Diskussionen zwischen den Ballungsräumen und den Regionen, vergleichsweise unbedeutend. Dennoch sind unsere 2.096 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tagaus, tagein gefordert. Wir spüren, dass sich unsere Welt, unsere Werte immer mehr verändern. Die Digitalisierung schreitet voran und bestimmt unser Arbeiten, unser Zusammenleben immer mehr. Obwohl die digitalen Möglichkeiten die Menschen immer rascher und schneller vernetzen, nehmen Individualismus und Egoismus zu und fordern unsere gewachsenen Gemeinschaften. Die Menschen verlangen immer mehr nach Solidarität, sind aber auf der anderen Seite immer weniger bereit, sich für andere zu engagieren. Die Bürger verlieren auch immer mehr die Geduld mit der Politik: Sie rufen zwar nach tiefgreifenden Reformen, geben aber denen, die sie regieren, keine Zeit für die Umsetzung.

Aber gerade in den kleineren Gemeinden, im ländlichen Raum, finden die Menschen noch die Gemeinschaft, die sie in den Städten immer stärker vermissen. Dort, wo Brauchtumsvereine, Feuerwehren und Sportvereine zu regelmäßigen Festen laden und Heurigen und Wirtshäuser die Menschen zusammenbringen, findet man heute noch die Heimat, die so viele suchen. Aber auch diese Heimatorte sind gefordert, auf die neuen Entwicklungen zu reagieren, die zum Beispiel die Digitalisierung mit sich bringt.

Die Entstehung der Metropolen und Städte ist eng verknüpft mit Handel, Handwerk und Industrialisierung. Die Arbeit hat lange das Leben der Menschen von Grund auf bestimmt. In der Vergangenheit hat man dort gelebt, wo es Arbeit gab und wo man geboren wurde. Im Mittelalter etwa wanderte nur etwa ein Prozent der Bevölkerung vom angestammten Territorium aus und blieb das ganze Leben lang dort, wo es die Arbeit verlangte. Die Konzentration von Wirtschaft, Industrie, Absatzmarkt und Dienstleistungsangeboten haben aus Dörfern und Siedlungen im Lauf der Jahrhunderte Städte und Großstädte geformt.

Aber vieles, was diese urbane Konzentration bisher gerechtfertigt hat, ist heute auf jedem Smartphone vereint. Die alte Ökonomie der Produktion vor Ort in Verbindung mit einem nahen Absatzmarkt ist heute schon längst überholt. Die digitale Ökonomie bricht alte Strukturen auf. Handelszentren und der stationäre Handel werden immer mehr durch den Onlinehandel abgelöst und Industriebetriebe können durch künstliche Intelligenz Autoteile aus der ganzen Welt zum richtigen Zeitpunkt zur Fertigungsstraße liefern und mit Robotern das neueste Auto vom Band schicken. Man kann diese Entwicklung jetzt gut oder schlecht finden. Klar ist aber: Sie hat bereits begonnen und wird sich immer schneller fortsetzen, ob wir wollen oder nicht.

Mit dem Fortschritt verändert sich auch unsere Arbeitswelt. Gab es 2004 noch zwei Prozent Telearbeitsplätze, arbeiteten im Jahr 2016 schon 16–20 Prozent der Arbeitnehmer weltweit ganz oder teilweise von zu Hause aus. Dank des Fortschritts können die Menschen immer öfter dort arbeiten, wo sie leben wollen. Man wird nicht mehr 40 Stunden an einem Ort im Büro verbringen, sondern über Cloud-Systeme mit den Kollegen kommunizieren und international vernetzt arbeiten.

Junge Menschen bevorzugen immer mehr das Leben auf dem Land. Sie suchen nach Sinn in der Arbeit, beim Konsum und beim Tourismus. Damit gibt es mehr Chancen der Re-Regio-

FÜR MEHR SELBSTBEWUSSTSEIN DER LÄNDLICHEN RÄUME

nalisierung der Wirtschaft. Der Wunsch zum Einkauf direkt beim Produzenten hat auch schon in Österreich Unternehmer auf die Idee gebracht, Kunden und Produzenten noch enger zu vernetzen und direkt ab Hof die gewünschten Produkte zu liefern.

Um Arbeiten von zu Hause aus zu erleichtern und neue Start-ups in der Peripherie zu ermöglichen, brauchen wir auch eine flächendeckende digitale Infrastruktur, die dem steigenden Bedarf nach Download- und Uploadleistungen nachkommt. Glasfaser ist deswegen auch klar ein Element der Daseinsvorsorge, wie Wasser, Kanal und Strom. Zur Finanzierung soll etwa ein Glasfaserfonds, wie der Wasserwirtschaftsfonds, eingerichtet werden, damit die Gemeinden nicht alleine dastehen.

Mit dem Blick auf die steigenden Tourismuszahlen weltweit wird klar: Der ländliche Raum in unserem Land hat noch einiges an Potenzial, obwohl schon vieles erfolgreich genutzt wird. Im Jahr 1980 waren weltweit 400 Millionen Touristen unterwegs. Im Jahr 2030 werden es schon zwei Milliarden Reisende sein. Dabei konzentrieren sich heute 95 Prozent der Touristen auf fünf Prozent aller Reiseziele. Jede Region, jede Stadt und jedes Dorf muss sich die Frage stellen, was sie für Touristen einzigartig macht. Seien es historische Wurzeln, die Landschaft, Brauchtum, Kultur, Kunst oder die Menschen: Touristisches Potenzial hat jede Gemeinde in unserem Land.

Damit einhergehend ist natürlich auch der Ausbau der Infrastruktur wichtig. Denn ohne Verkehrsanbindung sind auch alle guten touristischen Ideen nicht zu erreichen und damit uninteressant. Das ist auch eine wichtige Verantwortung der Politik: Impulse in den Regionen zu setzen, Infrastrukturen zu optimieren und die Bewohner der Provinz vom gemeinsamen touristischen Projekt zu überzeugen. Beispielhaft kann ich hier die Landesausstellungen in Niederösterreich oder Oberösterreich anführen, wo abwechselnd ganze Regionen erfolgreich touristisch neu gedacht werden und auch dementsprechend investiert wird. Das beginnt bei interessanten Ausstellungen, geht über gastronomische Angebote und reicht bis zum Ausbau des Radwegenetzes im Umkreis der Landesausstellung. Ganze Regionen schließen sich dabei zusammen, ziehen an einem Strang, gewinnen neues Selbstbewusstsein und stärken ihre regionale Identität.

Für die Zukunft gilt nun: Mehr Mut für neue Ideen. Mehr gestalterische Spielräume für die Regionen. Und mehr (Eigen-) Verantwortung für die Gemeinden. Die Gemeinden brauchen sich nicht zu Sklaven des Zeitgeistes zu machen und jeder vermeintlichen „Innovation“ der Städte hinterherhecheln. Mit einer gehörigen Portion Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen müssen die Gemeinden und ländlichen Räume ihre Chancen erkennen und aus den Ressourcen und Möglichkeiten, die sie haben, das Beste machen. Damit sie gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern ihre Kommunen gestalten können und damit auch den ländlichen Regionen, den Kraftzentren unseres Landes, neue Chancen und Perspektiven geben.

Alfred Riedl, 65,

ist Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und seit 29 Jahren Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Grafenwörth in Niederösterreich.

Dr. Walter Leiss
Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes

DIE LIEBE NOT MIT DEN NORMEN

Unser ganzes Leben besteht aus Normen. Wir schreiben auf genormtem Papier mit einem genormten Bleistift oder Kugelschreiber und stecken einen Brief in ein genormtes Kuvert, der vom Empfänger aus einem genormten Postkasten herausgeholt wird. Über diese kleinen Dinge hinaus ist auch festgelegt, wie wir bauen, wie wir unsere Abwasserwirtschaft organisieren und vieles mehr.

Fast 23.000 Normen haben in Österreich Gültigkeit. Rund sieben Prozent sind rein nationale Normen. Der Rest ist aufgrund der Globalisierung entweder international (ein Prozent) oder europäisch (92 Prozent). Dazu kommen mit 0,3 Prozent die sogenannten DIN-Normen. Dabei handelt es sich um freiwillige Normen, die vom Deutschen Institut für Normen erstellt wurden. Die Zahl der nationalen Normen ist seit einigen Jahren wieder leicht rückläufig, weil internationale Normen rein österreichische ersetzen.

Während der einzelne Bürger im Alltag die Normen kaum spürt, obwohl sie omnipräsent sind, haben sie für die Wirtschaft eine ganz wichtige Funktion: Sie machen die Erzeugung effizienter und in weiterer Folge auch kostengünstiger. Daher ist es in der Praxis vor allem die Wirtschaft, die sich sehr aktiv am Normierungsprozess beteiligt: Nur rund fünf Prozent aller normierenden Organisationen sind Universitäten, Schulen oder die Forschung. Bund, Länder und Gemeinden machen fast sieben Prozent der über 2.100 teilnehmenden Organisationen aus. Überwiegend große und einige kleine Unternehmen hingegen stellen fast 80 Prozent der Experten für Normierungsgremien.

Während Normen für viele Teile der Wirtschaft und damit am Ende auch für die Bürger sehr positiv sind, weil sie Technik einer breiten Bevölkerungsschicht zugänglich machen, häufen sich gleichzeitig die Klagen über die „Normenwut“. Diese läuft vor allem auf zwei Ebenen ab: Zum einen wird das Zustandekommen der Normen abseits der gesetzlichen Wege kritisiert, zum anderen werden Normen sehr oft in Gerichtsverfahren als Richtschnur (Stand der Technik) von Sachverständigen herangezogen und nicht mehr auf den Einzelfall eingegangen. Beides führt dazu, dass die Grenzen zwischen Normen und Gesetzen zunehmend verschwinden.

Das Besondere an Normen ist, dass sie nämlich weder vom Gesetzgeber als Gesetz noch von Verwaltungsbehörden als Verordnung erlassen wurden. Jede Baubehörde wendet sie jedoch in den Bauverfahren an, weil in vielen Baugesetzen steht, dass nach dem „letzten Stand der Technik“ gebaut werden soll. Als einzige Richtschnur dienen hier nur die Normen. Kommt es zu Gerichtsverfahren, setzt sich auch kein Sachverständiger über sie hinweg. Gestützt auf die Verkehrssicherungspflichten oder Bauwerkshaftung nach § 1319 ABGB wird von den Gerichten geurteilt, ob Gebäude ordnungs-

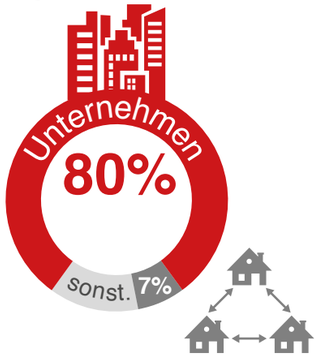
Normenwesen im Überblick

20-350 €
kostet eine Norm (in Paketen kann sich dies bis 1 Euro senken)

0 Euro
kostet es, sich an der Normung zu beteiligen

Erste Norm
1921
ÖNORM M 1501
Metrische Gewinde

Normierende Organisationen:



7% Gemeinden, Länder, Bund

4% aller ÖNORMEN sind gesetzlich verbindlich

7% rein nationale Normen

22.751
Normen gesamt

Fast **3.000**
Normen sind dem Bereich „Bauen“ zuzurechnen

Meistverkauft:
ÖNORM B 2110
Allgemeine. Vertragsbestimmungen für Bauleistungen Werkvertragsnorm

4.146 2017 ▶ 2018 **4.343**
Anstieg der Teilnehmenden in Komitees und Arbeitsgruppen

Quelle: austrian-standards.at. Grafik: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan

DIE LIEBE NOT MIT DEN NORMEN

gemäß errichtet und erhalten werden. Maßstab für die gerichtlichen Entscheidungen ist die Beurteilung durch Sachverständige. Für diese ist der Stand der Technik, d. h., die Einhaltung der aktuellen Normen, relevant. Dabei wird auf den Unterschied zwischen Stand der Technik und Normen nicht mehr eingegangen. Für die Haftung ist es nicht entscheidend, ob das Vorhaben dem Gesetz entspricht, sondern ob die Normen eingehalten sind.

Eine Lösung für diesen Teufelskreis scheint nicht in Sicht. Zum einen bräuchte es wahrscheinlich eine grundsätzliche Entrümpelung der fast 3.000 Normen allein im Baubereich, außerdem eine Definition, was unter „Stand der Technik“ zu verstehen ist, und zum anderen bräuchte es hier eine gesetzliche Klarstellung, ob wirklich immer der Stand der Technik zu beurteilen ist oder ob vielmehr auf den Einzelfall eingegangen werden müsste.

Gleichzeitig werden Normen erarbeitet, die immer weitreichendere Folgen für die Gesellschaft haben: Die Ö-Norm B 1300 wird, vereinfacht gesagt, so verstanden, dass alle Gebäude jeweils dem Stand der Technik entsprechen und laufend adaptiert werden müssen.

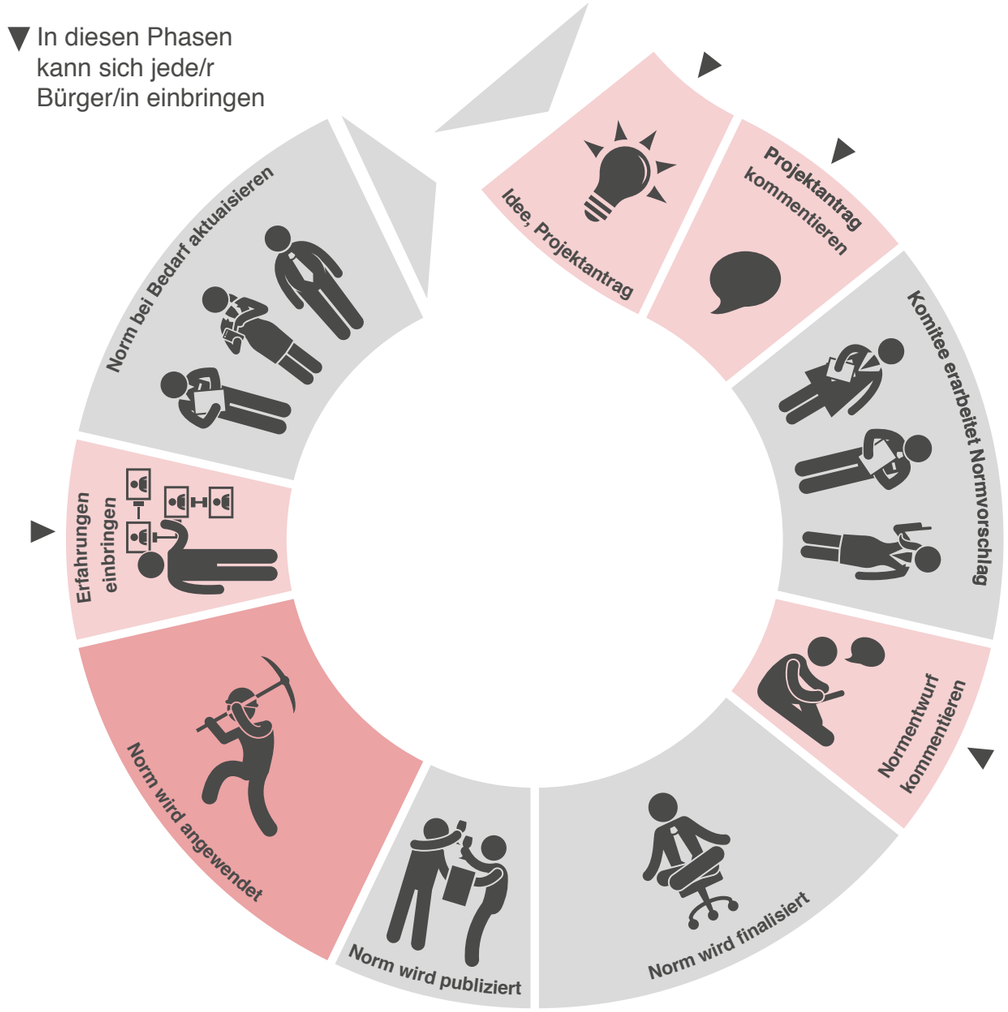
„Daraus resultieren zahlreiche Prüf-, Kontroll- und Überwachungspflichten, um für den sicheren Zustand des Gebäudes Sorge zu tragen und den vom Gebäude ausgehenden Gefahren entgegenzuwirken sowie erkennbare Gefahren zu verhindern“, heißt es auf der Homepage des TÜV.

Eine Menge an Form- und Regelblättern wurde entwickelt, um diesen Vorgaben zu entsprechen. Diese unterstützen zwar den Eigentümer oder die Hausverwaltung, zeigen aber gleichzeitig auch auf, dass die Gebäude nicht mehr dem Stand der Technik – was sie auch nicht müssen – entsprechen. Kostspielige Sanierungen sind damit vorprogrammiert. Beispielsweise neue Stiegen wegen geänderter Stufenhöhe, neue Geländer oder ein Fenstertausch und eine Wärmedämmung etc., weil der bisherige Zustand nicht mehr den Normen entspricht. Dass damit dem für das Bauverfahren geltenden Grundsatz, dass ein Objekt dem Zustand entsprechen müsse, wie es bewilligt wurde, widersprochen wird, stört nicht.

Der „Häuslbauer“ wird davon weniger betroffen sein, aber eine besondere Bedeutung kommt dem im großvolumigen Bau zu. Man darf gespannt sein, wie in Wien der überwiegende Altbestand an Häusern saniert wird und welche Kosten dann auf die Mieter und Eigentümer zukommen.

Die zweite Dimension der Probleme in der Normensetzung passiert im Prozess selbst. Da Normen ähnlich wie Recht behandelt werden, in einzelnen Gerichtsverfahren sogar den Gesetzen übergeordnet werden, muss

Wie Normen entstehen



Quelle: austrian-standards.at. Grafik: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan

DIE LIEBE NOT MIT DEN NORMEN

man sich die Frage stellen, ob sich hier nicht ein juristisches Paralleluniversum aufgetan hat.

In manchen Fällen verschwimmen offenbar für die Normengeber selbst die Grenzen zwischen Gesetz und Norm, wie dies jüngst bei der ÖNORM S 2411, in der es um die Identifikation und Bewertung von Risiken im Boden von Liegenschaften geht, der Fall ist. Dabei werden von Gemeinden umfangreiche Erhebungen und deren Dokumentation im Zuge von Widmungsverfahren pro Parzelle verlangt, was bisher kein Baugesetz vorschreibt und eine Beweislastumkehr zu Ungunsten der Gemeinden bedeuten würde. Bisher müssen solche Analysen bei Bedarf nämlich die Grundstückseigentümer selbst vornehmen.

Mit dieser Norm wird nicht nur die Wertsteigerung durch die Widmung privatisiert und das gesamte Kosten- und Haftungsrisiko auf die Gemeinden übertragen, sondern auch die Kompetenz der Normengebung überschritten. Diese Norm stellt sich mit ihrem Inhalt über Landes- und Bundeskompetenzen. Neben einer drastischen Kostensteigerung für die Gemeinde hätte die Beweislastumkehr außerdem eine Verlangsamung von Genehmigungsverfahren zur Folge.

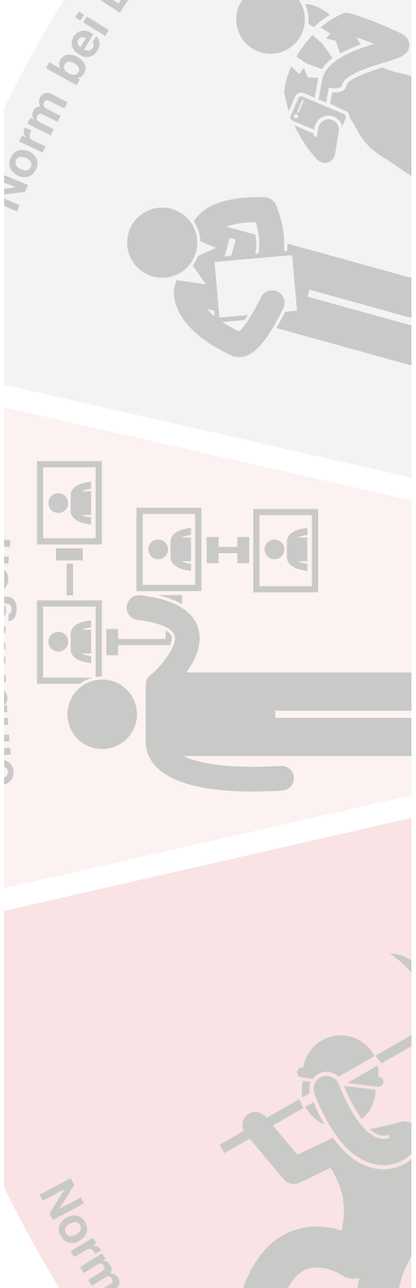
Um sich eine Meinung dazu zu bilden, lohnt sich ein Blick auf die Entstehung von Normen. Grundsätzlich kann nämlich jede und jeder eine Idee für eine Norm einreichen. Anschließend kann die Allgemeinheit den Projektantrag kommentieren, in weiterer Folge bildet sich ein Komitee und erarbeitet einen Normvorschlag, der wiederum kommentiert werden kann. In einem Komitee kann jeder kostenlos mitwirken und seine Expertise einbringen. In weiterer Folge wird die Norm finalisiert und publiziert und kann von allen, die sie kaufen, angewendet werden. Nach einiger Zeit kann die Norm aufgrund der Erfahrungen aktualisiert werden. Hier ist kein grundlegendes demokratiepolitisches Defizit zu erkennen. In der Praxis jedoch schon: Denn hinter einem Normvorschlag steht in der Regel ein konkretes Interesse. Auch die Erarbeitung übernehmen, wie eingangs schon ausgeführt, hauptsächlich Vertreter der Wirtschaft. Es sind zwar zu einem geringen Prozentsatz auch die Öffentlichkeit und die Wissenschaft daran beteiligt, doch fehlen der öffentlichen Hand die Ressourcen, dies flächendeckend zu tun. Anders ist dies bei Gesetzen, wo gewählte Vertreter des Volkes über Gesetze verhandeln und versuchen, alle Meinungen zu einem Thema einzuholen. Natürlich muss auch hier am Ende eine Entscheidung gefällt werden, die nicht immer allen gefällt.

Der nächste demokratiepolitisch schwierige Punkt ist, dass Normen anders als Gesetze nicht frei zugänglich sind. Das bedeutet, wenn eine Gemeinde beispielsweise selbst über die Normen bei einem Bauprojekt Bescheid wissen möchte, dann kostet dies einmal ordentlich:

Die Spannweite reicht hier von 20 bis 350 Euro pro Norm. Natürlich gibt es mittlerweile Pakete für Klein- und Mittelunternehmen und sogar für Gemeinden. Aber der Grundsatz, dass Gesetze den Bürgern kostenlos zugänglich sein sollen, wird bei Normen nicht angewendet. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass das Normungsinstitut Austrian Standards neben einer staatlichen Förderung auch eigene Einnahmequellen braucht, um sich und seine Tätigkeiten auf österreichischer und internationaler Ebene zu finanzieren.

Wäre es daher ein Ansatz, die Normengebung komplett in den Gesetzgebungsprozess zu integrieren? Wahrscheinlich nicht, da weder Politik noch der öffentliche Dienst über so viele Experten verfügen. Daher ist eine Einbindung der Experten aus der Praxis sinnvoll, effizient und hat auch in der Vergangenheit durchaus erfolgreich funktioniert. Normen schaffen eine gewisse Sicherheit, setzen Standards und dadurch können Entwicklungsprozesse schneller und effizienter abgewickelt werden. Es geht eher darum, eine klare Abgrenzung zwischen Normen und Gesetzen zu finden und ein „Zuviel“ zu verhindern.

Die Ausführungen machen deutlich: Lösungen sind schwer zu finden, aber es braucht dringendes Handeln, denn die Auswirkungen und Unzufriedenheiten wachsen. Ein erster Schritt ist zumindest getan: Austrian Standards hat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Österreich das „Dialogforum Bau“ gestartet, in dem eine erste Bestandsaufnahme der fast 3.000 Baunormen mit dem Ziel der Reduktion erfolgt ist. Auch eine erste Annäherung an das Thema Haftungen ist erfolgt. Es bleibt zu hoffen, dass es hier nicht beim reinen Reden bleibt, sondern auch wirkungsvolle Maßnahmen erarbeitet werden. Denn wie oben beschrieben: Finden manche dieser Normen wirklich Anwendung, dann haben wir größere Probleme.



DIE LIEBE NOT MIT DEN NORMEN

Walter Leiss, 61,

ist seit 2011 Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.

Bgm. Sonja Ottenbacher
Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes

VIZEPRÄSIDENTINNEN IM GEMEINDEBUND

MEIN WEG AN DIE SPITZE

Als ich 1993, nach 15 Jahren in der Stadt Salzburg, wieder in meine Heimat Stuhlfelden zurückgezogen bin, um eine eigene Praxis für Psychotherapie aufzumachen, waren sehr wenige Frauen in unserer Region in der Kommunalpolitik tätig. Meinen Einstieg in die Kommunalpolitik habe ich nur der Frage, warum in unserer Gemeinde so wenige Frauen politisch tätig sind, in einer gemütlichen Runde zu verdanken. Die Antwort lautete, dass ich mich gleich selbst bewerben sollte. Da ich niemand bin, der nur redet und dann nichts tut, habe ich 1998 begonnen, mich politisch zu engagieren. 1999 konnten wir bei den Gemeinderatswahlen ein Mandat gewinnen. So wurde ich – ohne jegliche politische Erfahrung – nicht nur Gemeinderatsmitglied, sondern gleich Vizebürgermeisterin.

Ich muss ehrlich zugeben: Anfangs war natürlich alles neu und für mich fast unverständlich, wofür eine Gemeinde alles zuständig ist. Aber ich hatte große

„Könntest Du dir vorstellen, mir als Bürgermeisterin nachzufolgen?“ Mit diesen überraschenden Worten bat mich Langzeit-Bürgermeister Rudi Hakel im Frühjahr 2018, seine Nachfolge im Bürgermeisteramt der Stadt Liezen anzutreten. Er beabsichtigte zum damaligen Zeitpunkt, der Kommunalpolitik nach mehr als 18 Jahren als Bürgermeister „Adieu“ zu sagen. Überraschend waren seine Worte für mich deshalb, da ich mich beruflich bereits in Pension befand und plante, mein Leben und meine Zukunft stärker der Familie zu widmen.

Ich habe meine Entscheidung für das Bürgermeisteramt nach reiflichen Überlegungen mit viel Zuversicht und Freude getroffen. Vom ersten Moment an war für mich klar, diese große Aufgabe und Verantwortung mit Kontinuität und neuen Ideen für unsere Stadtgemeinde im Gleichklang zu besetzen.

Langeweile und Stillstand sind zwei Begriffe, die in meinem

Bgm. Roswitha Glashüttner
Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes

VIZEPRÄSIDENTINNEN MEIN WEG

Freude an dieser Tätigkeit und bekam viel Unterstützung von den Kollegen in der Gemeindevertretung und großen Zuspruch aus der Bevölkerung. Im Pinzgau war es damals eine richtige Rarität, als Frau in der vorderen Reihe zu stehen.

Als sich mein Vorgänger 2003 – nach 36 Jahren an der Spitze – dazu entschieden hat, nicht mehr zu kandidieren, wurde ich von der Bevölkerung und auch von einigen Mandataren gefragt, ob ich nicht als Bürgermeisterin kandidieren wolle. Man muss dazu sagen, dass es zu dem Zeitpunkt noch keine einzige Bürgermeisterin im ganzen Bundesland Salzburg gab. Eigentlich war ich auch nicht die Wunschnachfolgerin meines Vorgängers, der schon einen Mann für den Posten auserkoren hatte. Bei Umfragen in der Bevölkerung und Diskussionen in der Fraktion kam aber klar heraus, dass die Bevölkerung mich als Kandidatin wollte. Mit diesem starken Rückhalt wurde ich als Kandidatin aufgestellt und gewann 2004 die Wahl gegen einen Gegenkandidaten mit 81 Prozent.

Seither arbeite ich mit Überzeugung und noch immer mit großer Freude als Bürgermeisterin, obwohl ich festhalten möchte, dass es trotz meiner Vorerfahrung als Vizebürgermeisterin kaum vorstellbar ist, welches Ausmaß dieses Amt mit sich bringt. „Learning by doing“ wäre wohl die beste Beschreibung, denn es gibt so viele verschiedene Aufgabengebiete, auf die man nicht vorbereitet sein kann. Finanzen, Infrastruktur, Kinderbetreuung, Pflege sowie Raumordnung, Gewerbe, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten zu schaffen – das alles heißt es anzugehen und zu bewältigen.

Vor allem aber sind es die sozialen, emotionalen Bereiche, die oft eine große Belastung darstellen. Akutsituationen bei Katastrophen, Tragödien im Ort, Verluste und Krankheiten und vieles mehr, brachten auch mich als ausgebildete Psychotherapeutin oft an die Grenzen. In der Situation bleibt einem Bürgermeister oft auch nur die Hilflosigkeit. Meine Erfahrung zeigt aber: Am Ende geht es ums Zusammenhalten und Zusammenarbeiten. Das prägt eine Gemeinde und ihre Bewohner.

Was braucht es also, um dieses umfangreiche Aufgabenspektrum zu bewältigen? Aus meiner Sicht stellen kompetente und loyale Mitarbeiter/innen, Fachkräfte zur Beratung, aber auch eine Gemeindevertretung, in der – über die Parteigrenzen hinaus – zusammengearbeitet wird, wo Wertschätzung gelebt und Zusammenhalt gezeigt wird, die zentralen Faktoren dar. Wenn das funktioniert, kann man auf kommunaler Ebene sehr viel und sehr rasch etwas bewirken. Die sogenannte Bürgernähe wird in den Gemeinden ausnahmslos gelebt und gepflegt, da man ja immer Ansprechperson vor Ort ist.

Überregional ist mir die Vernetzung aber ebenso wichtig. Früher war ich Bezirksleiterin der

IM GEMEINDEBUND AN DIE SPITZE

Leben wenig Platz finden. Mein Alltag war – und ist es jetzt mehr denn je – immer mit Aufgaben ausgefüllt, die mich geformt und geprägt haben, die aber auch viele positive Eindrücke hinterlassen haben. So konnte ich in all den Jahren viele Kontakte knüpfen, ein Netzwerk aufbauen, die unterschiedlichsten Begegnungen mit Menschen erleben und auch eigene Akzente setzen.

Als jüngstes von drei Kindern wuchs ich in einem sozialdemokratischen Umfeld auf, in dem Disziplin und Verantwortung besonders wichtig waren. Gestärkt durch meine Familie wurde der Grundstein für mein politisches, aber auch soziales Interesse und schließlich für meine Lebenslaufbahn gelegt. Neben allen beruflichen und politischen Agenden musste ich als alleinerziehende Mutter von drei Kindern permanent den Spagat zwischen Beruf und Familie finden.

Mein beruflicher Weg führte mich in für unsere Region bedeutende Unternehmen. In der damaligen VOEST Alpine und danach in der Firma Plansee konnte ich als Chefsekretärin meinen Beitrag zum Erfolg leisten. Ich erhielt in weiterer Folge auch die Chance für eine berufliche Weiterentwicklung und war letztlich als Sachbearbeiterin in der Arbeitsvorbereitung tätig.

Soziale Gerechtigkeit und deren Durchsetzung standen für mich immer im Vordergrund, daher engagierte ich mich auch über 13 Jahre lang als Betriebsrätin. Dieses Engagement war die Basis dafür, dass ich mich mit 47 Jahren entschloss, beruflich noch einmal durchzustarten, um in der Funktion der ÖGB-Regionalsekretärin für den gesamten Bezirk wirken zu können. Diese Tätigkeit durfte ich bis zu meiner Pensionierung im Jahr 2014 ausüben. Nebenbei wurde meine Rolle in der Kommunalpolitik gestärkt, und ehrenamtliche Tätigkeiten für die Volkshilfe und das Rote Kreuz sind für mich bis heute nicht wegzudenken.

Was habe ich aus all den Herausforderungen gelernt? Aufgaben formen und mit seinen Aufgaben kann man wachsen – wenn man dies zulässt!

Die Gemeindepolitik hat mich schon als junge Frau und Mutter interessiert. Durch die Tätigkeit als Betriebsrätin hatte ich schon früh Kontakt zu Funktionärinnen und Funktionären, die sich im Interesse der Gemeinde für die Bevölkerung einsetzten. So sagte ich im Jahr 1994 zu, bei der nächsten Gemeinderatswahl zu kandidieren, jedoch – wegen meiner noch zu versorgenden Kinder – an nicht wählbarer Stelle.

Der entscheidende Schritt für meine politische Zukunft wurde bald gesetzt, als ich im Jahr 1998 zur Gemeinderätin angelobt wurde und ich das Sozialreferat übernehmen durfte. Für mich war immer schon wichtig, die Menschen im Mittelpunkt zu sehen. Bei der Gemeinderatswahl im Jahr 2000 erhielt ich das Stadtratsmandat und seit

VIZEPRÄSIDENTINNEN MEIN WEG

ÖVP-Frauen und Bezirksobfrau der ÖVP in unserer Region, ehrenamtlich führe ich nach wie vor die Funktionen der Bezirksleiterin des Salzburger Bildungswerkes und des Vorstandsmitglieds sowie der Aufsichtsratsstellvertreterin von Pro Mente Salzburg aus. Mein erster Schritt in die Interessenvertretung der Gemeinden erfolgte 2014 in Salzburg, wo ich in den Vorstand des Gemeindeverbands gewählt wurde.

Warum ich mich nun für das Amt der Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes entschieden habe, ist ganz klar zu beantworten: Ich habe „Ja“ gesagt, als ich gefragt wurde. Es war für mich eine Ehre, dass ich mich künftig für Österreichs Gemeinden stark machen kann. Mit der Zusage für dieses Amt möchte ich aber auch ein Zeichen für alle Frauen setzen, die gefragt werden, in die Kommunalpolitik einzusteigen. Wir überlegen oft und berechtigterweise, ob sich das neben all den Verpflichtungen, die wir ohnehin schon haben, ausgeht. Natürlich kann man nicht immer wissen, was auf einen zukommt. Aber man wird es auch nie erfahren, wenn man es nicht ausprobiert. Daher möchte ich allen den Mut geben, einfach einmal „Ja“ zu sagen und auszuprobieren, ob es einen nicht doch erfüllt, die eigene Umgebung zu gestalten.

Der Österreichische Gemeindebund unterstützt seit vielen Jahren sehr stark das Anliegen, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer unterstützte mich 2007 bei der Organisation des ersten Bürgermeisterinnentreffens. Seither haben die jährlichen Zusammenkünfte, um sich auszutauschen, zu diskutieren, um Mut zu machen, immer in einem anderen Bundesland stattgefunden. Nicht nur für uns Bürgermeisterinnen persönlich, sondern auch in der medialen Aufmerksamkeit sind die drei Tage einmal im Jahr ein wichtiges Zeichen. Wichtig ist mir auch, dass man nicht immer nur jammert, sondern auch einmal sieht, dass sich die Anzahl der weiblichen Gemeindevorsitzenden in Österreich seit 2004 fast verdreifacht hat.

Als sich Präsident Alfred Riedl entschieden hat, zwei weibliche Vizepräsidentinnen in den Vorstand aufzunehmen, habe ich es als Anerkennung gesehen, gefragt zu werden, so eine Position zu übernehmen. Es ist mir ein Anliegen, zu zeigen, dass das Amt als Bürgermeisterin bei all den Unsicherheiten und großen Herausforderungen etwas ganz Spannendes und Schönes ist und die Menschen spüren, wenn man mit Wertschätzung, Echtheit und Verbundenheit die Arbeit macht. Ich möchte gemeinsam mit unseren Vertretern der Gemeindeverbände aller Bundesländer für die Gemeinden mitreden und mitbestimmen dürfen, um das Beste für die kommunale Ebene zu erreichen. Denn es ist nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch unsere Pflicht, verantwortungsbewusst und behutsam mit den Menschen und unseren Gemeinden

IM GEMEINDEBUND AN DIE SPITZE

2011 war ich als 1. Vizebürgermeisterin an der Seite von Bürgermeister a. D. Rudi Hakel in der Stadtregierung.

Das Amt der Bürgermeisterin habe ich am 2. Jänner 2018 mit der Zusage angetreten, dass ich mich weiterhin und verstärkt für diese Stadt und ihre Menschen mit Freude und mit voller Kraft einsetzen werde, mit Möglichkeiten, zu gestalten, nach guten Lösungen für die Herausforderungen unserer Stadt zu suchen und bestmögliche Entscheidungen zu treffen. Dabei liegt mir besonders am Herzen, weiterhin das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen sowie das Gemeinsame zu fördern und in den Vordergrund zu stellen!

Natürlich ist der Alltag einer Bürgermeisterin nicht immer eine einfache Aufgabe, und die Erfahrungen der letzten Monate haben mir gezeigt, dass dieses Amt mit der Überwindung von Hürden verbunden ist. Der Lohn dafür ist die Genugtuung, sich für die Menschen in unserer Gesellschaft einsetzen, Zusammenhalt und Vertrauen vermitteln zu können und Verantwortung für unsere Stadt übernehmen zu dürfen.

Mit dem Amt der Bürgermeisterin ist man natürlich auch in vielen Gremien vertreten. Dazu gehört auch der Österreichische Gemeindebund als bedeutende Interessensvertretung der Gemeinden. Für mich heißt dies, die Gemeinden in allen Belangen bei der Gesetzgebung im Bund und in den Ländern bestmöglich zu vertreten, Herausforderungen anzunehmen und gemeinsam Lösungen mit einem kompetenten Team zu entwickeln und umzusetzen. Dass ich nun auch die Möglichkeit habe, im Österreichischen Gemeindebund als Vizepräsidentin mitwirken zu dürfen, zeugt nicht nur von großem Vertrauen, sondern bedeutet auch Zutrauen, und das erfüllt mich mit großer Freude und macht mich stolz.

Was motiviert mich, neben meinem ausgefüllten Alltag das Amt der Vizepräsidentin anzutreten? Als Bürgermeistern habe ich nun die Chance, Teil dieses wichtigen Gremiums zu sein und so überregional mitgestalten zu können. Mich inspiriert auch die Rolle, die ich als Frau – in einem durchwegs männerbesetzten Bereich – mit all meinen Erfahrungen und Fähigkeiten einnehmen kann.

Ich möchte an dieser Stelle auch anderen Frauen gezielt Mut zusprechen und sie bestärken, dass sie die gleichen Chancen haben, wenn es darum geht, ein Amt, so wie es etwa das Bürgermeisteramt ist, anzunehmen. Wichtig dabei ist, dass die Strukturen für eine frauenfreundliche Besetzung von politischen Ämtern angepasst und die Frauen bei ihrer Organisation und letztendlich in ihrer Funktion unterstützt werden.

Erschwerend kommt oft hinzu, dass die Erwartungshaltung an Bürgermeisterinnen anders ist als an die männlichen Kollegen. So wird viel mehr Augenmerk auf

VIZEPRÄSIDENTINNEN MEIN WEG

umzugehen, die uns anvertraut sind.

Und so wird mich auch weiterhin mein Motto begleiten: „Schiffe sind sicherer, wenn sie im Hafen sind, aber dafür werden sie nicht gebaut.“ – Politiker sind bequemer, wenn sie sich ruhig verhalten, aber dafür werden sie nicht gewählt!

Sonja Ottenbacher, 58,

ist seit 2004 Bürgermeisterin der Gemeinde Stuhlfelden im Bundesland Salzburg. Von 2009 bis 2013 war sie im Salzburger Landtag tätig, seit 2014 ist sie im Vorstand des Salzburger Gemeindeverbandes. Seit März 2019 ist sie außerdem Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes.

IM GEMEINDEBUND AN DIE SPITZE

ihr Äußeres und ihren Stil bei der Führung des Amtes gelegt. Aber wir alle sind Menschen mit unterschiedlichen Schicksalen, Zugängen und Möglichkeiten, und es sollte daher selbstverständlich sein, auch Frauen in den Mittelpunkt zu stellen.

Daher mein Appell, an Euch, liebe Frauen: Traut Euch das zu! Denn Frauen und Männer sind gleichermaßen für alle Tätigkeiten bestimmt, dies auch, oder sogar besonders, in der Kommunalpolitik, der Basis der Demokratie!

Roswitha Glashüttner, 62,

ist seit 2018 Bürgermeisterin der Stadt Liezen in der Steiermark. 1998 erfolgte ihr Einstieg in die Kommunalpolitik als Gemeinderätin, 2011 wurde sie zur Vizebürgermeisterin angelobt. Seit März 2019 ist sie außerdem Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes.

Mag.a Sibylle Hamann
Journalistin in Wien

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT
DAS ENDE DES DULDENS

Große historische Entwicklungen spielen sich immer auch im Kleinen ab. Auf den Straßen der Dörfer, in der Kirche, im Wirtshaus, in den Familien. Auch dass Frauen vor 100 Jahren das Recht erkämpften, in der neu gegründeten Republik endlich wählen zu dürfen, war keine isolierte politische Entscheidung. Es war das Ergebnis dramatischer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umwälzungen, die überall in Österreich Tag für Tag im Kleinen stattfanden. Am Beispiel einiger niederösterreichischer Gemeinden möchte ich den Ereignissen von damals hier nachspüren.

Als der Erste Weltkrieg seinem Ende zuging, und die Zivilbevölkerung bereits den dritten Hungerwinter in Folge erlebte, müssen viele bereits geahnt haben, dass eine bittere Niederlage bevorstand – und nachher nichts mehr so sein würde wie vorher. Der Krieg hatte nicht nur die Landkarte Europas und viele Grenzen verschoben. Er hatte auch das wirtschaftliche Gefüge der Monarchie radikal verändert. Die traditionelle Ordnung aus Friedenszeiten war kaputt. Millionen Familien waren zerrissen. Es gab neue Prioritäten, neue Nöte. Damit verschob sich auch das Verhältnis zwischen Männern und Frauen – mit weitreichenden politischen Folgen.

Zunächst hatte der Krieg einen rasanten Industrialisierungsschub gebracht. Im niederösterreichischen Industrieviertel etwa gab es seit dem 19. Jahrhundert schon Baumwollspinnereien, Elektroindustrie und Lokomotivfabriken. Mit der fieberhaften Aufrüstung der Armee setzte nun ein wahrer Boom ein. Auf dem Flugfeld von Wiener Neustadt wurde die Luftfahrt erprobt, die traditionellen Textilfabriken stellten auf Uniformen und Stiefelherstellung um, die Region wurde zum Zentrum der Rüstungsindustrie. In Blumau, bei Dynamit Nobel, wurde Sprengstoff produziert, in Hirtenberg Patronen, in Berndorf Blech, Draht, Konserven und Blechnäpfe für die Soldaten im Feld. Die k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf wuchs mit 40.000 Beschäftigten zum größten Industriebetrieb der gesamten Monarchie. Jede Woche wurden hier bis zu sieben Millionen Schuss Infanteriemunition und zusätzlich bis zu 107.000 Schuss schwere Artilleriemunition erzeugt.

Die Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften war deswegen riesig. Doch die meisten Männer, die arbeitsfähigen zumindest, waren im Feld und lagen in den Schützengräben. Deswegen mussten die Frauen an die Werkbänke. „Die Front ist die Domäne jeden waffenfähigen Mannes, während die für das Heer arbeitende Frau den Soldaten des Hinterlandes darstellt“, proklamierte das Kriegsministerium 1915. Bauerntöchter, Handwerkergattinnen, Soldatenwitwen, Mägde, arbeitslos gewordene Dienstmädchen – sie alle gingen nun in die Fabrik. Nähten dort Uniformen, schraubten Gewehrteile zusammen. Sie sortierten verwertbare Altstoffe wie Metall, Papier, sogar Knochen und Haare.

Luftaufnahme der k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf um 1916. Das halbrunde Gebäude ist das einzige, das heute noch steht. Dort ist eine Firma für Systembauteile aus Beton untergebracht.

Erzeugung der Granathülsen in der Metallwerkstätte in Wöllersdorf.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT DAS ENDE DES DULDENS

Im Vergleich der Bundesländer stieg in Niederösterreich der Frauenanteil an der gesamten Arbeiterschaft am meisten: Vor dem Krieg war er noch bei einem Viertel gelegen, bis Kriegsende stieg er auf 40 Prozent. Die Betriebe konnten damit sogar ihre Profite erhöhen, denn trotz gleicher Produktivität wurden Frauen grundsätzlich schlechter bezahlt als Männer.

„Beim Deckeldrehen für Wurfminen bekommen männliche Dreher einen Taglohn von zehn Kronen, Frauen acht Kronen bei derselben Leistung“, klagte eine zeitgenössische Ausgabe der Arbeiterinnen-Zeitung.

Die Frauen in den Fabriken arbeiteten zwölf oder 13 Stunden am Tag, auch sonntags, viele nachts, um tagsüber ihre Kinder betreuen zu können. Die Historikerin Gertrude Langer-Ostrawsky schreibt: „Die körperliche Schwerstarbeit, Lärm und Schmutz führten zu Erschöpfungszuständen, Blutarmut, Tuberkulose und Fehlgeburten; Jugendliche blieben im Wachstum zurück.“ Die unpraktische Kleidung – speziell „die weiten Röcke, die sich häufig in den Maschinen verfingen“ – stellte ein zusätzliches Risiko dar.

Besonders gefährlich war die Arbeit in den Munitionsfabriken. Blausäure, ein Bestandteil von Sprengstoffen, ist hochgiftig. Und auch die Explosionsgefahr war groß: Am 18. September 1918, wenige Wochen vor Kriegsende, brannte eine Fertigungshalle in der Wöllersdorfer Munitionsfabrik vollkommen aus. 423 Arbeiterinnen, die meisten von ihnen zwischen 15 und 25 Jahre alt, erstickten oder verbrannten qualvoll. Es war die größte zivile Katastrophe der Monarchie, mit mehr Toten als der Ringtheaterbrand, der 1881 die Residenzstadt Wien erschüttert hatte.

Die Frauenrechtlerin Adelheid Popp machte die schrecklichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen zum politischen Thema. Oft wurden dort, wo der Arbeitskräftemangel besonders krass war, Frauen nämlich aus weit entfernten Gegenden herangeschafft und mussten dann auf dem Werksgelände schlafen. Das machte sie noch verwundbarer. „In Baracken, wo Strohsack neben Strohsack lag, drei Arbeiterinnen auf zweien, oft bei offenen Türen, um den patrouillierenden Soldaten die Möglichkeit zu geben, die Schlafräume zu überwachen. Gesunde lagen bei Kranken, Verwahrloste neben Reinlichen“, schrieb Popp. Zu essen gab es bloß „schlechten schwarzen Kaffee, schlechtes Brot, Kraut, Rüben, Bohnen.“ Das sogenannte „Kriegsleistungsgesetz“ machte diese Frauen zeitweise de facto zu Zwangsarbeiterinnen: In den für den Krieg wichtigen Unternehmen galt Streikverbot, jeder Widerstand wurde mit Arreststrafen belegt.

All das musste weitreichende Folgen für das Familienleben haben. Denn wer den ganzen Tag in der Fabrik steht, kann nicht kochen, Kinder und alte

Elendsquartier zur Zeit des Ersten Weltkriegs

Angehörige versorgen. Kinderarbeit wurde wieder zur Selbstverständlichkeit. Arbeiterinnen fehlte die Zeit, um einkaufen zu gehen oder sich gar – mit zunehmend prekärer werdender Versorgungslage – stundenlang vor den Geschäften anzustellen. In Abwesenheit vieler weiblicher bäuerlicher Arbeitskräfte blieben auch Felder, Gärten und Ställe unbestellt – was die Versorgungsengpässe mit Lebensmitteln weiter verschärfte.

Um dennoch ein Mindestmaß an Versorgung für die Zivilbevölkerung zu garantieren, wurden in mehreren Industrieregionen daher „Kriegsküchen“ eingerichtet, die täglich zigtausende Portionen Essen ausgaben – in Baden etwa, in Herzogenburg, Stockerau, Krems, Oberhollabrunn und Leesdorf. Diese Küchen erfüllten mehrere Funktionen gleichzeitig. Sie stellten sicher, dass die Menschen an der Heimatfront überhaupt regelmäßig warme Mahlzeiten bekamen, andererseits versprach man sich in den Großküchen eine effizientere Verwertung der Nährstoffe. Um Kinder in Abwesenheit der Mütter nicht ganz unversorgt zu lassen, wurde in einigen Orten auch die Kinderbetreuung kollektiv organisiert.

Selbstverständlich veränderte diese aus der Not geborene Kollektivierung ganz grundlegend die Aufgabenteilung in den Familien. In Abwesenheit der Männer übernahmen die Frauen die Versorger- und Ernährerrolle. Sie trafen alle Entscheidungen im Alltag allein, häufig auch sehr weitreichende, existenzielle. Womit verdienen wir unser Geld? Was stellen wir am Hof oder in der Werkstatt her, um

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT DAS ENDE DES DULDENS

etwas zum Tauschen zu haben? Was verkaufen wir, was behalten wir, wenn nichts mehr zum Essen da ist? Soll man die Kinder wegschicken, bei wem könnten sie leben, wenn das Haus nicht mehr steht? Lässt man sich mit einem neuen Mann ein? Was tun im Fall einer Schwangerschaft? Wann ist, in akuter Lebensgefahr, der richtige Zeitpunkt, um zu fliehen, und wo geht man dann hin – zu Verwandten in ein anderes Dorf, in die Stadt, in die Fremde?

Frauen gewöhnten sich in den Kriegsjahren daran, im Namen ihrer Familien zu verhandeln, bei Ämtern vorzusprechen, ihre Forderungen zu formulieren. Vieles, was vor dem Krieg noch als „unschicklich“ gegolten hätte und gesellschaftlich verpönt gewesen wäre, war aus der Not heraus nun unvermeidbar: allein reisen, sich in der Öffentlichkeit exponieren, sich organisieren, laut die Stimme erheben.

„Frauen hatten im Ersten Weltkrieg geschlechtsspezifische Berufsschranken zu überwinden“, schreibt die Historikerin Gertrude Langer-Ostrawsky. „Sie hatten umfassendere Entscheidungen zu treffen als in Friedenszeiten, sie trugen mehr Verantwortung und sie bekleideten zahlreiche öffentliche Funktionen. Sie waren in Männerdomänen tätig – ob sie das nun selbst angestrebt hatten oder ob das von den Behörden erzwungen wurde. Frauen wurden im Krieg in vielen Bereichen sichtbar, insbesondere auf der politischen Ebene, wo sie jetzt vehement ihre Forderungen vorbrachten.“

Speziell, wo es Hunger gab, gewöhnten sich Frauen ab, immer nur still zu dulden, und lernten stattdessen, das Gesetz des Handelns selbst in die Hand zu nehmen und gegen die Obrigkeit aufzubegehren. Wegen der Versorgungsengpässe und der steigenden Preise hatte die staatliche Verwaltung ja Bezugskarten für Grundnahrungsmittel eingeführt – kurz vor dem militärischen Zusammenbruch an allen Fronten war sie jedoch mit der Organisation und Verteilung völlig überfordert. Die Qualität der Lebensmittel wurde immer schlechter, die Kalorienzuteilungen wurden permanent herabgesetzt.

„Es waren die Frauen, die nahezu allerorts die Initiative ergriffen und gegen die zunehmende Verknappung protestierten“, schreibt der Historiker Klaus-Dieter Mulley, und listet eine Vielzahl spontaner Frauenprotestaktionen in Niederösterreich auf – in Waidhofen/Thaya, Neulengbach, Atzgersdorf, Kirchberg an der Pielach, Obergrafendorf, Wilhelmsburg, Baden oder Türnitz. Hunderte gingen gegen die Kürzung von Milchrationen auf die Straße, verlangten die Ausgabe von Kohlen und Brot, rotteten sich vor den Ausgabestellen der Lebensmittel zusammen, griffen Brotwagen an.

Beispielhaft schildert Mulley eine Frauendemonstration in Hof am Leithagebirge: Am 26. Juni 1917 wurde im Gemeinderat über die Mehlrationen verhan-

Frauenwahlrecht in Europa

Jahr der Einführung

- 1984 Liechtenstein
- 1971 Schweiz
- 1962 Monaco
- 1960 San Marino
- 1952 Griechenland
- 1948 Belgien
- 1946 Italien, Portugal
- 1945 Bulgarien, Slowenien, Ungarn
- 1944 Frankreich
- 1934 Türkei
- 1931 Spanien
- 1928 Vereinigtes Königreich
- 1921 Schweden
- 1919 Niederlande
- 1918 Deutschland, Lettland, Lux., Österreich, Polen
- 1917 Estland
- 1915 Dänemark, Island
- 1913 Norwegen
- 1906 Finnland

Quelle: Wikipedia. Grafik: Putzkers Grafikteam/Caroline Klima, Lukas Kaspar

delt – die seit Monaten schon viel zu knapp bemessen waren, um damit Familien ernähren zu können. Die Frauen des Ortes wollten von den dauernden Vertröstungen und Durchhalteparolen der Obrigkeit nichts mehr wissen. 20 Frauen drangen bis in den Raum der Gemeinderatssitzung vor, beschwerten sich. Der Bürgermeister wandte sich mit abfälligen Bemerkungen über „die Weiber“ ab, der Pfarrer versuchte zu beschwichtigen. Eine Demonstration von 150 Frauen und Kindern folgte in der Dämmerung schließlich dem Bürgermeister bis zu seinem Wohnhaus und belagerte es. Erst die Polizei setzte der Demonstration ein Ende.

„Der Einfluss der Frauen auf den Fortgang der sogenannten ‚österreichischen Revolution‘ ist noch nicht ausreichend erforscht“, resümiert der Historiker. Man kann jedoch vermuten: Was in Hof am Leithagebirge geschah, geschah 1918/1919 gleichzeitig wahrscheinlich an vielen anderen Orten in Öster-

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT DAS ENDE DES DULDENS

reich. Die alten Autoritäten hatten ihre Glaubwürdigkeit verloren. Ihre Machtbasis war weg. Die staatlichen Institutionen der einst so prächtigen Monarchie konnte ihre ureigensten Aufgaben – Sicherheit, Ordnung, Versorgung – nicht mehr gewährleisten. Damit hatten sie, zumindest in den Augen der Frauen, die dieses Versagen aus allernächster Nähe mitanschauen mussten, ihre gesamte Existenzberechtigung verloren.

Damit war aber auch eine Herrschaftsform an ihrem Ende angelangt, in der Männer allein das Sagen hatten. Eine ganze Generation von Männern, die nach der Niederlage von den Fronten des Krieges zurückkam, brachte massive Beschädigungen nach Hause mit: Sie waren verwundet, verstümmelt, körperlich und seelisch krank. Manche waren von ihren Erlebnissen traumatisiert, manche von ihren eigenen Taten verroht. Viele fanden nie wieder in das Leben zurück, das sie vor dem Krieg geführt und das ihre Frauen in der Zwischenzeit ohne sie weitergeführt hatten.

Was geschehen war, ließ sich nicht mehr rückgängig machen. Eine alte Ordnung war zusammengebrochen. Familien, Dörfer und Städte im ganzen Land hatte dieser Krieg so sehr verändert, dass an der politischen Mitbestimmung von Frauen kein Weg mehr vorbeiführen konnte.

Anmerkung:
Für die Opfer der Brände in den Fabriken gibt es eine Gedenkstätte in Winzendorf.

Literatur:
Nie wieder Krieg!
Die Situation der Frauen im und nach dem Ersten Weltkrieg.
Zum Gedenken an die 423 Opfer der Brandkatastrophe in der k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf vom 18. September 1918,
Autor: Gerhard Kofler, erschienen im RenMai Verlag.

Sibylle Hamann, 53,

Journalistin in Wien

Mag.ª Evelyn Regner
Abgeordnete zum Europäischen Parlament
und Delegationsleiterin der SPÖ-EU-Delegation

SOZIALER WOHNBAU IM EUROPÄISCHEN SPANNUNGSFELD

Wohnen ist ein Menschenrecht. Um das zu gewährleisten, braucht es österreichische und europäische Gesetze und Regeln. Immer mehr Menschen leben in den Städten. Und egal, ob öffentlicher Verkehr oder Stadtentwicklung: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss dafür sorgen, dass möglichst viele am gesellschaftlichen Miteinander teilhaben können. Die Europäische Union muss den vorhandenen sozialen, gemeinnützigen und öffentlichen Wohnbau schützen und in ganz Europa die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen zur Priorität erklären.

Europäische Wohnungskrise

Es hat eine Zeit gedauert, bis die EU und ihre Institutionen erkannt haben: Die Wohnungskrise trifft immer mehr Menschen, überall in Europa. Und es muss etwas unternommen werden. Mahnende Worte kamen bereits seit Langem von vielen Mieterverbänden, sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnbauträgern, Hilfsorganisationen, aber auch aus Städten und Regionen. Heute kommen PolitikerInnen in ganz Europa nicht mehr am Thema vorbei. Denn: Es gibt kein Land, das nicht vor wohnungspolitischen Herausforderungen steht. Daher hat sich die EU 2016 eine „Städtische Agenda“ verordnet und das Thema des leistbaren Wohnens in einer Partnerschaft von Städten, Mitgliedstaaten, EU-Institutionen und Stakeholdern beleuchtet. Deren Befunde sind erschreckend: Steigende Wohnkosten sind eines der größten Armutsrisiken in ganz Europa. Immer mehr Geld geht monatlich fürs Wohnen drauf. In Österreich sind es schon 36 Prozent des Einkommens. Die Mieten sind seit 1998 um 80 Prozent gestiegen, während die Einkommenszuwächse aber sehr niedrig waren. In Spanien wurden mehr als 300.000 Menschen aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt. In den Niederlanden haben aufgrund einer Gesetzesänderung nach einer Klage von Großinvestoren 650.000 Menschen den Zugang zu leistbaren Wohnungen verloren. In Frankreich müssen die Sozialwohnbauträger nach einem Beschluss der Regierung Macron jedes Jahr ein Prozent ihres Bestands verkaufen. In Irland leben Zehntausende Familien nach dem Verlust ihrer Wohnungen in Frühstückspensionen. In Bratislava sind die Wohnkosten derart hoch, dass Familien in österreichische Grenzgemeinden ausweichen. In Lissabon wird fast jede dritte Wohnung für touristische Kurzzeitvermietung verwendet. In Griechenland wurde der Schutz vor Zwangsräumungen von der EU-Troika aufgehoben.

Überall in der Europäischen Union kämpfen Menschen mit steigenden Wohnkosten bei stagnierenden Einkommen – und es sind immer mehr Personen und Familien mit mittleren Einkommen betroffen. 82 Millionen EU-BürgerInnen können sich das Wohnen nicht mehr leisten, ein Sechstel der EU-Bevölkerung lebt in überbelegten, ebenso viele in gesundheitsgefährden-

Michaela Kauer, MBA
Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU
Koordinatorin der EU-Städtepartnerschaft Wohnen

SOZIALER WOHNBAU IM EUROPÄISCHEN SPANNUNGSFELD

den Wohnungen und einer von zehn Haushalten kann die Heizkosten nicht mehr zahlen. Menschen mit geringem Einkommen bleibt oft nach Bezahlung der Wohnkosten kaum noch Geld für Bildung, Gesundheit, Vorsorge übrig. Obdachlosigkeit ist mittlerweile ein weit verbreitetes gesellschaftliches Problem, kein mit Alkohol, Drogen und Krankheit verbundenes Einzelschicksal mehr. Ganze Familien sind betroffen, Alleinerzieherinnen oder Frauen in der Pension sind in der Regel stärker gefährdet. Besonders deutlich wird das bei der Energiearmut, wenn alleinstehende Frauen nur mehr einen Raum im Winter heizen, weil für mehr das Geld nicht reicht.

Sinkende Investitionen, steigende Kosten, stagnierende Einkommen

Die Ursachen der europäischen Wohnungskrise sind die ausufernde Immobilienspekulation und ein Mangel an Investitionen. Seit zehn Jahren sinken die öffentlichen Investitionen in leistbares Wohnen, seit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Aktuell machen sie gerade einmal noch 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Europaweit fehlen pro Jahr 57 Milliarden Euro an Investitionen in bezahlbares Wohnen. Es gibt also eine immense Investitionslücke bei bezahlbarem Wohnraum.

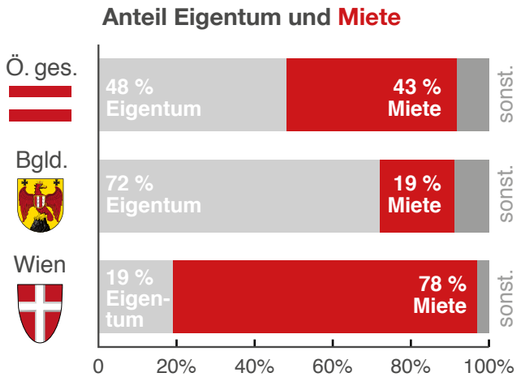
Ein Grund dafür sind die angespannten öffentlichen Haushalte, ein anderer, dass viele Städte und Länder noch in den 2000er-Jahren dachten, es habe sich „ausgebaut“, und deshalb aus öffentlichen Neubauprogrammen ausgestiegen sind.

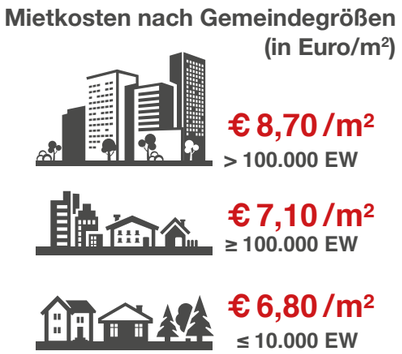
„Finanzialisierung der Wohnungsmärkte“ versus Recht auf Wohnen

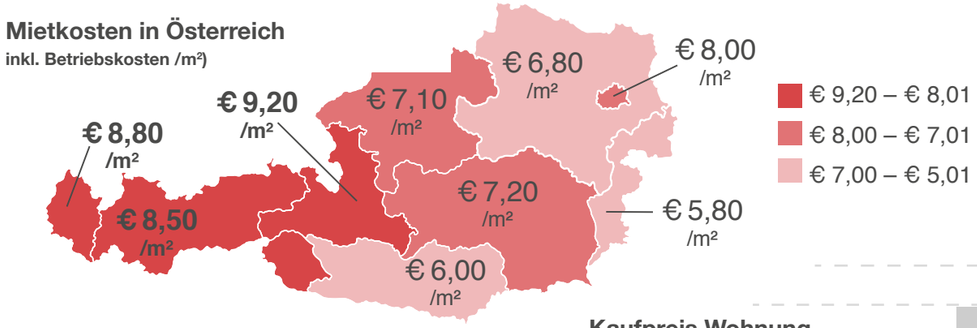
Einer der schlimmsten Preistreiber ist die Finanzialisierung der Wohnungsmärkte. Der Immobilienmarkt wird von global vagabundierenden Investoren als kurzfristiges und hochspekulatives Geschäftsmodell gesehen. Für Immobilieninvestoren ist Wohnraum nichts weiter als ein Weg, Rendite zu machen. Statt langfristig in bezahlbares Wohnen zu investieren, wollen Investoren oftmals nur kurzfristige Profite. Gewinnmargen sind auf drei bis fünf Jahre angelegt, Bodenpreise steigen himmelhoch, ganze Stadtteile werden ins Luxussegment entwickelt, die Bevölkerung wird vertrieben. Gewinne werden nicht vor Ort reinvestiert, sondern den Volkswirtschaften entzogen. Städte weltweit, aber auch in Europa, fordern daher, Wohnen als fundamentales Menschenrecht besser abzusichern und den Ausverkauf ihrer Wohnungsmärkte zu verhindern.

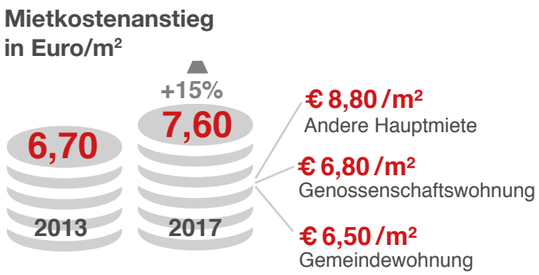
Die EU muss dort regulieren, wo es um globale Gefahren für das europäische Sozialmodell geht. Bisher hat sich die Europäische Union allerdings eher am Abbau von leistbarem Wohnbau beteiligt statt am Ausbau: Änderungen im Beihilfen- und Wettbewerbsrecht sind hier ebenso dringend notwendig wie ein Um-

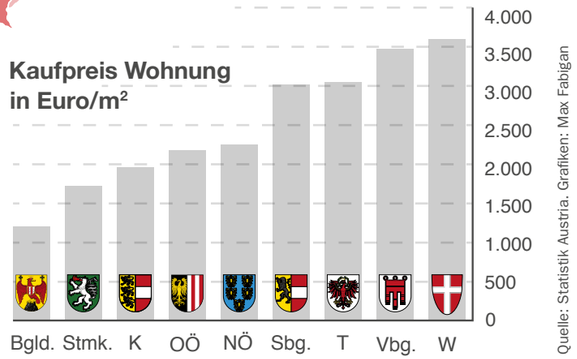
Wohnen in Österreich











Quelle: Statistik Austria. Grafiken: Max Fabigan

SOZIALER WOHNBAU IM EUROPÄISCHEN SPANNUNGSFELD

denken in der Investitionspolitik Europas. Wir brauchen eine neue europäische Gemeinnützigkeit beim Wohnen, die auch die soziale Durchmischung zum Ziel hat. Öffentliche Investitionen fürs Wohnen sollen nicht mehr an die starren Fiskalregeln gebunden sein. Stabile, langfristige Investitionen in gemeinnützigen Wohnraum – ob in Wien, Graz oder Rom – dürfen im EU-Recht nicht mit spekulativen, kurzfristigen Investitionen in Londoner Gewerbeimmobilien gleichsetzt werden. Der Wohnungsmarkt wurde viel zu lange schon den SpekulantInnen überlassen – Zeit, ihn sich zurückzuholen.

Eine neue europäische Wohnungsgemeinnützigkeit

Angesichts von 82 Millionen Menschen, die sich das Wohnen nicht mehr leisten können, ist es Zeit für eine EU-Wohnbauoffensive und eine neue europäische Wohnungsgemeinnützigkeit. In einer intelligenten Bündelung von EU-Finanzinstrumenten, europäischen, nationalen und lokalen Finanzierungsquellen, sollte der dringende Bedarf nach leistbaren Wohnungen gedeckt werden – mindestens zehn Millionen Wohnungen in der EU in den kommenden Jahren. Wichtig ist ein klares Bekenntnis zu leistbarem Wohnen für alle, nicht für wenige.

Vor diesem Hintergrund drängt die EU-Städtepartnerschaft für leistbares Wohnen auf stabile Rahmenbedingungen, um ihre Bevölkerungen mit leistbarem Wohnraum zu versorgen. Die größten Herausforderungen sind die Schaffung von neuem und die Erneuerung des bestehenden Wohnraums, das Beschaffen von günstigen Baugründen, die Verbesserung von Nachbarschaften in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und die Schaffung von Wohnbauförderungssystemen, wo es sie noch nicht gibt.

Die EU-Investitionspolitik muss neben Neubau und Renovierung auch die Sicherstellung von Bauland für sozialen, geförderten Wohnbau unterstützen. Wenn es um die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen geht, müssen auch bei den strengen Fiskalregeln Ausnahmen gelten. Und nicht zuletzt kann das Regelwerk des Europäischen Semesters stärker zu öffentlichen Investitionen für leistbares Wohnen beitragen, etwa, wenn die Investitionsklausel besser genutzt wird.

Der beste Mieterschutz sind unbefristete Mietverträge. Ihr ambitioniertes Programm für mehr Energieeffizienz in Gebäuden kann die EU, gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten und noch mehr mit den Städten und Gemeinden, zu einer großen, europäischen Wohnbauoffensive ausbauen und in wenigen Jahren zehn Millionen bezahlbare, preisgebundene Mietwohnungen mit maximaler Mietsicherheit für die BewohnerInnen bauen. Eine öffentliche Förderung muss stets mit Miet- und Preisobergrenzen und einem Verkaufsverbot einhergehen, um die Kapitalisierung der Förderung zu verhindern.

Änderungen im EU-Beihilfenrecht erforderlich

Das EU-Beihilfenrecht definiert, für welche Gruppen der soziale Wohnbau vom strengen Beihilfenregime ausgenommen ist. Kritik an der engen Auslegung der Zielgruppe des sozialen Wohnbaus ist angebracht, hat die Bestimmung doch zu Klagen von institutionellen Investoren gegen ganze Länder und somit zu einer massiven Rechtsunsicherheit geführt. Abhilfe muss hier die längst anstehende Revision des EU-Beihilfenrechts bringen. Die Einschränkung des sozialen Wohnbaus im EU-Beihilfenrecht auf eine enge Zielgruppe von armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen muss endlich gestrichen werden. Ein breiter Zugang, soziale Durchmischung und leistbares Wohnen für alle müssen als Ziele nationaler und lokaler Wohnungspolitik gelten, so die Schlussfolgerung der EU-ExpertInnen zum leistbaren Wohnen.

Wohnkosten dürfen nicht mehr als ein Viertel des verfügbaren Einkommens ausmachen

Der Indikator für die Wohnkostenbelastung muss von 40 Prozent auf ein Viertel des verfügbaren Haushaltseinkommens reduziert werden. Und das muss im europäischen Semester verankert werden. Gerade aus frauenpolitischer Sicht, bei Alleinerzieherinnen oder Frauen in der Pension, ist dies eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung von Armut.

Schluss mit Spekulationen auf Wohnen

Die Finanzialisierung der Wohnungsmärkte führt zu weiteren Verwerfungen, Wohnen wird dabei als Ware und attraktives Anlageobjekt zur maximalen Gewinnerzielung gesehen, anstatt als fundamentales Menschenrecht. Wirksame Markt- und Steuerkontrollmechanismen sind nicht existent.

Es geht darum, den Ausverkauf unserer Städte und Gemeinden zu verhindern. Hier muss die EU dringend Maßnahmen setzen, die diesen hochvolatilen Spekulationen den Boden entziehen und Steuervermeidung und Steuerflucht bekämpfen. Und auch verhindern, dass die mit diesen Geschäften oft verbundene kriminelle Geldwäsche in großem Stil weitergeht.

SOZIALER WOHNBAU IM EUROPÄISCHEN SPANNUNGSFELD

Evelyn Regner, 53,

ist Abgeordnete zum Europäischen Parlament und Delegationsleiterin der SPÖ-EU-Delegation. Die Juristin begann ihre Karriere als Flüchtlingsreferentin bei Amnesty International. Später folgten berufliche Stationen beim ÖGB-Europabüro in Brüssel, beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, beim Europäischen Gewerkschaftsbund und als Präsidiumsmitglied des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD. Als Abgeordnete im Europäischen Parlament ist sie unter anderem Mitglied im Ausschuss für Recht und im Ausschuss zu Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung.

Michaela Kauer, 53,

ist seit 2009 Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU, seit 2013 Mitglied im Vorstand von EUROCITIES. 2016–18 Koordinatorin der EU-Städtepartnerschaft Wohnen. Nachdem sie in Wien und Brüssel aufgewachsen ist, hatte die studierte Verwaltungswissenschaftlerin als eine der ersten jungen ÖsterreicherInnen die Möglichkeit, bei der Europäischen Kommission ein Praktikum zu absolvieren. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die EU-Städteagenda, Daseinsvorsorge und Investitionspolitik.

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerald Mathis
Vorstand des ISK u. Leiter des internationalen Studienganges
Standort u. Regionalmanagement an der Fachhochschule Vorarlberg

REGIONALE ENTWICKLUNG
IGNORANZ DER POLITIK SPALTET DAS LAND

Die Politik muss heute ehrlich und ernsthaft die Grundlagen für die Entwicklung des ländlichen Raumes sichern. Vor allem auch im Interesse des urbanen Raumes, denn nur mit einem gedeihlichen Miteinander und gleichwertigen Lebensverhältnissen können wir die Spaltung der Gesellschaft verhindern und den sozialen Frieden sichern.

Die Revolte der Gelbwesten in Frankreich scheint auf den ersten Blick wie ein Phänomen, das aus dem Nichts aufgetaucht ist und alle überrascht hat. Allen voran den französischen Präsidenten. Dem ist jedoch nicht so. Die Überraschung liegt allein im Knall, wenn der schon lange überspannte Bogen endgültig bricht. Frankreich hat diese Entwicklung einfach übersehen – oder aber einfach nicht sehen wollen: seinen überbordenden Zentralstaat, das Ausdünnen des ländlichen Raumes und das dramatische Auseinanderdriften der Gesellschaft – und steht nun vor schwerwiegenden Konsequenzen. Ähnliche Entwicklungen finden sich, in unterschiedlicher Ausprägung, in der gesamten westlichen Welt. Und meist werden sie vor allem von der politischen Elite nicht wirklich ernst genommen. Der britische Ökonom Paul Collier beschreibt in seinem neuen Buch „Sozialer Kapitalismus“ die Situation sehr klar, den Frust der Menschen auf dem Land und in den Provinzstädten und den Hochmut der gebildeten Eliten und politischen Entscheider in den Metropolen. Für ihn ist nicht mehr der Unterschied zwischen Arm und Reich die zentrale gesellschaftspolitische Agenda, sondern eine unübersehbare Spaltung zwischen urbanen Metropolen und dem Rest des Landes, zwischen den meist städtischen Eliten und dem Rest der Bevölkerung. Er ortet eine Kluft zwischen dem ländlichen Raum und den urbanen Zentren und boomenden Städten.

Einen zweiten Riss identifiziert Collier zwischen den Hochgebildeten und den weniger Gebildeten. Zwei Entwicklungen, die sich überlagern. Denn in den Städten leben überproportional viele sehr gut Gebildete, weil ihnen hier auch alle Möglichkeiten, Infrastrukturen und vor allem adäquate Arbeitsplätze und Karrieremöglichkeiten geboten werden, mit denen sie erfolgreich sein können, während den Menschen auf dem Land und in den kleinen Provinzstädten diese Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen. Sie fühlen sich abgehängt, nicht ernst genommen und ohne große Zukunftschancen.

So führt er auch den Brexit auf diese Entwicklung zurück. In dem historisch elitären Königreich wurden die Lebensrealitäten der abgehängten ruralen Regionen und Menschen nicht beachtet und jahrzehntelang vernachlässigt. Ihre Situation hat nicht wirklich mit der EU zu tun. Aber die EU wurde über Jahrzehnte als Sündenbock missbraucht und die tatsächlichen Probleme wurden nicht angegangen. Der Brexit ist auch ein Aufschrei dieser wütenden Gesellschaft, welche

REGIONALE ENTWICKLUNG – IGNORANZ DER POLITIK SPALTET DAS LAND

nun in der Geiselhaft einer populistischen Elite von nostalgisch Rückwärtsgewandten gehalten wird, die tatsächlich glauben, das britische Empire in einer neuen Form wieder erstehen zu lassen, während Probleme wie ein extrem ungleiches Bildungssystem, fehlende Infrastruktur auf dem Land, ein marodes Gesundheitssystem sowie ein besorgniserregendes Auseinanderdriften der Gesellschaft tatsächlich auf der Zunge brennen und das Land spalten.

Als eine zentrale Lösung sieht Paul Collier die Schaffung von produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten in den Provinzstädten und im ländlichen Raum. Und er verweist darauf, dass der Wohlstand und die Ressourcen der Metropolen ja auch durch jahrzehntelange nationale öffentliche Anstrengungen und Steuergelder generiert wurden. Es gilt nun, dringend Ausgleich zu schaffen. Dabei geht es auch um gegenseitige Verpflichtungen und auch um die Verpflichtung des Staates gegenüber dem ländlichen Raum. Dazu bedarf es eines klaren politischen Bekenntnisses zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

Diese Analyse wird je nach Staat unterschiedlich zu gewichten sein, der Lösungsansatz gilt jedoch gleichermaßen auch für Österreich. So mag Österreich weniger zentralistisch und elitär ausgelegt sein, aber es scheint fast so, als ob die Politik in Wien und auch in den Bundesländern, ungeachtet dessen, was da draußen in der Welt passiert, die Zeichen nicht erkennt oder nicht erkennen will, und auch in Österreich diese Entwicklung verschlafen wird.

Auch unsere Gesellschaft ist schon lange gespalten. Auch in weiten Teilen Österreichs herrschen Abwanderung und Perspektivlosigkeit, während die urbanen Räume boomen und bis ins Jahr 2050 Einwohnerzuwächse bis zu 30 Prozent und mehr zu erwarten sind.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir von der Politik in Wien und in den betroffenen Bundesländern ein klares Bekenntnis und den nachhaltigen politischen Willen, die ländlichen Regionen zu sichern und zu entwickeln.

Tatsächlich scheint es jedoch so, dass vor allem in Wien, aber auch in den betroffenen Bundesländern, das Problem und die Dringlichkeit dieser Entwicklung und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Verwerfungen und Folgen nicht erkannt werden. Obwohl die Folgen dramatisch sind, steht dieses Thema nicht im Zentrum der österreichischen Politik – und das ist eigentlich fahrlässig und verantwortungslos.

Es ist dies eine dramatische Entwicklung, die wir ernst nehmen müssen, wollen wir nicht dominante und unliebsame Verwerfungen, soziale Frustrationen und negative Veränderungen in unserer Gesellschaft zulassen. Vor diesem Hintergrund müssen wir daher die Entwicklung im ländlichen Raum ganz anders initiieren und unterstützen.

Schaffung von produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten

Zentrales Thema ist die Schaffung von produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten, wie sie Paul Collier fordert. Es geht um die Schaffung von Arbeitsplätzen in den regionalen Räumen und Provinzstädten. Vor allem im ländlichen Raum gibt es nur mit Arbeitsplätzen in zumutbarer Entfernung auch Zukunft und Perspektiven. Sie sind die Grundlage der Daseinsvorsorge überhaupt. Zur nachhaltigen Entwicklung des regionalen Raumes sind Arbeitsplätze in einer auspendelqualitativen, zumutbaren Entfernung der zentrale Faktor. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse dürfen wir die Bemühungen um Arbeitsplätze nicht wie bisher primär auf den urbanen Raum fokussieren, sondern wir müssen auch den ländlichen Raum mit aller Dringlichkeit miteinbeziehen. Und wenn von einem Masterplan für den ländlichen Raum gesprochen wird, dann müssen wir für diesen ländlichen Raum auch über die bisherigen Maßnahmenpakete hinausgehen und dürfen nicht immer weiter dieselbe Medizin verabreichen, sondern wir müssen vor allem auch die Wirtschaftsentwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen integrieren. Reine Gimmick- und Placebopolitik ist hier zu wenig. Nur mit Arbeitsplätzen ist die Daseinsvorsorge der Menschen im ländlichen Raum gesichert, und nur mit Arbeitsplätzen können die Menschen im ländlichen Raum auch wohnen bleiben.

Die Menschen wollen auf dem Land leben

Der Run auf die Städte und die Ausdünnung des ländlichen Raumes vermittelt auf den ersten Blick den Eindruck, als ob das Land für die Menschen einfach nicht mehr attraktiv genug wäre, als hätte der ländliche Raum schlichtweg an Attraktivität verloren und als ob die Menschen früher oder später zwangsläufig in die Städte ziehen wollten. So ist es aber nicht. In Wahrheit ist das Land ein hoch attraktiver Wohnort und verfügt über zahlreiche inhärente Stärken und Potenziale, vor allem auch sozialer und intellektueller Qualität, und bietet Entwicklungsmöglichkeiten, wie sie insbesondere im Zeitalter der Digitalisierung und veränderter Mobilität im urbanen Raum oftmals nicht mehr zu finden sind. Tatsächlich hat mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ihren Lebensmittelpunkt in einer Gemeinde im ländlichen Raum. Für diese Menschen ist das Leben auf dem Land keinesfalls die zweite Wahl, sondern sie ziehen es entschieden dem urbanen Raum vor (siehe auch Mugler, Fink, Loidl).

Neue Studien aus Deutschland (Daniel Dettling vom Zukunftsinstitut Frankfurt am Main) zeigen darüber hinaus, dass Menschen, wenn sie frei wählen könnten, inzwischen zu 45 Prozent am liebsten in einer Land-

gemeinde, zu 33 Prozent in einer Mittel- oder Kleinstadt und nur noch zu 21 Prozent – und das sind dann vor allem die Jungen – in einer Großstadt leben würden.

Laut Dettling ist es also keineswegs so, dass die Menschen den ländlichen Raum verlassen wollen, sondern vielmehr, dass sie dazu gezwungen werden. „Die Menschen wollen […] dort Arbeit finden, wo sie auch ihren Lebensmittelpunkt haben, wo sie wohnen. Und dennoch müssen derzeit knapp zwei Millionen Menschen in Österreich täglich in die Ballungsräume einpendeln."

Diesem zentralen Problem wird im Rahmen der klassischen Regionalentwicklung kaum oder überhaupt nicht Rechnung getragen. Und so sind auch in weiten Teilen des ländlichen Raumes die Zukunftsbilder verloren gegangen. Es werden tatsächlich primär flache pragmatische Lösungsversuche initiiert, welche jedoch nicht den Kern des Problems treffen.

Warum ist das so?

Der ländliche Raum wird in der Tat intensiv gefördert. Die Verwendung der Gelder und der daraus resultierende Nutzen müssen allerdings kritisch hinterfragt werden, ebenso die Struktur der Regionalentwicklung. Die diesbezüglichen Förderstellen sind in der Regel in ganz Europa bei den Agrar- und nicht etwa bei den Wirtschaftsministerien angesiedelt. Und die Akteure der Regionalentwicklung sind Raumplaner, Geografen, Architekten, Ökologen und Soziologen – jedenfalls keine Ökonomen. So liegen denn auch die klassischen Schwerpunkte der Regionalentwicklung im raumplanerischen, ökologischen, agrokulturellen, architektonischen, touristischen und soziologischen Bereich. Es werden Fuß- und Wasserwanderwege konzipiert, Leitsysteme prämiert, Alp- und Vorsäßregionen gerettet, Alpinforschung betrieben, Kulinarikangebote, Naturparks und Dorfkerne entwickelt, für die es dann keine Einwohner mehr gibt, weil es am Notwendigsten fehlt, nämlich an qualifizierten Arbeitsplätzen. So laufen wir Gefahr, am Ende nur noch riesige regionale Museumslandschaften zu fördern, die wir dann chinesischen Touristen als alpine Attraktionen vorzeigen können. Vielfach wird auch einfach das gemacht, was von Brüssel gefördert wird. Man orientiert sich an den angebotenen Finanzierungen und konzipiert entsprechende Projekte. Es müsste jedoch umgekehrt sein – Projekte müssen sich an den tatsächlichen Notwendigkeiten und Bedürfnissen orientieren, und dann muss die Finanzierung sichergestellt werden.

Erst in den letzten paar Jahren hat sich Wirtschaftsentwicklung vorsichtig in die Programme der Regionalentwicklung eingeschlichen, ist aber nach wie vor ein Stiefkind der Entwicklung des ländlichen Raumes. Letztlich fehlt es vor allem auch an Entwicklungs- und Umsetzungskompetenz, denn Regionalentwicklung ist eine Domäne der genannten Akteure und Förderstellen und diese fokussieren ihre Arbeit natürlich auf die Umsetzung ihrer alten und bisherigen Ziele. Und so wird immer wieder und mehr von derselben Medizin verabreicht, die aber schon in der Vergangenheit die wirklichen Probleme nicht gelöst hat. Solche Strukturen führen dann zu Stillstand, Mut- und Perspektivlosigkeit und zu einer Spaltung unserer Gesellschaft mit den dargestellten Entwicklungen und Folgen.

Wir müssen stattdessen auch gegenüber den Menschen in den ländlichen Regionen ein Zeichen setzen und Zukunftsglauben statt Hoffnungslosigkeit anbieten. Deshalb brauchen wir neue Ansätze und ein klares politisches Bekenntnis und vor allem auch die dazu notwendigen finanziellen Mittel zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

Regionalentwicklung und Entwicklung des ländlichen Raumes neu denken

Es gilt, auch im ländlichen Raum den richtigen Nährboden und die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Jobs zu planen und sicherzustellen. Und es genügt nicht, wenn wir wieder einmal mehr, auch noch so professionelle Start-up-Programme initiieren, die dann wiederum nur den urbanen Raum präferieren. Vielmehr geht es um die Erhöhung der Gründungsintensität, die Schaffung von kreativen, unternehmerischen Milieus, die Ansiedelung von (peripheren) Betrieben sowie die Bestandspflege und Entwicklung bestehender Betriebe, verbunden mit einer professionellen Servicierung der Wirtschaft und einem nachhaltigen Flächenmanagement, um nur ein paar Eckpunkte zu nennen.

Wirtschaftsentwicklung auch im ländlichen Raum sicherstellen

Das Bekenntnis zur Wirtschaft sowie aktive Maßnahmen zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung, zur Ansiedlung und zur Gründung von Unternehmen sind jedoch traditionsgemäß und tendenziell eher in den urbanen Räumen zu finden. Dort funktioniert Wirtschaft aber ohnehin. Genau hier gilt es umzudenken. Es muss auch im ländlichen Raum ein anderes, eine neue Art von Bewusstsein Platz greifen. Es ist dringend notwendig, den ländlichen Raum in diese Richtung effizienter zu managen und zu entwickeln. Wir müssen den Menschen im ländlichen Raum ihre Zukunfts- und Abstiegsängste nehmen und positive Alternativen anbieten.

Die Lösung der Probleme der Städte liegt in den regionalen Räumen

Die demografische Entwicklung mit der Flucht von jungen Menschen in die Städte ist darüber hinaus ein zweischneidiges Schwert. Sie birgt nicht nur für die ländlichen Regionen Probleme und ganz neue Herausforderungen, sondern auch die städtischen Agglomerationen müssen mit dem Dichtestress, mit über-

REGIONALE ENTWICKLUNG – IGNORANZ DER POLITIK SPALTET DAS LAND

hitzten und zu engen Flächen und Räumen und damit verbundenen Verkehrs- und Infrastrukturproblemen zurechtkommen. Damit einher geht vielfach eine dramatisch zunehmende Überteuerung von Wohnraum und Infrastruktur sowie soziale Probleme und Verwerfungen.

Mit anderen Worten, sowohl die urbanen wie auch die ländlichen Räume stehen vor Herausforderungen und Problemen, welche nur durch eine vorausschauende und zwischen Stadt und Land abgestimmte, gemeinsame Planung gelöst werden können. Die Lösung der Probleme der Städte liegt in den regionalen Räumen. Ein Grund mehr, die Sicherung und Entwicklung der ländlichen Räume gezielt zu initiieren.

Literaturhinweise

•Collier Paul (2019): Sozialer Kapitalismus. Mein Manifest gegen den Zerfall der Gesellschaft. Siedler-Verlag München

•Mugler, Josef/Fink, Matthias/ Loidl, Stephan (2006): Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe. Wien: Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

•Dettling Daniel (2019). Graz und Umlandgemeinden. Kooperation und Arbeitsmarkt. Vortrag Pöllauberg am 22. März 2019. Zukunftsinstitut Berlin

REGIONALE ENTWICKLUNG – IGNORANZ DER POLITIK SPALTET DAS LAND

Gerald Mathis, 63,

ist Vorstand des ISK – Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung in Dornbirn und Leiter des internationalen Studiengangs Standort- und Regionalmanagement an der Fachhochschule Vorarlberg (www.isk-institut.com).

Simon Rosner
Journalist

DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN ARBEITSMARKTS

Am 6. August 1991 passierte wahrlich Weltbewegendes. Allerdings nahm die Welt selbst damals noch keine Notiz davon. Am Forschungszentrum CERN ging an diesem Tag die erste Webseite online, wovon aber außerhalb des CERN vermutlich nur wenige erfuhren. Im Archiv der Austria Presse Agentur findet sich dazu jedenfalls keine einzige Meldung. Sehr wohl berichtete die APA ein paar Monate zuvor über ein anderes, zugegeben, etwas weniger weltbewegendes Ereignis. In Moosburg wurde Herbert Gaggl zum Bürgermeister gewählt.

Heute ist die Welt eine andere und so gut wie alle Lebensbereiche sind von der digitalen Wende durchdrungen worden. Die rudimentäre Webseite, die damals im Forschungszentrum CERN programmiert wurde, war nur ein ganz kleiner Baustein dieser Entwicklung, die gegenwärtig zum nächsten großen Schritt ansetzt. Die Arbeitswelt könnte vor einer ähnlich disruptiven Veränderung stehen, wie es einst die industrielle Revolution gewesen ist.

In Moosburg hat sich in den vergangenen 28 Jahren ebenfalls viel geändert, eines aber nicht: Herbert Gaggl ist nach wie vor Bürgermeister. Vielleicht wird man in wiederum 28 Jahren dann an Gaggl und seine Kärntner Gemeinde denken und feststellen, dass auch hier einst ein Baustein gesetzt wurde, mit dem die Gesellschaft auf einen einschneidenden Wandel reagiert hat. „Wir waren die ersten im ländlichen Raum, die einen Coworking Space installiert haben“, sagt Gaggl.

Es war vor mittlerweile fünf Jahren, als ein leerstehendes Gebäude im Ortszentrum zum Gemeinschaftsbüro umgebaut wurde, eben zu einem sogenannten Coworking Space. Nach einigen „zähen Jahren“, wie Gaggl sagt, funktioniere das Konzept, das man bis dahin nur in Städten und vor allem im Zusammenhang mit der Start-up-Szene kannte, auch in seiner ländlich geprägten Gemeinde. Die Nutzungsmöglichkeiten sind vielfältig. Die einen finden hier ein besseres Arbeitsumfeld anstelle der Telearbeit von daheim aus, andere eine niederschwellige und günstige Möglichkeit für Neugründungen. „Drei Mieter sind schon ausgezogen, weil sie ihre Firma erweitert haben“, erzählt der Bürgermeister.

Dem Beispiel Moosburgs sind seither einige Gemeinden in Österreich gefolgt, darunter Landeck, Saalfelden, Wolkersdorf, Neumarkt und einige mehr. Der Coworking Space ist längst aber auch zu einer Art Hoffnungsort geworden, einem Synonym dafür, dass selbst periphere Regionen wieder von Jobwachstum träumen können, dass Abwanderung gestoppt werden und eine neue Lebensqualität entstehen kann.

Die Digitalisierung hat generell die Fantasie vieler Menschen angeregt, und zwar positiv wie negativ: Auf der einen Seite steht die Furcht vor einer zu-

nehmenden Automatisierung, die viele Jobs kosten könnte, versinnbildlicht oft mit der Selbstbedienungskassa im Supermarkt. Auf der anderen Seite zeigt sich der Optimismus jener, die dem Strukturwandel und der Landflucht bisher zwar vielleicht kämpferisch, aber doch oft machtlos gegenüberstanden sind. Die neue Arbeitswelt aber verspricht ein Ende der räumlichen Distanz. Das muss doch gerade für den ländlichen Raum neue Chancen bieten, oder?

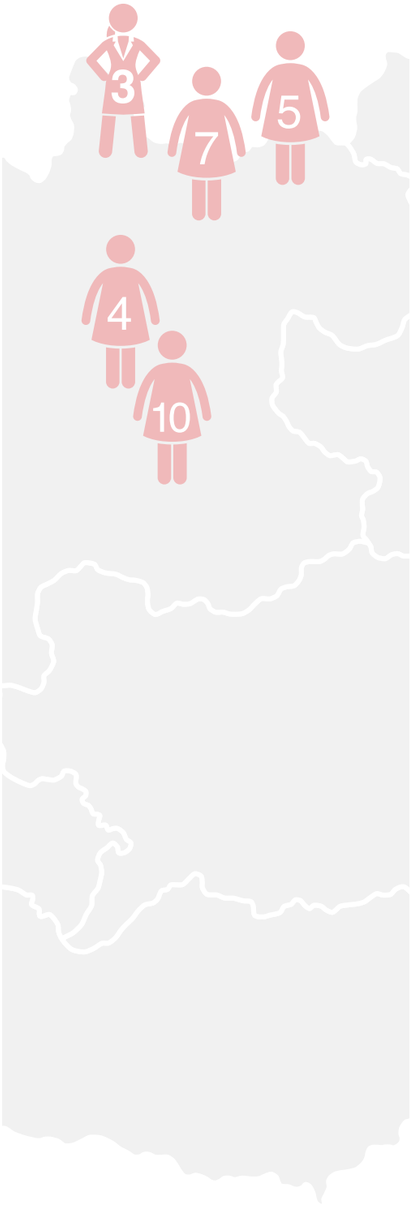
Beide Erwartungen sind wissenschaftlich durchaus fundiert. „Angebot und Nachfrage sind häufig nicht mehr räumlich aneinander gebunden, immer mehr Leistungen können prinzipiell ortsungebunden erbracht bzw. konsumiert werden“, heißt es in einer heuer veröffentlichten Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) zu „Beschäftigungseffekten der Digitalisierung in den Bundesländern sowie in Stadt und Land“. Diese grundsätzlich unstrittige Tatsache hat schon in den 90er-Jahren zu Prognosen über zukünftige Entwicklungen für den Arbeitsmarkt geführt. Und sie bescheinigten dem ländlichen Raum deshalb auch ein Wachstumspotenzial.

Dem gegenüber stehen vor allem in jüngerer Vergangenheit etliche Forschungsarbeiten über potenzielle Jobverluste, ausgelöst durch die Digitalisierung. Das Wifo verweist auf eine Reihe von entsprechenden internationalen Studien, die Österreich mögliche Arbeitsplatzverluste zwischen neun und zwölf Prozent attestieren. Das klingt durchaus bedrohlich.

Doch, wie so oft, wenn die Zukunft untersucht wird, hat sich auch hier die Realität nicht an die Erwartungen gehalten. Bisher zumindest. Und dieses „Bisher“ ist wichtig. „Unsere Schlüsse sind vergangenheitsbasiert“, sagt Matthias Firgo, einer der Autoren der Studie. Es ist ein Unterschied, ob mittels verschiedener Modelle berechnet wird, welche zukünftigen Entwicklungen möglich oder wahrscheinlich sind. Oder ob man empirisch bisherige Entwicklungen analysiert. Genau dies hat das Wifo in seiner Arbeit getan.

Und diese zeigt, sehr verkürzt, zweierlei: Erstens ist die Beschäftigungswirkung bisher positiv, das ist die gute Nachricht. Es haben auch noch nie so viele Menschen in Österreich gearbeitet wie heute, die Entwicklung in hoch digitalisierten Branchen ist sogar überdurchschnittlich. Zweitens, und das ist die weniger gute Nachricht, deutet laut Wifo alles daraufhin, dass die Städte und urbanen Räume bisher weit stärker von der neuen Arbeitswelt profitiert haben als ländliche Regionen. Und zwar obwohl es heute möglich ist, in einem Coworking Space in Moosburg zu sitzen und an einem Meeting in Wien oder sogar Singapur teilzunehmen.

Waren alle früheren Forschungsarbeiten also falsch? Nein, dieser Schluss lässt sich nicht ziehen. Abgesehen von (oft



DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN ARBEITSMARKTS

medialen) Fehldeutungen der diversen Studien, die sich dann weiter in die politische Debatte gezogen haben, ist es vor allem die Komplexität, die Vorhersagen schlicht unmöglich macht. Ökonom Matthias Firgo erklärt: „Es gibt sehr vielfältige Wirkungskanäle. Und es kommt dann darauf an, welche am stärksten durchschlagend sind.“ Genau das kann man aber im Vorhinein nicht wissen.

Ein Beispiel dafür bietet die Landwirtschaft, auch sie ist prinzipiell von Digitalisierung betroffen, vieles ist heute schon automatisiert. In Zukunft könnten selbstfahrende Maschinen das Ernten, die Lieferung oder die weitere Verarbeitung erledigen. „Das käme aber nur zum Einsatz, wenn es kostengünstiger wäre“, sagt Firgo. Das wiederum hängt unter anderem mit dem Lohnniveau in jenen Ländern zusammen, aus denen die Erntehelfer stammen. Solange deren Einsatz auf den Feldern billiger ist als entsprechende Maschinen, werden sie nicht ersetzt werden. „Wenn ich niemanden mehr brauche, kostet das in diesem Sektor zwar Arbeitsplätze, aber wenn dadurch Lebensmittel billiger werden, entstehen Kaufkrafteffekte. Und das schafft in anderen Bereichen mehr Jobs“, erklärt Firgo.

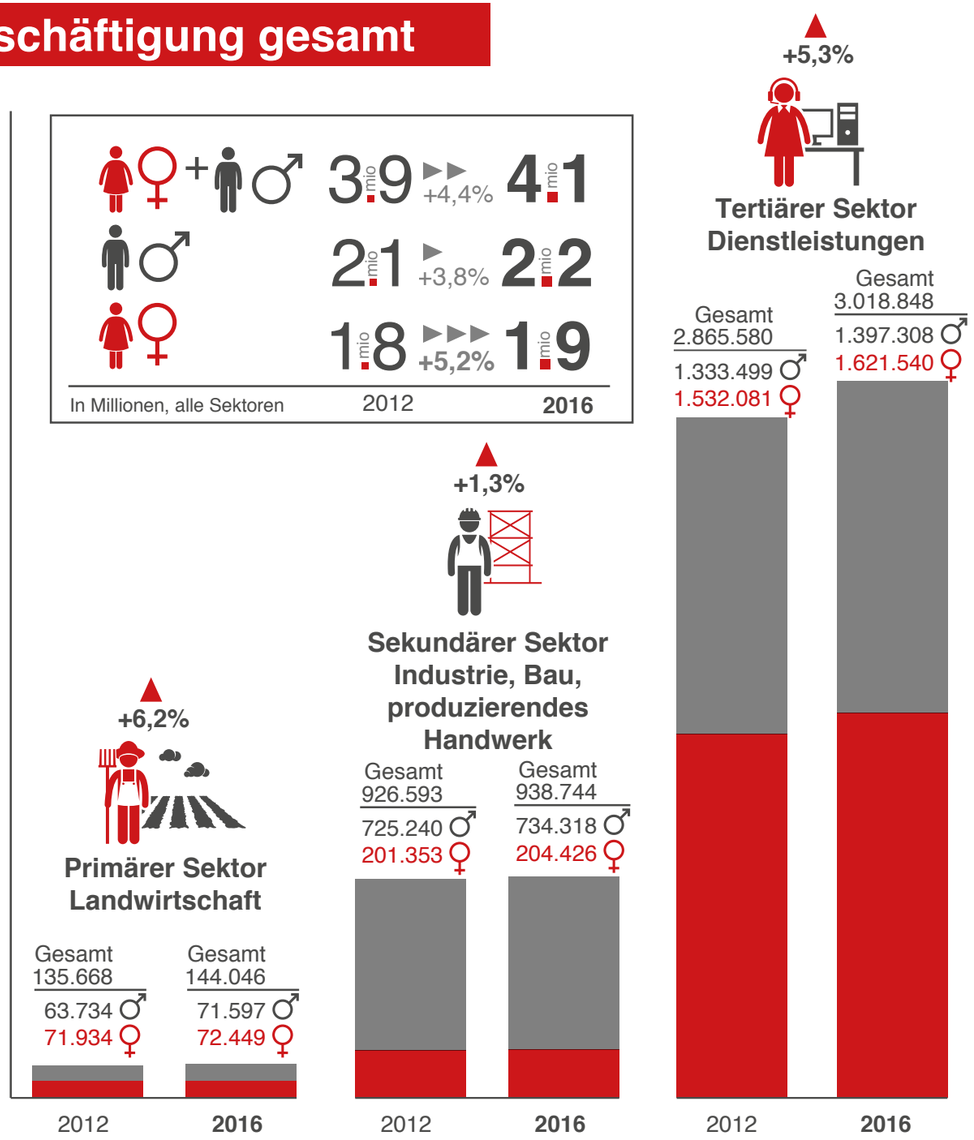
Die Landwirtschaft ist, gemessen an den Arbeitsplätzen, nicht mehr von großer Bedeutung, doch das Beispiel zeigt, wie verschränkt die Wirkmechanismen und wie schwierig daher Prognosen sind.

„Bisher ist es noch nach jeder großen Wende der Gesellschaft besser gegangen“, sagt Firgo. Auch das zeigt der Blick in die Vergangenheit. „Kurzfristig haben sie aber auch negative Auswirkungen gehabt. Es gibt daher verteilungspolitische Fragen, die man lösen muss.“

Und das ist vielleicht auch der wesentliche Punkt. Es ist weder vernünftig noch erfolgversprechend, technische Entwicklungen aufzuhalten, aber eine gewisse Steuerungsmöglichkeit ist doch gegeben. Und zwar eine Steuerung, die verteilungspolitische Herausforderungen aufgreift – zwischen hoch und weniger Qualifizierten, Jung und Alt, Frauen und Männern, aber auch zwischen Stadt und Land. Ein fortgesetzter Zuzug in Zentralräume (und damit auch Abwanderung aus ländlichen Regionen) hat auch unerwünschte Folgewirkungen. Auf beiden Seiten.

Doch was ist der ländliche Raum? Es gibt einen Unterschied zwischen randständigen kleinen Dörfern entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs und kleinstädtischen oder touristisch geprägten Gemeinden. Was sie aber eint: Der Arbeitsmarkt hat sich in ihnen in den vergangenen Jahrzehnten doch signifikanter und umfassender verändert als in den größeren Städten und in Wien, oft zusammengefasst unter dem Begriff des Strukturwandels. Um über künftige politische Handlungsoptionen und Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen der digitalen Wende zu diskutie-

Beschäftigung gesamt



Quelle: Statistik Austria. Grafik: Max Fabigan

DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN ARBEITSMARKTS

ren, ist es daher naheliegend, sich zunächst einmal diesem Strukturwandel beziehungsweise der Struktur des ländlichen Arbeitsmarkts zu widmen.

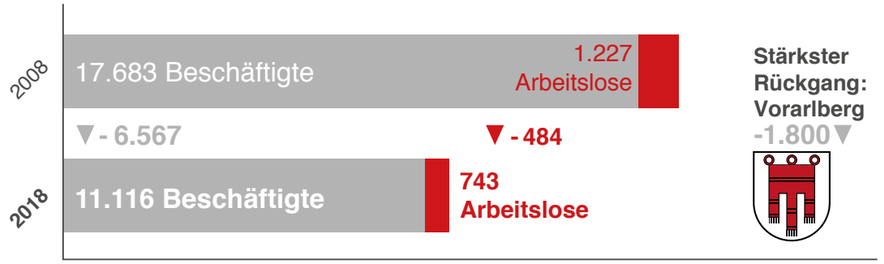
Einige, sehr fundamentale Veränderungsprozesse sind mehr oder wenig abgeschlossen. Das betrifft zunächst sicher den primären Sektor, also die Landwirtschaft. Von mehr als einer Million Arbeitskräfte Anfang der 1960er-Jahre ist man mittlerweile bei etwa 400.000 angelangt, wobei nur ein Bruchteil unselbständig Beschäftigte sind – die Mehrheit übrigens ausländischer Herkunft. Das Höfesterben ist nach wie vor ein Thema, aber die Entwicklung hat sich abgeflacht. „Solange es eine Nachfrage nach österreichischen Produkten gibt, wird das auch bleiben“, sagt Oliver Fritz, der sich beim Wifo mit Regionalentwicklung beschäftigt. Klar ist aber: Aus einst landwirtschaftlich geprägten Gemeinden, die, etwa im Westen des Landes, zu florierenden Wintersportorten geworden sind, wird kein Bergbauerndorf mehr. Das ist abgeschlossen. Lediglich in einigen niederösterreichischen sowie einzelnen steirischen und burgenländischen Regionen liegt der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung noch deutlich über zehn Prozent.

Etwas anders sieht es im sekundären Sektor aus, der Industrie. Auch in dieser hat die Zeit ihre Spuren hinterlassen, die Bedeutung der Produktion ist gesunken. Allerdings vor allem durch die massive Ausweitung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Gemessen an der absoluten Zahl der Arbeitsplätze ist der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie weit weniger dramatisch, und zuletzt gab es sogar wieder einen Zuwachs durch die gute Konjunktur. Der Strukturwandel im sekundären Sektor ist in erster Linie ein qualitativer gewesen. Die Produktivität ist gestiegen, viele einfache Arbeiten sind damit weggefallen oder durch die Aufhebung von Handelsbeschränkungen (und später die EU-Osterweiterung) in andere Länder ausgelagert worden.

Ein gutes Anschauungsbeispiel bietet hier die Textil- und Bekleidungsindustrie, die in einigen Regionen Österreichs, etwa in Vorarlberg und dem Waldviertel, einst sehr wichtig war. Zu Beginn der 70er-Jahre boten diese beiden Branchen mehr als 100.000 Menschen Arbeit, heute ist es nur mehr rund ein Zehntel davon. Es gilt auch hier, worauf Matthias Firgo bereits hingewiesen hat: Kurzfristig gibt es mitunter negative Auswirkungen und es ergeben sich verteilungspolitische Probleme, sprich: Es gibt Verlierer solcher Entwicklungen.

Die beiden Branchen illustrieren allerdings auch einen anderen Aspekt des industriellen Strukturwandels sehr gut. Jene Betriebe, die heute noch auf dem Markt sind, haben sich spezialisiert und technologisiert. Es sind innovative Anbieter, die ganz spezifische Textile produzieren, die Exportquote liegt bei

Textil und Bekleidung



Quelle: AMS / HVS (BALI/BMASK)

mehr als 80 Prozent. Wie aus Daten des Hauptverbandes hervorgeht, hat es zwischen 2008 und 2018 zwar weiterhin einen signifikanten Rückgang in der Beschäftigung von 17.700 auf 11.100 Personen gegeben, allerdings ist die Arbeitslosigkeit in der Branche in diesem Zeitraum nicht gestiegen, sondern sogar gesunken. Das deutet auf einen vergleichsweise verträglichen Strukturwandel hin.

Das ist nicht überall in Europa so, Österreich und Deutschland schneiden in dieser Hinsicht besonders gut ab. Firgo führt dies unter anderem auf die duale Ausbildung in diesen Ländern zurück, die ein breiteres Spektrum von Kompetenzen hervorbringt. Das macht die Arbeitskräfte insgesamt flexibler, sie können leichter in andere Branchen und andere Jobs wechseln. Umso wichtiger ist es, diese Flexibilität zu erhalten, sie wird auch bei der Digitalisierung eine Rolle spielen. Es wird darum gehen, eine Art „informationstechnisches Allgemeinwissen“ aufzubauen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, auf technische Veränderungen reagieren, beispielsweise sich auf neue Computeranwendungen einstellen zu können.

Im Vorjahr hat die Bundesregierung einen „Masterplan Digitalisierung“ für den Bildungsbereich beschlossen, der unter anderem den neuen Gegenstand „Digitale Grundbildung“ vorsieht. Er kann schulautonom entweder integrativ oder mit eigens deklarierten Stunden umgesetzt werden. Das Thema „digital skills“ findet aber schon im Kindergarten Einzug und ist damit auch für die kommunale Ebene relevant. In Niederösterreich etwa werden alle Landeskindergärten mit sogenannten „Bienen-Robotern“ ausgestattet, einem digitalen Spielzeug, das vorausschauendes Denken und Problemlösekompetenz schulen soll. Es ist die Basis für digitale Grundbildung.

Für den ländlichen Arbeitsmarkt ist diese Form der Flexibilität vielleicht noch bedeutsamer. „Je größer der Arbeitsmarkt ist, desto eher wird ein Job ausgeschrieben, der direkt auf mich zugeschnitten ist“, erklärt Firgo. Im doch deutlich eingeschränkten Arbeitsangebot im ländlichen Raum werden künftig jene im Vorteil sein, die dank breitem Grundwissen möglichst schnell mit neuen Computerprogrammen und softwaregestützten Prozessen umgehen können.

Das wird nicht nur im sekundären Sektor wichtig, sondern auch im tertiären, dem Dienstleistungssektor. Dieser ist der dynamischste und bedeutsamste aller drei Sektoren, gemessen an der Gesamtbeschäftigung. So hat mittlerweile allein nur der

DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN ARBEITSMARKTS

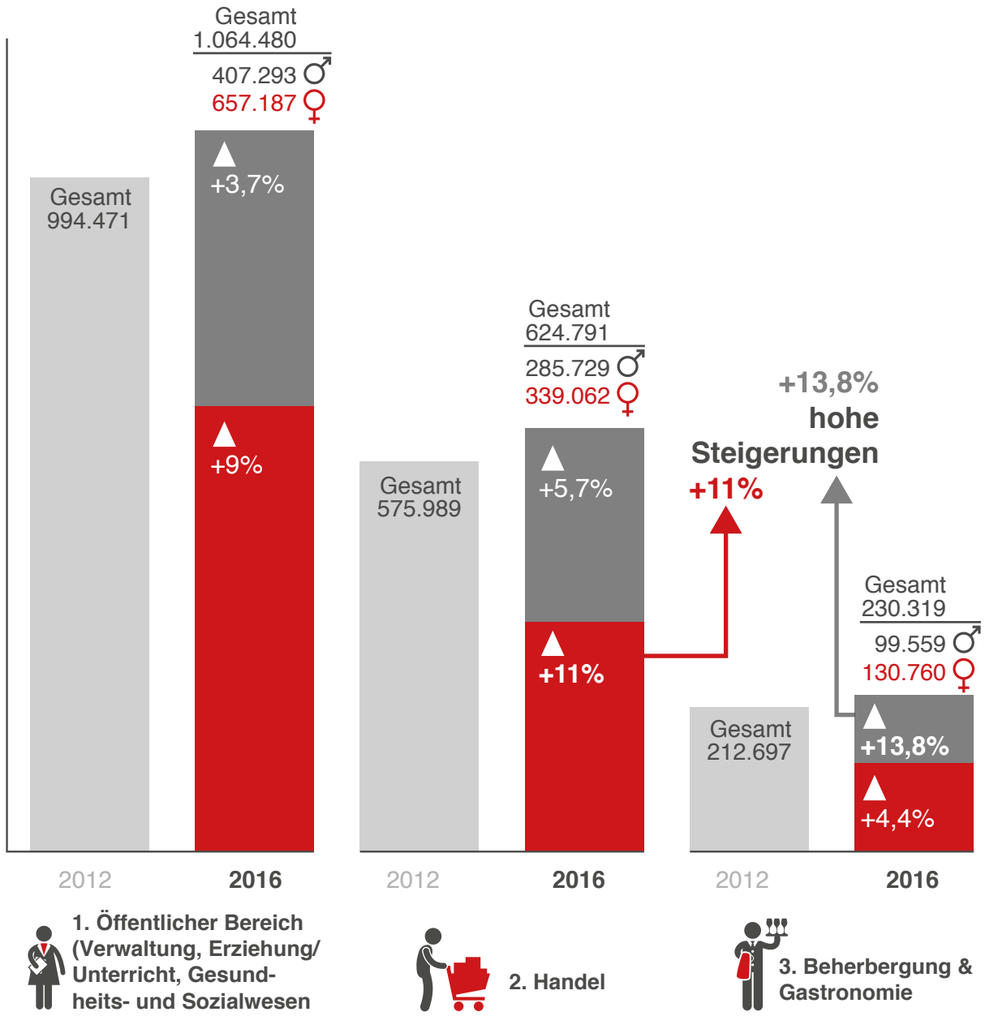
Handel den gesamten Produktionssektor überholt. Deutlich mehr als 600.000 Arbeitskräfte sind hier beschäftigt. Wenig überraschend sind es laut Registerdaten mehr Frauen als Männer, die im Handel arbeiten. Die insgesamt höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen kann man durchaus auch als Strukturwandel verstehen, und zwar als solchen, der im ländlichen Raum viel tiefgreifender war, aber vergleichsweise doch etwas unbeachtet geblieben ist.

Die Erwerbsquote von Frauen ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten zwar überall gestiegen, aber im ländlichen Raum überdurchschnittlich. So weist etwa der Bezirk Zwettl im Waldviertel mit 77,9 Prozent die höchste Frauenerwerbsquote aller Bezirke aus. Es sind freilich vor allem Teilzeitstellen, die im ländlichen Raum geschaffen wurden. Wie eine statistische Auswertung der Rechercheplattform „Addendum“ im Vorjahr zeigte, hat das Land die Stadt puncto Frauenerwerbsquote überholt, allerdings ist die Gehaltsschere aufgrund des höheren Anteils von Teilzeitstellen am Land deutlich höher.
Doch wo arbeiten die Frauen? In welchen Bereichen wurden, gerade im ländlichen Raum, die Jobs geschaffen? Diese Fragen sind nicht so einfach zu beantworten. Wenn man aber etwas tiefer in die Registerdaten blickt, fällt eines sehr rasch auf: nämlich die Rolle des Staates bei dieser Entwicklung. Im Jahr 2016 waren rund 93.000 Frauen mehr in Beschäftigung als noch vier Jahre zuvor. Damit verzeichneten die Frauen, in absoluten Zahlen gemessen, einen höheren Zuwachs als Männer (plus 80.000). Doch mehr als jeder zweite dieser neu geschaffenen Jobs ist laut Registerdaten den Branchen „Öffentliche Verwaltung“, „Erziehung und Unterricht“ sowie „Gesundheits- und Sozialwesen“ zuzurechnen. Die Stellen in diesen Branchen werden entweder zur Gänze oder fast ausschließlich öffentlich finanziert.

Andrea Leitner vom Institut für Höhere Studien (IHS) überrascht dieser Befund nicht. „Es wächst ja auch der Bedarf in diesem Bereich“, sagt die Ökonomin. Es braucht mehr Lehrkräfte, mehr Pflegerinnen, die Kinderbetreuung wird ausgebaut und so weiter. Es sind vor allem weiblich geprägte Berufe. „Ein starker öffentlicher Sektor ist auch ein Zeichen von entwickelten Wirtschaften“, ergänzt Sybille Pirklbauer, Referentin in der Frauenabteilung der Arbeiterkammer. „Selbst in Großbritannien und den USA gibt es eine erkleckliche Zahl von Beschäftigten im öffentlichen Sektor“, sagt Pirklbauer.

Ist das nun gut oder schlecht? „Es ist einfach eine Tatsache“, sagt Leitner. „Man wird hier auch zwischen Beschäftigungs- und Einkommenschancen trennen

Branchen mit den meisten Beschäftigten



Quelle: Statistik Austria. Quelldatei: Registerdaten nach Geschlecht Bundesländer. Grafik: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan

DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN ARBEITSMARKTS

müssen. Von der Digitalisierung wird dieser Bereich sicher nicht so betroffen sein.“ Das ist die gute Nachricht, die auch von Wifo-Forscher Firgo und seiner Studie bestätigt wird. Auf der anderen Seite bieten diese Branchen aber oft nur Teilzeitstellen, etwa in Bildungseinrichtungen, in der Kinderbetreuung sowie bei diversen Sozialberufen.

Durch Reformen in der Ausbildung, in der Pflege und in der Pädagogik könnten zwar langfristig durch höhere Qualifikationsanforderungen auch die Gehälter steigen, allerdings sicher nicht so dynamisch wie in der nach wie vor männlich geprägten Industrie, die sich in Österreich eben zur Hightech-Produktion gewandelt hat. Und auch innerhalb des tertiären Sektors deuten die Registerdaten daraufhin, dass in einigen Branchen mit tendenziell höher qualifizierten Beschäftigten Männer vom Zuwachs stärker profitieren. Besonders deutlich zeigt sich das im IKT-Sektor, gewissermaßen dem Epizentrum der Digitalisierung. Von den 15.700 zusätzlichen Jobs seit 2012 gingen mehr als 11.000 an Männer. Mit politischen Maßnahmen ist diese Disparität zwischen den Geschlechtern nicht aufzulösen. Doch die Politik, und zwar auf allen Ebenen, kann durch Förderungen, verschiedene Anreize oder einfach nur durch Wertschätzung sehr wohl dazu beitragen, dass es zu einer stärkeren Durchmischung in den Branchen kommt.

Und noch etwas bestätigen die Daten in dieser Branche, nämlich die in der Wifo-Studie erwähnte Disparität zwischen Stadt und Land. Die Hälfte der IKT-Stellen entfallen auf Wien, und innerhalb der Bundesländer sind es auch vor allem die urbanen Zentren, in denen diese Jobs geschaffen werden. Hier besteht also auch ein Verteilungsproblem, obwohl gerade der ländliche Raum, sofern Breitbandinfrastruktur vorhanden ist, räumlich deutlich weniger benachteiligt wäre als früher. Stichwort: Coworking Space.

Geht man in den Registerdaten noch eine Stufe tiefer, auf Bezirksebene, offenbart sich die Bedeutung des Staates als Arbeitgeber noch deutlicher, vor allem für Frauen und vor allem in peripheren Regionen.

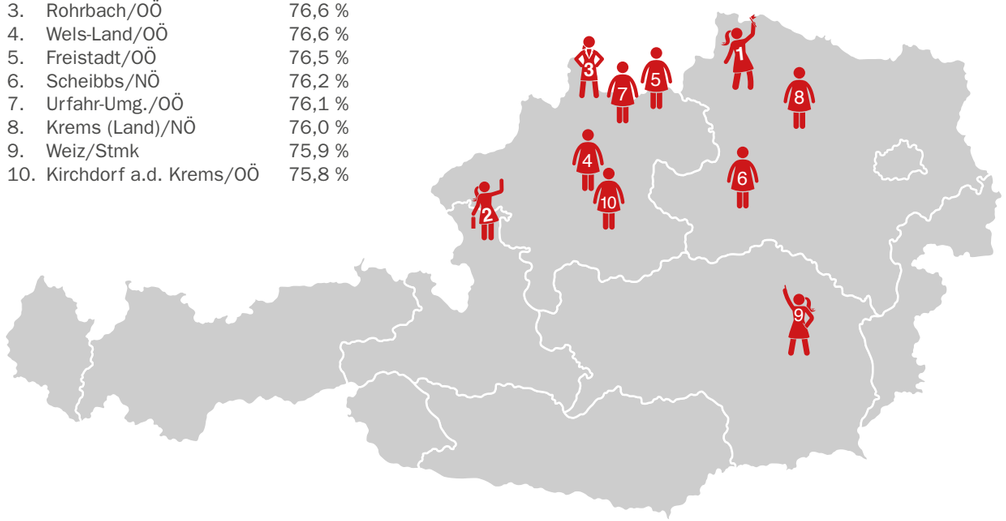
Beim direkten Vergleich nach Bezirken ist zwar Vorsicht geboten, da sich einzelne Ereignisse gleich gravierend in den Daten niederschlagen können. Doch im Querschnitt zeigt sich schon ein recht klares Bild. Exemplarisch ist dafür das Waldviertel. In den Bezirken Gmünd, Waidhofen an der Thaya, Horn und Zwettl ist die Zahl der Jobs von 2012 bis 2016 insgesamt ein klein wenig gestiegen, es gab 423 Beschäftigte mehr. Doch ohne den öffentlichen Sektor würde es ganz anders aussehen. 583 Frauen fanden dort zusätzlich eine Stelle, bei den Männern gab es übrigens auch in diesem Sektor ein Minus.

Dass der Bedarf auch in Zukunft in diesem Segment des Arbeitsmarktes steigen wird, kann

Frauenerwerbsquote: Top 10 Bezirke

Vergleich Anteil Erwerbspersonen (Frauen) an Wohnbevölkerung (15–64 Jahre)

1.	Zwettl/NÖ	77,1 %
2.	Salzburg Umg.	76,7 %
3.	Rohrbach/OÖ	76,6 %
4.	Wels-Land/OÖ	76,6 %
5.	Freistadt/OÖ	76,5 %
6.	Scheibbs/NÖ	76,2 %
7.	Urfahr-Umg./OÖ	76,1 %
8.	Krems (Land)/NÖ	76,0 %
9.	Weiz/Stmk	75,9 %
10.	Kirchdorf a.d. Krems/OÖ	75,8 %



Quelle: Statistik Austria. Grafik: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan

DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN ARBEITSMARKTS

doch einigermaßen seriös prognostiziert werden. Auch gibt es konkrete politische Pläne, Bundes- und Landesstellen im Sinne einer Dezentralisierung aus den Hauptstädten abzusiedeln. Im Handel, der gerade auch in ländlichen Regionen große Bedeutung hat, scheint hingegen der Zenit erreicht. Kein anderes Land in Europa verfügt derzeit über so viel Verkaufsfläche wie Österreich. Und die Digitalisierung ist in dieser Branche natürlich auch ein großes Thema, der Onlinehandel gewinnt zunehmend an Gewicht.

Der Staat hat aber nicht nur im tertiären Sektor Gewicht, sondern auch in der Industrie, wenn auch nicht so direkt, nicht als Arbeitgeber. Sehr wohl aber spielt Standortpolitik eine Rolle. Diese ist zunächst freilich eine Angelegenheit der Bundespolitik, die über den Großteil der Wirtschaftsförderungen entscheidet. Die derzeitige Regierung hat auch das Arbeitszeitgesetz novelliert („12-Stunden-Tag“), den Zugang zum Arbeitsmarkt für Ausländer aus Drittstaaten erleichtert und die Mangelberufsliste regionalisiert. All das ist Standortpolitik. „Das Bundesland kann kaum steuern, nur Akzente setzen“, sagt Peter Mayerhofer vom Wifo, der die Wirtschaftsentwicklung in den Bundesländern beforscht hat.

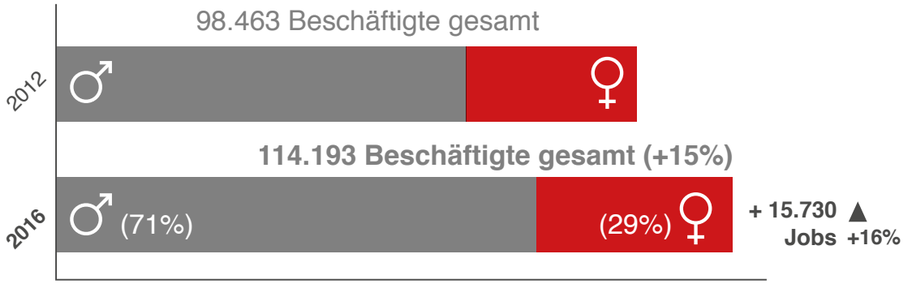
Ein sicher gutes Beispiel ist Oberösterreich mit seinem stetig wachsenden Industriesektor. Joachim Haindl-Grutsch, Geschäftsführer der Industriellenvereinigung in Oberösterreich, sagt: „Standortpolitik wird hier stark durch die industrielle Brille betrachtet.“ Das hat einerseits historische Gründe, ist aber auch explizit so gewollt – und es fruchtet durchaus. Das beweist ein Plus von mehr als 12.000 Beschäftigten bei der Warenproduktion in den vergangenen fünf Jahren.

Dabei geht es auch um „weiche Standortpolitik“, also ein Zuhören, ein Einbinden, ein Ermöglichen von Seiten der Landespolitik. „Wenn ein Wirtschaftskonzept erarbeitet wird, gibt es Workshops, bei denen die Industriebetriebe oder die Ausbildungsstätten drinsitzen“, erklärt Mayerhofer. Das sei nicht überall so.

Ein aktuell drängendes Problem, das in Oberösterreich, aber nicht nur hier, diskutiert wird, sind die Auswirkungen von demografischen Entwicklungen. „Früher“, sagt auch Mayerhofer, „hat es im ländlichen Raum einen Ausgleich gegeben. Es gab zwar wenig Zuwanderung, aber dafür eine höhere Geburtenrate. Seit circa 15 Jahren sinkt diese aber, dadurch geht es zwischen Stadt und Land deutlich auseinander.“

Die Folge ist eine Lehrlingslücke, die drängender wird, und damit einher geht ein Fachkräftemangel. Wie man den ländlichen Raum als Wohn- und Arbeitsort attraktiver machen kann, ist Gegenstand zahlreicher Debatten in jüngerer Vergangenheit, die unter anderem zu einem „Masterplan für den ländlichen Raum“ geführt haben. Die Bundesregie-

Informations- und Kommunikationsbranche



72%

der Menschen in der IKT-Branche werden in den neun Landeshauptstädten beschäftigt

28%

der Menschen in der IKT-Branche werden im Rest Österreichs beschäftigt

Quellen: Statistik Austria. Grafiken: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan

DIE ZUKUNFT DES LÄNDLICHEN ARBEITSMARKTS

rung hat sich dessen Umsetzung in ihr Programm geschrieben.

Doch auch auf lokaler Ebene kann Standortpolitik betrieben werden. Nicht mit großzügigen Wirtschaftsförderungen freilich, doch umso mehr mit Kreativität und Mut. Auch die Schaffung eines Coworking Spaces lässt sich als Standortpolitik bezeichnen. Es geht darum, durch politische Entscheidungen und öffentliche Investitionen ein Umfeld zu schaffen, in dem etwas gedeihen kann. Genau das ist in Moosburg auch passiert. „Solche Räumlichkeiten sind innovationsfreundliche Umgebungen, sie bringen die Leute, die dort arbeiten, ins Gespräch, und so kommt man zu Lösungen“, sagt Wifo-Ökonom Firgo.

Heute erscheinen solche Gemeinschaftsbüros noch eher als ein Gruß aus der Zukunft und vielleicht wird sich die Idee am Ende auch nicht durchsetzen. „Es gibt ein Risiko, dass es am Anfang schlecht läuft oder scheitert“, sagt Bürgermeister Gaggl. „Wir haben leider eine schlechte Scheiterkultur. Wenn wer scheitert, ist er ein Versager. Und am Land merkst du sofort, ob etwas nicht funktioniert, in der Stadt weiß es keiner. Wir haben aber an das Projekt geglaubt und viel Überzeugungsarbeit geleistet.“

Ideen, die digitale Wende zu gestalten, gibt es viele, und es kommen immer neue dazu. Man wird nicht drum herumkommen, sie auszuprobieren, neue zu entwickeln und alte wieder zu verwerfen. Und vielleicht werden Coworking Spaces in ein paar Jahrzehnten als ganz normale kommunale Infrastruktur verstanden. Wo die Bewohner zusammenkommen, um Telearbeit zu leisten. Wo sich Unternehmen von ganz klein auf entwickeln und vernetzen können. Wo Waren, die online bestellt wurden, hingeliefert und abgeholt werden. Wo sich die Menschen treffen, sprich: wo Leben herrscht. In Moosburg, wird man vielleicht einmal erzählen können, hatte man einst im Jahr 2014 einen Baustein gesetzt.

Simon Rosner, 41,

ist seit 2000 Journalist, zuerst als freier Autor, ab 2006 dann als Redakteur bei der „Wiener Zeitung“. Bis zum Jahr 2012 war Rosner als Sportjournalist tätig und berichtete von Olympischen Spielen, Fußball-Europameisterschaften und Ski-Weltmeisterschaften, ehe er in die Politik- und Wirtschaftsberichterstattung wechselte. Dazu kam ab 2016 die Koordinierung des Kommunalschwerpunktes „Stadt & Land“.

Christian Härting
Bürgermeister der Marktgemeinde Telfs in Tirol,
Vizepräsident des Tiroler Gemeindeverbandes

CHANCEN & GRENZEN DER ZUSAMMENARBEIT

Telfs ist in vielerlei Hinsicht ein idealer Ort. Auch als Erprobungsfeld für neue kommunalpolitische Wege und Ideen. Mit 16.000 Einwohnern ist Telfs die drittgrößte Gemeinde Tirols und der zentrale Ort der Region. Obwohl Marktgemeinde, hat Telfs vielfach städtischen Charakter. Die Wirtschaftsstruktur ist vielseitig, es gibt florierende Industriebetriebe und einen starken Handels- und Dienstleistungsbereich. Die Bevölkerung ist von der Altersstruktur her jung und vielschichtig. Angehörige aus mehr als 80 Nationen leben und arbeiten in der Oberinntaler Marktgemeinde.

Telfs ist klein und traditionell genug, um überschaubar zu bleiben, und groß und modern genug, dass sich alle relevanten Lebensbereiche im Gemeindeleben wiederfinden und Thema für die Kommunalverwaltung sind.

Ein interessantes Spannungsfeld ergibt sich aus der Wechselwirkung mit den Umlandgemeinden, die alle deutlich kleiner als der Zentralort und mit diesem eng verflochten sind. Praktiken und Strategien der regionalen Zusammenarbeit zu entwickeln, bietet sich nicht nur an, sondern ist unverzichtbar. Ich möchte sogar sagen: Die Zukunft gehört den Gemeindekooperationen!

Auf diesem Gebiet ist in Telfs in der Vergangenheit bereits viel geschehen und in manchen Bereichen nehmen wir hier durchaus eine Vorreiterrolle ein. Ziel bei allen diesen Kooperationen ist es immer, die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zu steigern und die vorhandenen Ressourcen mit Fachkompetenz im Sinn von Sparsamkeit, Effizienz und Verhältnismäßigkeit optimal zu nutzen.

In der Region Telfs existieren – zum Teil schon seit Jahrzehnten – verschiedene Gemeindeverbände und Kooperationsmodelle, die sich zweckorientiert zur Zusammenarbeit in verschiedenen Sachbereichen zusammengeschlossen haben. Das Prinzip bei diesen Verbänden ist immer dasselbe: Probleme und Aufgaben werden gemeinsam angepackt und gelöst, die entstehenden Kosten nach Bevölkerungsschlüssel oder Nutzeranzahl auf die Gemeinden aufgeteilt.

• Natürlich gibt es einen regionalen **Planungsverband**, der gut funktioniert und regelmäßig zusammentritt. Der Planungsverband, in dem die Bürgermeister zusammenkommen, wurde für raumordnerische Fragen ins Leben gerufen, wird bei uns aber auch für Abstimmungen in anderen Bereichen und natürlich zum Meinungs- und Informationsaustausch genutzt. Wir haben dieses Instrument kreativ weiterentwickelt und beleuchten mittlerweile sämtliche Lebens- und Aufgabenbereiche, allerdings sind ihm enge rechtliche Grenzen gesetzt. Derzeit ist der Planungsverband eine „Goodwill-Organisation“, die bei allen finanziell relevanten Aktivitäten von der Zustimmung in jedem einzelnen Gemeinderat abhängig ist.

Links:
Blick auf Telfs und einige seiner Nachbargemeinden

CHANCEN & GRENZEN DER ZUSAMMENARBEIT

• Sehr gute Erfahrungen haben wir mit dem regionalen **Altenwohnheimverband** gemacht, in dem zehn Gemeinden zusammengefasst sind. Wir betreiben drei Pflegeheime sowie sieben Einrichtungen des „Betreuten Wohnens“. In den Heimen werden 215 pflegebedürftige Personen aus allen Mitgliedsgemeinden versorgt. Knapp über die Hälfte davon kommen aus Telfs. Es ist auch angedacht, dass dieser Verband sich in Zukunft entweder mit einem benachbarten Verband zusammenschließt oder zumindest weitere Gemeinden in den Verband mitaufgenommen werden. Dadurch werden die Overhead-Kosten auf mehrere Mitglieder aufgeteilt.

• Soziale Aufgaben erfüllt auch der bestens arbeitende **Sozial- und Gesundheitssprengel**, der mit rund dreißig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in sechs Mitgliedsgemeinden vielfältige Hilfestellungen, Beratungen und Leistungen von der Kleinkind- bis zur mobilen Seniorenbetreuung anbietet. Das breit gefächerte und personalintensive Angebot ist möglich, weil das Einzugsgebiet die stattliche Zahl von rund 24.000 Personen umfasst.

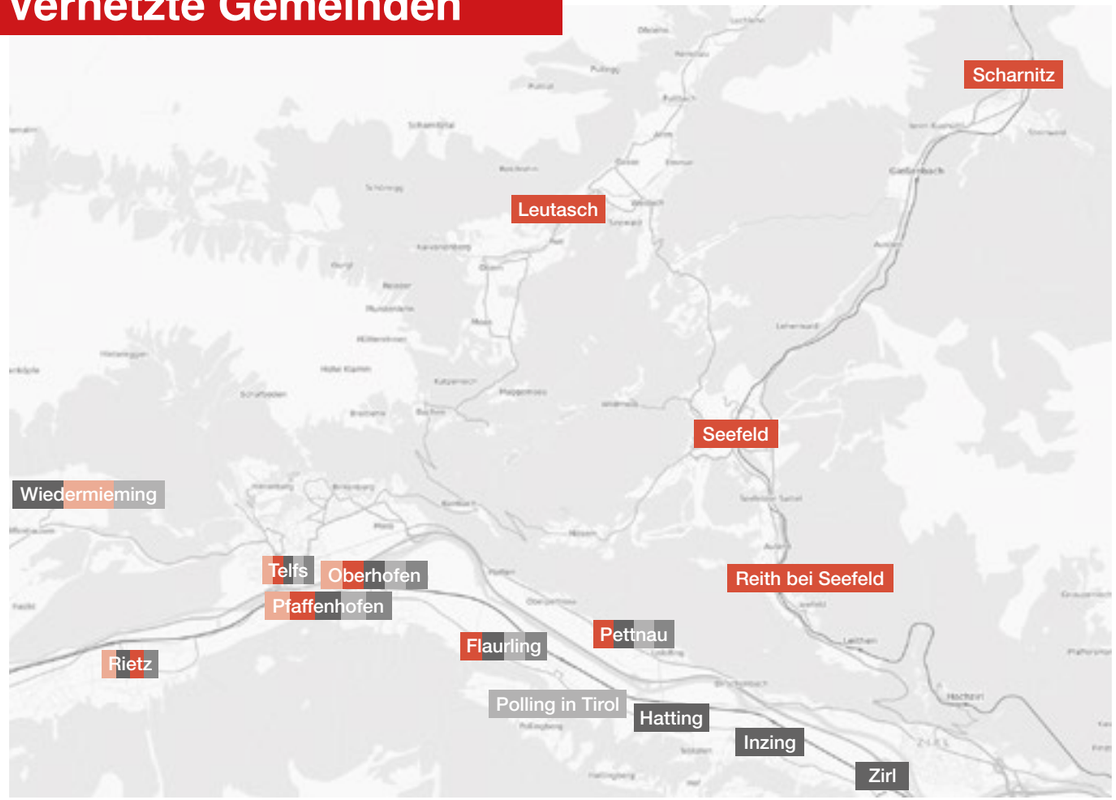
• Ebenfalls bewährt hat sich der **Standesamts- und Staatsbürgeramtsverband** aus sieben Gemeinden. Hier sind tirolweit Bestrebungen im Gange, größere Verbandsstrukturen zu entwickeln.

• Schließlich gibt es auch den **Abwasserverband**, dem fünf Gemeinden angehören und der – bereits seit Jahrzehnten – erfolgreich das regionale Klärwerk in Telfs betreibt.

Auch bei Einzelprojekten und -themen haben wir mit der regionalen Zusammenarbeit gute Erfahrungen gemacht. Etwa beim regionalen öffentlichen Verkehr, wo in Kooperation mit allen beteiligten Gemeinden neue, die Orte verbindende Buslinien initiiert wurden. Weitere Linien sind bereits angedacht. Hier ist auch das jüngste Projekt, die Errichtung der Park-&-Ride-Anlage beim zentralen Bahnhof Telfs-Pfaffenhofen, zu nennen. Das 5,5 Millionen Euro teure Parkdeck wird von den ÖBB, dem Land Tirol und den umliegenden Gemeinden finanziert. Der Spatenstich am 1. März 2019, bei dem die Regionsbürgermeister gemeinsam zur Schaufel griffen, war die Krönung einer 9-jährigen Verhandlungsphase. Allerdings zeigte gerade dieses Projekt die derzeitigen Grenzen regionaler Kooperationen auf: Dass eine Gemeinde, deren Bürger den Regionsbahnhof in erheblichem Ausmaß nutzen, die Zusammenarbeit bisher ablehnte, verkompliziert das Projekt – etwa bei der Tarifgestaltung für das Parkhaus – ganz erheblich.

Hier offenbart sich als Schwachstelle, dass die Kooperationsbereiten vom guten Willen und der Einsicht, mitunter aber auch von den Launen einzelner Beteiligter abhängig sind. Beschlüssen und Projekten des Planungsverbandes muss in jedem einzelnen Gemeinderat zugestimmt werden. Und es ist kein Geheimnis,

Vernetzte Gemeinden



Quelle: Marktgemeinde Telfs. Illustration: Putzkers Grafikteam/Lukas Kaspar

Standesamtverband

Telfs
Flaurling
Oberhofen
Pettnau
Polling in Tirol
Wiedermieming
Pfaffenhofen

Planungsverband

Telfs
Flaurling
Oberhofen
Pettnau
Wiedermieming
Pfaffenhofen
Hatting
Inzing
Rietz
Zirl

Abwasserverband

Telfs
Oberhofen
Wiedermieming
Pfaffenhofen
Rietz

Sozial- und Gesundheitssprengel

Telfs
Flaurling
Pettnau
Oberhofen
Pfaffenhofen
Rietz

Altenwohnheimverband

Telfs
Rietz
Pfaffenhofen
Oberhofen
Flaurling
Pettnau
Reith bei Seefeld
Seefeld
Leutasch
Scharnitz

CHANCEN & GRENZEN DER ZUSAMMENARBEIT

dass bei solchen Anlässen in den Gemeinderäten sehr leicht dynamische, von den Sachfragen losgelöste Prozesse in Gang kommen …

Probleme gibt es immer dort, wo keine verbindlichen Systeme und Regelungen bestehen. Hier sind die Länder gefordert! Ich bin der Meinung, dass gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden sollten, mit denen unter Umständen auch auf die Gemeindeautonomie durchgegriffen werden kann, wenn es um das Gesamtwohl der Region geht. In diesem Sinn sollten die Planungsverbände bei übergeordneten Interessen auch auf das Geschehen in den Gemeinden einwirken können. Etwa dahingehend, dass die Gemeinden bei großen Infrastrukturprojekten, die nachweislich allen nützen, zur Beteiligung verpflichtet werden können, oder umgekehrt, auch bestimmte Projekte in den Gemeinden an eine positive Stellungnahme des Planungsverbandes gebunden sind. Die Planungsverbände müssen gestärkt werden und mehr Kompetenzen erhalten! Mehr Spielraum ist nötig, um neue Wege zu gehen und neue Möglichkeiten für regionale Kooperationen aller zu schaffen!

Günstige rechtliche Rahmenbedingungen würden vieles erleichtern, was z. B. in unserer Region bereits angedacht wird. Manches davon ist noch Vision, bei manchem gibt es schon handfeste Überlegungen und Gespräche.

• Mehr als nur ein Gedankenspiel sind etwa Pläne im Bereich Umwelt und Müllentsorgung. Braucht tatsächlich jede kleine Gemeinde ihr eigenes Abfallwirtschaftszentrum und ihren eigenen Bauhof? Rationalisiert man hier, reduzieren sich die Kosten und für die Bürger ergeben sich benutzerfreundlichere Öffnungszeiten für die Müllentsorgung. Und warum sollte z. B. eine große, teure Kehrmaschine einer Zentralgemeinde nicht planmäßig auch durch das Nachbardorf fahren?

• Mit dem Umweltthema zusammen hängt auch die Frage des regionalen öffentlichen Verkehrs. Auf diesem Gebiet ist, wie erwähnt, bei uns schon einiges geschehen. Aber auch hier gibt es noch genügend „Luft nach oben“. Wir arbeiten daran, möglichst alle Gemeinden eng mit Buslinien an den Zentralort anzuschließen. Idealziel wäre es, dass es irgendwann ganz selbstverständlich ist, mit dem Bus und nicht mit dem eigenen PKW zu Erledigungen z. B. vom Mieminger oder Seefelder Plateau nach Telfs zu fahren.

• Kinderbetreuung: In diesem Bereich, wo der Einsatz von Fachpersonal immer wichtiger wird und die Gruppengrößen der zu betreuenden Kinder immer kleiner werden, drängt sich die Zusammenarbeit ebenfalls auf. Es sollte viel leichter möglich sein und gesetzlich geregelt werden, dass bei Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen ein unbürokratischer Austausch zwischen den Gemeinden stattfindet und fixe Tarifsätze als Ausgleich lan-

desweit einheitlich eingeführt werden.

• Es ist eine offene Tatsache, dass gerade kleine Gemeindeämter bei der personellen Ausstattung oft an ihre Grenzen stoßen. Ich kann mir gut vorstellen, dass z. B. das große und in allen Sparten bestens besetzte Bauamt von Telfs Baurechtsagenden kleiner Nachbargemeinden miterledigt. Dasselbe gilt für gemeindepolizeiliche Agenden, die Finanzverwaltung, das Melde- und Standesamtswesen und auch die Gemeindewerke. Natürlich müsste nicht alles in der Zentralgemeinde konzentriert werden, jedoch sollte ein Austausch der professionellen Leistungen und Kompetenzen der Mitarbeiter zwischen den einzelnen Gemeindeämtern irgendwann nicht nur möglich, sondern der Normalfall sein.

• Lassen Sie mich noch einen politisch sensiblen Bereich ansprechen. Es ist klar, dass die Freiwilligen Feuerwehren mit den modernsten und besten Gerätschaften ausgestattet sein müssen. Aber ist es nötig, dass die Wehren zweier benachbarter Dörfer spiegelgleich mit demselben Equipment ausgerüstet sind? Z. B. existiert in fast jeder Gemeinde eine Schlauchwaschanlage. In Zukunft könnte eine zentrale Anlage von mehreren Wehren genutzt werden. Auch hier würden regionale Planung und das Zurückdrängen des Kirchturmdenkens nicht nur Kosten sparen, sondern sogar zur Effizienzsteigerung beitragen. Zu berücksichtigen ist hier selbstverständlich die große Anzahl an Ehrenamtlichen, die durch unüberlegte politische Aktionen vor den Kopf gestoßen werden könnten.

Bei den Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit sind den Ideen und Visionen kaum Grenzen gesetzt. Naturgemäß stellt sich irgendwann die Frage: Warum nicht gleich über Gemeindezusammenlegungen nachdenken? Ich stehe diesem Thema durchaus offen gegenüber. Sicher fallen jedem von uns Beispiele ein, wo die Zusammenlegung von Gemeinden oder die Neuziehung der meist vor über einem Jahrhundert festgelegten Gemeindegrenzen topografisch und infrastrukturell Sinn macht und allen Beteiligten Vorteile brächte. Es gibt Gemeinden, die real längst zusammengewachsen sind, aber nach wie vor von zwei – mitunter konkurrierenden – Verwaltungsapparaten gelenkt werden.

Die Vorteile, hier nach zeitgemäßen, sachlichen Erwägungen vorzugehen, liegen auf der Hand. Größere Einheiten bedeuten etwa höhere Abgabenertragsanteile. Kosten und Ressourcen für die Bürger ließen sich einsparen. Auch lässt sich das Argument nicht von der Hand weisen, dass in größeren Gemeinden sowohl auf der Verwaltungs- wie auf der politischen Ebene professioneller agiert werden kann. Gerade in Widmungs- und Baurechtsfragen sind die persönlichen und

CHANCEN & GRENZEN DER ZUSAMMENARBEIT

verwandtschaftlichen Verflechtungen in kleinen Orten oft so groß, dass sie eine objektive und sachliche Abhandlung von Verfahren erschweren.

Hier sollte es keine Denkverbote geben. Mir ist allerdings auch klar, dass gerade die Frage der Gemeindegrenzen und der Gemeindezugehörigkeit in der Bevölkerung mit starken Emotionen verbunden ist. Wie das Beispiel Steiermark lehrt, können diese mitunter irrationalen Gefühle sehr schnell jede sachliche Diskussion überlagern. Da oberstes Prinzip sein muss, Zusammenlegungen und Umstrukturierungen nicht gegen den Willen der Bevölkerung umzusetzen, haben wohl viele dieser Überlegungen nur geringe Aussicht auf Verwirklichung.

Was jedoch immer möglich ist, sind die oben umrissenen Möglichkeiten der verstärkten kommunalen Zusammenarbeit in den Regionen, die bei entsprechenden Rahmenbedingungen bis zum De-facto-Zusammenschluss von Gemeinden auf einzelnen Sachebenen gehen könnten.

Hier liegen riesige Potenziale und Möglichkeiten, die zum Vorteil aller genutzt werden könnten! Vorausgesetzt – und hier sind Land und Bund gefordert –, die bestehenden rechtlichen Fesseln werden gelockert und man trifft Entscheidungen über gewisse Formen der verbindlichen Zusammenarbeit!

Christian Härting, 40,

ist seit 2010 Bürgermeister der Marktgemeinde Telfs in Tirol. 2016 wurde er Vizepräsident des Tiroler Gemeindeverbandes.

Mag. Dr. Verena Konrad
Direktorin des vai – Vorarlberger Architektur Instituts mit Sitz in Dornbirn

EIN PLÄDOYER FÜR DEN KULTURELLEN WERT DES GEBAUTEN

Auf Ersuchen des Nationalrats hat die Bundesregierung mit Verordnung des Bundeskanzlers vom 27. Oktober 2008 einen Beirat für Baukultur im Bundeskanzleramt eingerichtet. Dieser Beirat hat 2017 den dritten Baukulturreport[1] erstellt, der zusammen mit einem Paket an Leitlinien dem Ministerrat vorgelegt und im August 2017 von diesem beschlossen wurde.

„Der Beirat für Baukultur sieht seine Aufgaben in der Beratung der im Beirat vertretenen Dienststellen auf Bundesebene, in der Verankerung des Prinzips ‚Baukultur' auf allen politischen Ebenen, und versteht sich als Dialogforum von Architektur und Bauwesen sowie Politik und Verwaltung. Der Beirat legt seinen Fokus auf die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Baukultur und möchte ein breites Verständnis von Baukultur als Querschnittsmaterie etablieren", heißt es auf der Website der zuständigen Geschäftsstelle.[2] Was der Bund hier vorlebt, ist die freiwillige Selbstbindung an bestimmte Grundsätze, wenn es um die komplexe Querschnittsmaterie „Baukultur" geht. Eine Selbstbindung, die auch viele Bundesländer bereits pflegen und die auch Grundlage für gute Entscheidungen in den Gemeinden sein kann.

Baukultur ist …

Um den Begriff der Baukultur auch gleich zu fassen, bietet der Report eine sehr eindrückliche, weil nachvollziehbare Auflistung an Adjektiven an.

Baukultur, steht hier,

„… ist *nachhaltig*: Sie sucht den Ausgleich zwischen sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Zielsetzungen.

… ist *schön*: Sie berücksichtigt ästhetische Maßstäbe, die der Situation angemessen sind.

… *verbindet*: Sie schafft Gebäude und Freiräume unter Einbeziehung von Nutzerinnen und Nutzern sowie sonstigen betroffenen Personen, die ihr Wissen und ihre Interessen in transparenten Prozessen einbringen können, und berücksichtigt dies.

… ist *geschlechtergerecht*: Sie berücksichtigt die Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern bei der Planung, Umsetzung und Evaluierung aller Konzepte, Projekte und Maßnahmen in gleicher Weise.

… *schafft Identität*: Indem sie gestalterisch und technisch hohe Ansprüche stellt, trägt sie positiv zum Selbstbild einer Gesellschaft bei. Sie ist aber auch solide gebaut und tragfähig, bleibt positiv in Erinnerung und bietet somit ein Angebot für die Identifikation mit Städten, Orten und Landschaften.

… ist *zweckmäßig*: Sie führt zu Lösungen, die bedarfsgerecht und wirtschaftlich in Errichtung und Gebrauch sind.

… ist *ressourcenschonend*: Sie geht maßvoll mit der Landschaft und dem Boden, mit bestehen-

EIN PLÄDOYER FÜR DEN KULTURELLEN WERT DES GEBAUTEN

den Gebäuden, mit Energie und Rohstoffen um.

… ist *hochwertig*: Sie ist sorgfältig bis ins Detail geplant und professionell ausgeführt.

…. ist *anpassungsfähig*: Sie reagiert robust auf technologische, ökologische, ökonomische und soziale Veränderungen und beachtet die Diversität unserer Gesellschaft.

… ist *gesundheitsfördernd*: Sie gestaltet Gebäude und Freiräume auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes zu Hygiene, Gesundheit und Komfort.“[3]

Doch nicht nur auf österreichischer Ebene hat es die Baukultur als Themenfeld auf die Tagesordnung der Ministerien geschafft. Am 22. Januar 2018 haben sich die europäischen Kulturminister/innen mit der Erklärung von Davos dazu bekannt, der Baukultur nicht nur mehr, sondern dringliche Aufmerksamkeit zu widmen.[4] So heißt es hier: „(Bau-, Erg.) Kultur ermöglicht und fördert wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Sie formt unsere Identität und bestimmt, was wir den nachfolgenden Generationen hinterlassen. Sie muss daher im Zentrum politischer Entwicklungsstrategien stehen, und ihr Beitrag für das Gemeinwohl muss hervorgehoben werden. Es gibt keine demokratische, friedliche und nachhaltige Entwicklung ohne Kultur. Politische Strategien müssen die Notwendigkeit herausstreichen, überall und auf allen Ebenen nachhaltige, und auf Kultur ausgerichtete Entwicklungsansätze zu erarbeiten. Der Wert und die Unersetzlichkeit der Landschaften und des Kulturerbes Europas müssen unterstrichen werden, wobei der Schwerpunkt nicht nur auf Städte und urbane Räume, sondern auch auf periphere und ländliche Räume und deren Vernetzung zu legen ist. Die gebaute Umwelt muss dringend in einem ganzheitlichen, auf die Kultur ausgerichteten Ansatz betrachtet werden, und es braucht eine humanistische Vision, wie wir die Orte, in denen wir leben, und das Vermächtnis, das wir hinterlassen, gemeinsam gestalten.“[5]

In der Arbeit der österreichischen Architekturhäuser, unabhängigen Foren und Vereinen zur Stärkung und Vermittlung von Baukultur, die sich in allen Bundesländern finden, wird dieser Ansatz seit etwa 25 Jahren in Bildungsformate für die lokale Bevölkerung und für Professionist/innen übersetzt.[6] Baukultur wird hier als Summe aller Tätigkeiten gefasst, die die gebaute Umwelt verändern. Darin liegt zunächst keine Beurteilung, sondern vielmehr die Feststellung, dass wir unsere Umwelt als Einheit wahrnehmen. Diese Einheit umfasst Eindrücke, die alle gebauten und gestalteten Güter in ihrer natürlichen Umgebung hinterlassen, verbunden mit der jeweiligen Nutzung. Kurz: Landschaft, Gebautes und was wir damit wie machen. Schließlich umfasst Baukultur nicht nur Neues, sondern auch den Umgang

mit Bestehendem, mit Kulturerbe, aber eben auch die Möglichkeit, Neues entstehen zu lassen und damit der zukünftigen Geschichte unsere Spuren einzuschreiben.

Baukultur umfasst jedoch nicht nur Gebäude, sondern auch den Raum dazwischen – den öffentlichen Raum, Freiräume, die Zugänglichkeit von Freiräumen – die Verknüpfung mit Städtebau und Raumplanung und die Bauprozesse selbst: den Einsatz von Technologien, Materialien, die kritische Reflexion von Arbeitsbedingungen, Kompetenzverteilungen, Entscheidungsstrukturen, die Rezeption und damit, wie wir unsere Geschichte(n) aufschreiben und dokumentieren.

Und so endlos diese Liste wirkt – gute Baukultur drückt sich in genau dieser bewussten und reflektierten und verbalisierten Gestaltung für alle baulichen und landschaftsrelevanten Anliegen aus und – sie stellt die kulturellen Werte über den kurzfristigen ökonomischen Profit! Aus genau diesem Grund, ist es auch um die Baukultur an vielen Orten nicht gut bestellt. Der kurzfristige ökonomische Profit dominiert nämlich nicht nur die Entscheidungen von Bauunternehmen, sondern auch die Entscheidungen von privaten Auftraggeber/innen, egal ob es um Instandhaltungen, Umbauten und Zubauten, Sanierungen, Neubauten oder eben um große Bauaufgaben geht.

Das einzige Rezept für eine Linderung dieses Umstandes ist wohl eine positive Verbundenheit mit dem Ort und den dort lebenden Menschen. Wer sich mit dem eigenen Umfeld identifiziert, sich als Teil einer Gemeinschaft sieht, hat weniger schnell Angst vor Diskriminierung, unfairen Entscheidungen, hat vielleicht sogar Lust, sich als Teil einer Nachbarschaft zu solidarisieren, einen guten Beitrag für den Ort zu leisten – auch über die eigene Art zu wohnen, zu arbeiten, zu leben hinaus.

Gute Baukultur fördert Quartiere und nachhaltige Lebensbedingungen, sie stärkt die Krisenfestigkeit einer Gemeinschaft, indem sie zugänglich ist, angemessen, fair, und sie tut dies auch, indem sie wirtschaftlichen Mehrwert schafft. Dieser Mehrwert liegt im Resultat als höherwertiges und damit auch dauerhafteres Gut, aber auch in der Herstellung durch Schaffung von Arbeitsplätzen und damit der Förderung einer Wohlstandsentwicklung.

Nicht zuletzt entsteht qualitätsvolle Baukultur in einem interdisziplinären Austausch und in der Achtung vor der Kompetenz und Zuständigkeit vieler Akteur/innen. Sie trägt kreative, ja, aber auch funktionale, politische und soziale Aspekte in sich und wirkt auch in all diese Richtungen. Sie ist ein Ausdruck von Verantwortlichkeit und Reflexion, von Verbindlichkeit und gelebter politischer Praxis.

Für diese politische Praxis sind jedoch nicht nur gewählte Repräsentant/innen zuständig. Jede kulturelle Praxis hängt an zivilgesellschaftlichem Engagement. Gut informierte, gebildete, mündige Bürger/innen sind hier die wichtigsten Akteure/innen, vor allem, wenn es um die Gestaltung des öffentlichen Raumes geht. Gute Partner für diese Bewusstseinsschärfung und Bildungsarbeit können die Architekturhäuser in den Bundesländern oder Organisationen wie „Landluft“[7] sein. Sie helfen Gemeinden, Themen der Baukultur abseits von konkreten Entscheidungsprozessen in einen größeren Rahmen zu setzen, und ermöglichen damit eine gute Vorbildung für den Moment, in dem Entscheidungen anstehen.

EIN PLÄDOYER FÜR DEN KULTURELLEN WERT DES GEBAUTEN

Anmerkungen

1) Den Dritten Österreichischen Baukulturreport sowie die Leitlinien für Baukultur könne Sie online einsehen unter: https://www.kunstkultur.bka.gv.at/beirat-fur-baukultur

2) https://www.kunstkultur.bka.gv.at/beirat-fur-baukultur

3) Dritter Österreichischer Baukulturreport. Hrsg. Bundeskanzleramt Österreich, bearbeitet von der Plattform Baukulturpolitik unter Mitarbeit von Klaus-Jürgen Bauer, Markus Bogensberger, Barbara Feller, Renate Hammer (Leitung), Gabu Heindl, Patrick Jaritz, Christian Kühn, Bernhard Rihl, Hannes Schaffer, Reinhard Seiß, Robert Temel, Sibylla Zech, Wien 2017

4) https://davosdeclaration2018.ch/

5) https://www.kunstkultur.bka.gv.at/documents/340047/394470/Erkla%cc%88rung_von_Davos_2018_deop_.pdf/776f8d88-e2f8-4961-b821-876a2f3bd657

6) Einen – nicht vollständigen – Überblick über Organisationen, die sich mit Baukultur in Österreich beschäftigen, finden Sie hier: https://architekturstiftung.at/

7) http://www.landluft.at/

Verena Konrad

ist Direktorin des vai – Vorarlberger Architektur Instituts mit Sitz in Dornbirn. 2018 war sie Kommissärin und Kuratorin des Österreichischen Beitrags zur Architekturbiennale in Venedig. Seit 2011 Lehraufträge und Vortragstätigkeit, Mitglied im Universitätsrat der Universität Liechtenstein, Mitglied im Kuratorium der IBA – Internationale Bauausstellung Heidelberg. www.v-a-i.at

Dr. Johann Lefenda
Leiter der Oö. Zukunftsakademie

WOHNRAUMMODELLE FÜR JUNGE ERWACHSENE IM LÄNDLICHEN RAUM

Megatrends sind die großen Wandlungstreiber unserer Zeit. Einige Megatrends wie der demografische Wandel, die Konzentration sozialer und kultureller Angebote in den Städten, die Individualisierung von Lebensentwürfen, die Abnahme traditioneller Bindungen und viele andere mehr haben dazu geführt, dass gerade gut ausgebildete junge Menschen tendenziell vom ländlichen Raum in die urbanen Zentren ziehen. Wenn junge Menschen im Alter von ca. 20 bis 35 Jahren für eine Ausbildung oder die ersten Schritte im Berufsleben in die weite Welt hinausziehen, ist das in jedem Fall positiv. Entscheidend ist aber, sie wieder für eine Rückkehr in die Heimatregion oder andere Personen für den Zuzug in den ländlichen Raum zu gewinnen. Denn der ländliche Raum braucht sie als Arbeitskräfte, als Eltern, als engagierte Bürgerinnen und Bürger, als Trägerinnen und Träger von politischer und gesellschaftlicher Verantwortung, als Wissensträger, als Protagonisten des Wandels.

Faktoren für das Wanderungs- und Bleibeverhalten

Die Oberösterreichische Zukunftsakademie – ein Thinktank des Landes Oberösterreich – hat bereits 2014 in Zusammenarbeit mit der Region Steyr-Kirchdorf in einer Studie das Wanderungs- und Bleibeverhalten junger Erwachsener analysiert („Weggehen. Zurückkommen. Verbunden bleiben."). Die wichtigsten Gründe für einen Wegzug aus einer ländlichen Region sind demzufolge das Fehlen eines adäquaten Arbeitsplatzes, geringe Ausbildungsmöglichkeiten und mangelnde Wohnangebote bzw. kaum leistbare Wohnungen.

Baugrundstücke, Einfamilienhaus-Siedlungen, Genossenschaftswohnungen oder weiterhin das Kinderzimmer im elterlichen Haus – so gestaltet sich das vorwiegende Wohnangebot in den ländlichen Regionen Österreichs. Arbeitsplätze und höhere Bildungsangebote sind von ländlichen Gemeinden nur schwer zu beeinflussen bzw. von der Lage und Erreichbarkeit abhängig. Im Bereich des Wohnens gibt es aber viele Möglichkeiten, wie die lokalen Kräfte kurzfristig effektive Maßnahmen setzen können. Attraktive Wohnformen sind also ein wichtiger und vor allem auch von lokalen Akteuren gestaltbarer Schlüsselfaktor für junge Erwachsene. Dazu braucht es aber konkrete Ideen und Anregungen.

Attraktive Wohnformen für die Bedürfnisse der Zielgruppe

Ausgehend von diesen Erkenntnissen hat die Oö. Zukunftsakademie die Abteilung „die Architektur" der Kunstuniversität Linz beauftragt, visionäre Modellprojekte, zukunftsorientierte Lösungen und inspirierende Ideen für ein modernes Leben und Wohnen junger Menschen im ländlichen Raum zu recherchieren.

Für die Studie wurden auf Basis internationaler Recherchen 21 inspirierende Beispiele ausgewählt und anschaulich aufbereitet. Diese Wohnmodelle

Architektin: DI Marie-Theres Süßner, Schwanenstadt. Illustration: Putzkers Grafikteam/Lukas Kaspar

In den ehemaligen Supermarkt wurden sieben Kleinwohnungen und Abstellräume eingebaut. Der ehemalige Vorplatz wird für Privatgärten genutzt. Die Positionierung des Küchen- und Sanitärbereiches in der Mitte ermöglicht eine kostengünstige Umsetzung. Damit bleiben die Mieten für junge Bürger erschwinglich.

entsprechen vier zentralen Bedürfnissen der Zielgruppe junger Erwachsene, die u. a. in einer Fokusgruppe mit jungen Erwachsenen identifiziert wurden:

• *Die erste Wohnung:* Bei der ersten Haushaltsgründung junger Erwachsener kommt es vor allem auf günstige Miete, rasche Verfügbarkeit, geringe Verbindlichkeit etc. an.

• *Dynamische Lebensphasen:* Die Lebensphase zwischen 20 und 35 Jahren ist häufig geprägt durch hohe Flexibilität und Multifunktionalität, multilokale Lebensformen und variierende Haushaltsgrößen.

• *Gemeinschaft & Nachhaltigkeit:* Viele junge Erwachsene möchten nicht allein leben, sondern einen sozialen und nachhaltigen Lebensstil pflegen und sich z. B. in der Kinderbetreuung gegenseitig unterstützen.

• *Wohnen und mehr:* Nicht nur die „eigenen vier Wände“, sondern auch die Möglichkeiten zur Kombination von Wohnen und Arbeit oder die Freizeitangebote sind wesentliche Faktoren bei der Standortwahl.

Die Broschüre „Modernes Leben und Wohnen – Zukunftsorientierte Wohnmodelle für junge Erwachsene im ländlichen Raum“ wurde im Frühjahr 2017 vorgestellt und ist auf der Homepage der Oö. Zukunftsakademie abrufbar.

Beispiele für innovative Wohnmodelle

Wie vielfältig innovative, an den Bedürfnissen junger Erwachsener ausgerichtete Wohnformen sein können, zeigen folgende Beispiele. Allen liegen konkrete, in der Broschüre präsentierte Realvorbilder zugrunde.

WOHNRAUMMODELLE FÜR JUNGE ERWACHSENE IM LÄNDLICHEN RAUM

• *Die Jugend-WG:* Die Gemeinde mietet eine große, seit Langem leer stehende Genossenschaftswohnung, die schwer zu vermieten war. Dort leben nun junge Erwachsene in einer Wohngemeinschaft. Nachdem die Gemeinde der Hauptmieter ist, muss sich die Genossenschaft nicht um die Vermietung kümmern. Die Jugend-WG ist ein erster, niederschwelliger und kostengünstiger Schritt zum eigenen Reich in der Heimatgemeinde.

• *Der Wohnjoker:* In einem Mehrparteienhaus wurde ein separater Raum mit kleinem Bad, aber ohne Küche – ähnlich einem größeren Hotelzimmer – eingeplant. Dieser steht nun allen Hausparteien als „Wohnjoker“ zur Verfügung, z. B. für erwachsene Kinder, Besuch von Verwandten oder eine Änderung der Familiensituation. Damit ist für einen begrenzten Zeitraum (in der Regel sechs Monate bis zwei Jahre) zusätzlicher Wohnraum verfügbar, der gleichzeitig durch die Nähe zur Stammwohnung eine gewisse Privatsphäre ermöglicht.

• *Die Micro-Lofts:* Ein seit drei Jahren leer stehender, ehemaliger Supermarkt im Ortszentrum. Ein Abriss kommt aus rechtlichen Gründen nicht in Frage, eine gewerbliche Vermietung ist kaum möglich. Was tun? In den offenen Grundriss werden mit wenigen baulichen Maßnahmen Zwischenwände und Nasszellen eingebaut. So entstehen pfiffige Kleinwohnungen mit jeweils ca. 50 m². Die Nachfrage ist sehr hoch, aktuell leben fünf Bewohner/innen zwischen 25 und 30 Jahren sowie zwei Parteien der Altersgruppe 50–60 Jahre dort.

• *Der flexible Grundriss:* In der Regel steht ein Wohnhaus für ca. 60 bis 80 Jahre. Kinder leben üblicherweise ca. 20 Jahre im Haushalt der Eltern. Das klassische Einfamilienhaus wird daher oft nur kurze Zeit voll ausgelastet. Platz, Kosten und Aufwand lassen sich durch eine intelligente Planung in Mehrparteienhäusern einsparen, indem sich unterschiedliche Nutzungsformen (z. B. eine große Wohnung, zwei kleine Wohnungen, Wohnung und Büro etc.) leicht adaptieren lassen.

• *Der Dachausbau:* Ein junges Paar mit einem Kind kauft eine Altbau-Dachgeschosswohnung. Nach der Geburt des zweiten Kindes wird die Wohnung zu klein – also wird der Dachboden des Nachbarhauses dazu gekauft und die beiden Dachböden miteinander verbunden. Eine Tür zum Gang wird zur Brandschutztür, somit können auch die baupolizeilichen Anforderungen leicht erfüllt werden.

• *Die Clusterwohnung:* Man ist jung, kontaktfreudig und gesellig. Aber man möchte doch hin und wieder seinen Rückzugsraum – anders als in der klassischen WG. Hier passt das Modell der Clusterwohnungen.

WOHNRAUMMODELLE FÜR JUNGE ERWACHSENE IM LÄNDLICHEN RAUM

Innerhalb einer großen Wohnung gruppieren sich separate Wohneinheiten („Cluster“) mit ca. 30–50 m², eigenem Bad und kleiner Kochgelegenheit. Das Gemeinschaftsleben spielt sich im großzügigen Wohnbereich mit Küche/Essplatz, Büro, Freizeitraum, Wasch- und Trockenraum ab. Das spart Platz und schafft Gemeinschaft.

• *Der Bauernhof:* Vor 25 Jahren haben sich fünf Freunde zusammengeschlossen, um einen halb verfallenen Bauernhof vor dem Abriss zu retten. Gemeinsam haben sie ihn günstig gekauft und mit viel Herzblut renoviert. Jeder hat darin seine Eigentumswohnung, jeder besitzt ein Fünftel des Grundstücks und zahlt ein Fünftel der Betriebskosten.

• *Das Coworking:* Immer mehr Menschen können – dank digitaler Technologien – von überall aus arbeiten. Viele machen das gerne von zu Hause aus, vielen geht dabei die Strukturierung des Alltags, die Ruhe, die technische Infrastruktur oder der Kaffeeplausch mit Kolleg/innen ab. Coworking bietet die Möglichkeit, temporär oder dauerhaft Arbeitsplätze zu nutzen. Immer mehr Coworking Spaces entstehen auch im ländlichen Raum.

• *Das Co-Housing:* Unter Co-Housing versteht man grundsätzlich private Wohnungen oder Häuser, die durch umfangreiche Gemeinschaftseinrichtungen ergänzt werden. Üblicherweise werden Co-Housing-Projekte von den Bewohner/innen selbst aktiv geplant, gestaltet, verwaltet und bewirtschaftet. Thematisch ist vieles möglich: ein Gemeinschaftsgarten, Carsharing, Gemeinschaftsbüro/-werkstatt, Wellnessbereich, Kinderraum, Veranstaltungsraum …

• *Die Siedlungsplanung:* Ein junges Paar möchte zur Familiengründung aufs Land ziehen. In der Heimatgemeinde der Frau haben sie vom Entstehen einer neuen Siedlung gehört und folgen der Einladung des Bürgermeisters, sich im Rahmen eines Architekten-Workshops in die Planung einzubringen. Im Zuge des einwöchigen Planungsworkshops werden Meinungen, Vorschläge und Kritik zur optimalen Siedlungsgestaltung eingeholt. Erst dann erfolgt die Vergabe der Bauplätze durch die Gemeinde.

Innovative Wohnformen in der Umsetzung

Zehn Gemeinden aus der Region Steyr-Kirchdorf haben die Broschüre zum Anlass genommen, konkrete Schritte zur Realisierung von bedarfsorientierten Wohnmodellen für junge Erwachsene in die Wege zu leiten und im Rahmen des Programms „Lokale Agenda 21“ ein innovatives Modellprojekt zu starten. Die Grundintention war, das Bewusstsein bei den Gemeindeverantwortlichen, Hausbesitzern und jungen Erwachsenen zu schärfen, dass das Schaffen von attraktiven Wohnformen nur gemeinsam zu bewerkstelligen ist. In vielen Gesprächen und Fokusgruppen-Workshops wurden Pläne gewälzt, Skizzen auf Transparentpapier gemalt und verworfen, wieder gemalt und wieder verworfen und wieder gemalt – und nicht mehr verworfen. Andere Teilnehmer/innen haben mit Knetmasse, Holzblöcken und Spielsteinen ihre Vorstellungen visualisiert. Nach einem Jahr sind nun zehn Projekte in konkreter Planung oder Umsetzung. Sehr begrüßt wird das Vorhaben auch von den lokalen Betrieben, die in Zeiten des Fachkräftemangels und der Anziehung von Mitarbeiter/innen aus anderen Regionen gerade kleine, flexible Wohnformen am Land sehr schätzen.

Gelebte Zukunftsarbeit vor Ort

Neben den fachlichen Erkenntnissen zum Thema ist dieses Projekt aus Sicht der Oö. Zukunftsakademie ein ideales Beispiel für gelebte Zukunftsarbeit vor Ort: Man befasste sich systematisch und objektiv mit einem Thema (Abwanderung junger Erwachsener). Man sucht jene Stellschrauben, die sich lokal beeinflussen lassen (Wohnmodelle). Man sucht sich Hilfe bei Expert/innen und blickt über den Tellerrand (Broschüre mit 21 Wohnmodellen). Man bindet die Betroffenen mit ein (Fokusgruppen mit jungen Erwachsenen). Man bleibt am Thema dran (Umsetzungsprojekte).

So kann Zukunft im ländlichen Raum gestaltet werden!

Anmerkungen zur Broschüre
Diese Broschüre, die von der Oö. Zukunftsakademie in Kooperation mit Regionalmanagement OÖ erstellt wurde, beinhaltet noch viele weitere Praxisbeispiele, wie sich junges Wohnen auch am Land integrieren lässt. Sie finden die Broschüre auf der Homepage der Oö. Zukunftsakademie im Downloadbereich kostenlos zum Herunterladen.

Johann Lefenda, 36,

ist seit 2016 Leiter der Oö. Zukunftsakademie, einem Thinktank des Landes Oberösterreich. Zuvor war er in der Beratung öffentlicher Einrichtungen tätig.

DI Dr. Nikolaus Lienbacher, MBA
Leiter der Landwirtschaftskammer Salzburg

MIT INTELLIGENTER VERSCHWENDUNG DIE WELT RETTEN

„Die globale Ressourcennutzung hat mittlerweile ein Niveau erreicht, welches die Tragfähigkeit der Erde übersteigt“, konstatierte Mathis Wackernagel, Präsident des Global Footprint Network, anlässlich der ersten österreichweiten Tagung zum Thema Ressourcenverbrauch im Jahr 2015. Im Jahr 2018 hat die Weltbevölkerung bereits am 1. August – dem Earth Overshoot Day – den Jahresvorrat an erneuerbaren Ressourcen aufgebraucht. Ab diesem Zeitpunkt waren wir auf einen Kredit der Erde angewiesen und zehrten von deren Reserven. Geht man vom Trend der aktuellen weltweiten Nachfrage nach Rohstoffen aus, würden im Jahr 2050 die Ressourcen von drei Planeten benötigt werden.

Aufgrund dieses hohen Materialkonsums und der steigenden Nachfrage bei gleichzeitiger Verknappung wird die Regenerationsfähigkeit der Natur zu einem limitierenden Faktor für die Wirtschaft. Die entscheidende Frage lautet daher: Reichen die vorhandenen Ressourcen aus, um all das bereitzustellen, was wir konsumieren und verbrauchen, oder wird ein Ressourcendefizit zum Risiko?

Würde die gesamte Weltbevölkerung so leben wie wir Europäer, so wären bereits fünf Erdbälle dafür erforderlich. Österreich ist in Sachen Ressourcenverbrauch nicht gerade Musterschüler. Beim Materialkonsum liegt es an sechster Stelle, deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 13,5 Tonnen pro Kopf und Jahr. Bis zum Jahr 2050 sollte der Materialverbrauch auf 9,2 Tonnen pro Kopf abgesenkt werden, ohne an Wohlstand verlieren zu müssen. Natürliche Ressourcen sind wichtige Produktionsfaktoren und Grundvoraussetzung für Wohlstand und erfolgreiches Wirtschaften. In Zeiten steigender Preise und erschöpfter Tragfähigkeit ist Ressourceneffizienz daher ein entscheidender Wettbewerbsfaktor.

Wachstum und Wohlstand müssen so weit wie möglich vom Einsatz natürlicher Ressourcen entkoppelt werden. Ein radikales Umdenken ist erforderlich. Für die Politik bedeutet dies, die Anstrengungen in diese Richtung deutlich zu erhöhen.

Von internationalen Vorbildern lernen

Mit dem World Resources Forum und dem Europäischen Ressourcenforum wurden auf globaler und internationaler Ebene vor einigen Jahren Plattformen geschaffen, die sich mit dem Aufbau und der Verbreitung von Wissen zu Themen der Ressourceneffizienz auseinandersetzen.

Die Europäische Union sieht in ihrem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa zahlreiche Maßnahmen und Aktivitäten vor, welche zum Ziel haben, in allen EU-Mitgliedstaaten das Bewusstsein für Ressourcenschonung zu fördern.

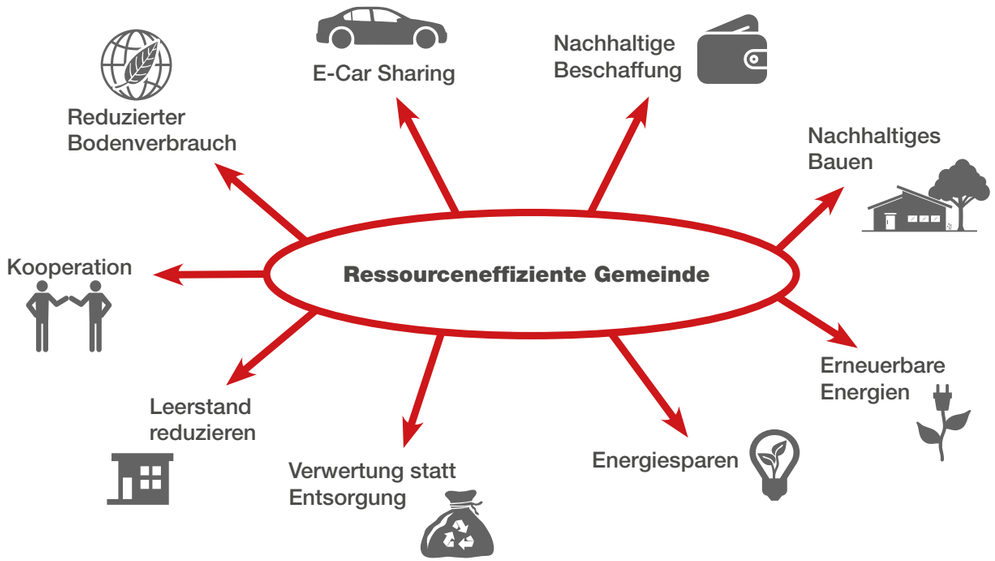


Illustration: Putzkers Grafikteam/Lukas Kaspar, Caroline Klima. Idee: Carina Rumpold

Ressourcen Forum Austria als Antwort

Um über die ökologischen Rucksäcke unserer Lebensstile mehr zu wissen und um neue Ansätze zu einem bewussten und schonenderen Umgang mit Ressourcen aufzuzeigen, wurde im Jahr 2013 das Ressourcen Forum Austria gegründet.

Dabei wird das Ziel verfolgt, das international vorhandene Wissen zur Verringerung des Ressourceneinsatzes auf die Regionen Österreichs, insbesondere auf die Gemeinden herunterzubrechen. In den Regionen entsteht die steigende Nachfrage nach Wohn- und Lebensraum, nach touristischer Infrastruktur, nach Arbeitsplätzen oder nach Erholung, weshalb diese besonders im Fokus stehen. Mit dem „Ressourcen Forum Austria“ besteht die Chance, diese internationalen Aktivitäten auf die Region zu projizieren und Lösungsansätze auf regionaler und lokaler Ebene wieder auf die internationale Ebene zu heben.

Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft in allen Bereichen von Wirtschaft und Industrie zu thematisieren, Beratungsprogramme zu initiieren und Best-Practice-Beispiele aufzuzeigen sind weitere Schwerpunktaufgaben, welche das Ressourcen Forum Austria in Angriff nimmt. Der Weg zu einem ressourceneffizienten Wirtschaften ist ein steiniger. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Gründungsmitglied des Club of Rome, sieht nur in der Entkoppelung des Wohlstandes vom Naturverbrauch den Lösungsansatz. Die Effizienz des Ressourceneinsatzes um den Faktor fünf oder gar zehn zu verbessern, stellt für ihn keine Illusion dar. Wesentlich dabei ist es, den sogenannten „Reboundeffekt“ zu verhindern. Vor allem erfordert es den politischen Willen, Kostenwahrheit bei Rohstoffpreisen einzuführen.

MIT INTELLIGENTER VERSCHWENDUNG DIE WELT RETTEN

Gemeindebund als Mitstreiter

Als Mitstreiter des Ressourcenforums konnte von Beginn an der Österreichische Gemeindebund mit dem damaligen Präsidenten, Professor Helmut Mödlhammer, gewonnen werden. Gerade in den Regionen und Gemeinden Österreichs spielen Ressourcenfragen eine zentrale Rolle. In den rund 2.100 Gemeinden Österreichs sind täglich von den Verantwortungsträgern Entscheidungen zu treffen, welche Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch haben. Viele Gemeinden haben bereits Anstrengungen unternommen und Vorteile erzielt, welche sich in besserer Umwelt- und damit Lebensqualität für die Bürger niederschlagen. Jene, die noch am Beginn eines solchen Weges stehen, können und sollen von diesen Gemeinden lernen. Erfahrungsaustausch ist daher einer der Schlüsselbegriffe zu mehr Ressourceneffizienz.

Die österreichischen Gemeinden repräsentieren den kleinsten gesellschaftlichen Baustein und somit die Schnittstelle von gelebter Politik, Wirtschaft und sozialem Engagement. Genau hier, wo Wohn- und Lebensraum, Arbeitsplätze und Erholung immer stärker nachgefragt werden, besteht besonderes Potenzial für Ressourcenschutz. Umso wichtiger erscheint es deshalb, die Umsetzung für eine weitreichende Ressourceneffizienz frühzeitig und nachhaltig in den Gemeinden zu verankern.

Gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Ressourcen Forum Austria hat das damalige Lebensministerium die Studie „Ressourceneffiziente Gemeinde“ durchgeführt und eine Strategie erarbeiten lassen, wie Gemeinden bei den wesentlichen Fragen geholfen werden kann. Einerseits ist der Druck auf den Bodenverbrauch enorm, andererseits geht es um nachhaltige Beschaffung oder interkommunale Zusammenarbeit bis hin zu Fragen der Nutzung der vorhandenen natürlichen Ressourcen, Verkehr, Energie und Bauen. Die Land- und Forstwirtschaft kann in der Frage um die Verknappung von Rohstoffen eine zentrale Rolle spielen. Allein durch einen verstärkten Einsatz von Holz im Baubereich kann ein positiver Beitrag zur Klimadebatte und zur Schonung von Umwelt und Natur geleistet werden. Bewusstseinsbildung ist dabei ein Schlüssel zur Lösung einer der wohl spannendsten Zukunftsfragen.

Alfred Riedl, aktueller Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, sieht im Setzen von Prioritäten im eigenen Verwaltungsbereich die Chance, Einfluss auf Art und Umfang der Verwendung von Ressourcen im Gemeindegebiet zu nehmen, wobei es den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wichtig ist, eine lebenswerte Umgebung für die künftigen Generationen zu schaffen: „Der Weg ist klar. Jetzt liegt es daran, ihn gemeinsam zu gehen“, betonte Präsident Alfred Riedl im Rahmen des Dritten Nationalen Ressourcenforums im Jänner 2019 in Salzburg.

Kindergarten Dorfbeuern

Damit der Wandel gelingt, braucht es Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Wissensweitergabe. Ziel muss es sein, in der Praxis aufzuzeigen, dass Wohlstand und Entwicklung vom Naturverbrauch erfolgreich entkoppelt werden können. Dazu müssen Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz Teil der Philosophie von uns allen werden. Und dafür steht das Ressourcen Forum Austria!

Natürliche Ressourcen sind nicht im unendlichen Ausmaß verfügbar. Effizienz und Effektivität sind und bleiben deshalb das Gebot der Stunde. Österreich ist von Rohstoffimporten aus dem Ausland abhängig. Durch die steigende Nachfrage bei gleichzeitiger Verknappung der Ressourcen steigen aber auch die Preise auf dem Weltmarkt. Eine höhere Ressourceneffizienz ist daher ein wichtiger Kosten- und Wettbewerbsfaktor für Unternehmen. Effizienter und sorgsamer Umgang mit den Ressourcen fördert innovativen Unternehmergeist und ist damit nicht nur nachhaltig, sondern auch wirtschaftlich. Der geringere Einsatz von Ressourcen je Produkt ist ein Merkmal einer innovativen und wettbewerbsstarken Wirtschaft.

Ressourcenbildung und Erfahrungsaustausch

Ressourcenwissen ist ein zentraler Ansatz für eine nachhaltige Zukunft. Dieses Ressourcenwissen muss in unseren Bildungssystemen stärker verankert werden. Auf spielerische Art und Weise kann heute jedes Kindergartenkind für die Naturwissenschaft begeistert werden. Dies würde uns später Erwachsene bieten, welche in ihre täglichen Entscheidungen stets den Gedanken der Nachhaltigkeit einbinden und den schonenden Ressourceneinsatz mitdenken. Insgesamt geht es darum, in den Bildungssystemen die Durchlässigkeit zu erhöhen und ressourcenbezogenes Wissen in allen Bildungsstufen, von der Volksschule bis zur Universität, zu verankern.

Mit intelligenter Verschwendung die Welt retten

Ein Leben im Überfluss ist möglich – ohne Abfall und mit 100-prozentig recyclebaren Produkten. Das behauptete zumindest Prof. Michael Braungart, der beim Dritten Nationalen Ressourcenforum die Debatte um die Kreislaufwirtschaft anheizte. Braungart geht es um einen Paradigmenwechsel im Umweltschutz, um „nützliche statt weniger schädliche Produkte“ oder – anders ausgedrückt – „die richtigen Dinge zu tun, statt Dinge richtig zu tun.“

Für Gründungspräsident Rudolf Zrost ist die Ressourcenwende eine Verantwortung der Wirtschaft, der Politik und der Bürger. Jeder einzelne von uns ist im Hinblick auf die eigenen Entscheidungen, den individuellen Lebensstil und das Konsumverhalten ein Rädchen im gesamten Gefüge. Mit einem starken Netzwerk aller Verantwortungsträger ist die Ressourcenwende zu schaffen und damit das Ziel, mit einer Erde das Auslangen auch für künftige Generationen zu finden, in greifbarer Nähe. Verfolgen wir dieses Ziel gemeinsam.

MIT INTELLIGENTER VERSCHWENDUNG DIE WELT RETTEN

Nikolaus Lienbacher, 59,

studierte Forstwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien, promovierte in Rechtswissenschaften und hat einen MBA in Public Management. Seit 20 Jahren leitet er die Landwirtschaftskammer Salzburg. Er veröffentlichte eine Monographie über rechtliche Beschränkungen von Waldbesitz. Nikolaus Lienbacher ist Gründungsmitglied der Initiative „Ressourcen Forum Austria“.

Das Büro des Österreichischen Gemeindebundes

vortr. HR Dr. Walter LEISS (Generalsekretär)
wHR Mag. Nicolaus DRIMMEL (stv. Generalsekretär)
Rinore GASHI (Sekretariat)
Konrad GSCHWANDTNER, Bakk. BA (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
Mag. Bernhard HAUBENBERGER (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
Blerda LOSHAJ (Sekretariat)
Sabrina NEUBAUER (Assistenz Presse & Kommunikation)
Mag. Anna NÖDL-ELLENBOGEN (Projektabwicklung)
Christina Maria PACHSCHWÖLL (Sekretariat)
Mag. Tristan PÖCHACKER (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
Mag. Carina RUMPOLD (Pressesprecherin, Chefredakteurin Kommunalnet)
Claudia SEDLAK (Büroleitung)
Andreas STEINER, BA MA (Pressesprecher)
Petra STOSSIER (Sekretariat)
Beate WINKLER (Finanz- und Personaladministration)

Für einzelne Fachbereiche werden darüber hinaus Konsulenten zu Rat gezogen.
Per E-Mail sind alle Mitarbeiter/innen über *vorname.nachname@gemeindebund.gv.at* erreichbar.

Kontakt:
Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6
1010 Wien
Tel.: +43 (0)1 512 14 80
www.gemeindebund.at
office@gemeindebund.gv.at

Das Österreichische Gemeindebundbüro in Brüssel
Mag. Daniela Fraiß (Büroleitung)
Avenue de Cortenbergh 30
Tel.: +32 2 28 20 680
E-Mail: *oegemeindebund@skynet.be*

DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND

„Wir schaffen Heimat“ ist nicht nur Teil des Leitbildes des Österreichischen Gemeindebundes, sondern auch täglicher Arbeitsauftrag in der Interessensvertretung der heimischen Kommunen.

2.096 Gemeinden gibt es derzeit in Österreich. 2.085 davon sind in den Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes organisiert.

Der Österreichische Gemeindebund ist die Dachorganisation seiner Landesverbände und vertritt die Interessen der Kommunen auf Bundesebene. Diese Aufgabe ist verfassungsrechtlich abgesichert und gibt dem Gemeindebund das Mandat, für die Gemeinden auch Vereinbarungen zu treffen.

Der Finanzausgleich ist sicherlich die wichtigste Vereinbarung, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden getroffen wird. Aber auch andere Themenfelder, wie etwa der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in den Schulen oder auch die Finanzierung der Pflege, werden vom Gemeindebund für alle Gemeinden verhandelt.

Die Kommunen selbst sind (freiwillige) Mitglieder in ihren jeweiligen Landesverbänden. Die Landesorganisationen wiederum sind Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes.

Oberstes Organ ist der Bundesvorstand, der 64 Mitglieder hat und zumindest zweimal pro Jahr zusammentritt. Wesentlich öfter tritt das Präsidium zusammen, um aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen zu beraten.

An der Spitze des Gemeindebundes steht seit März 2017 Präsident Bgm. Alfred Riedl. Die Vizepräsidentinnen sowie die Präsidenten der Landesverbände bilden das Präsidium.

Das operative Tagesgeschäft wird vom Generalsekretariat unter der Führung von Dr. Walter Leiss erledigt. Mit insgesamt fünfzehn Mitarbeiter/innen ist die Struktur sehr schlank.

Die Landesverbände unterhalten eigene Geschäftsstellen und vertreten die Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden gegenüber ihren Bundesländern. Sie begutachten Landesgesetze und schließen Vereinbarungen mit ihren Landesregierungen.

Der Gemeindebund ist außerdem mit einer Mitarbeiterin in Brüssel vertreten.

Für weitere Informationen über die Arbeit des Gemeindebundes besuchen Sie bitte unsere Homepage *www.gemeindebund.at*.

PRÄSIDIUM ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Präsident
Präs. Bgm. Mag.
Alfred Riedl (NÖ)

Vizepräsidentin
Bgm.
Sonja Ottenbacher (S)

Vizepräsident
Präs. LAbg. Bgm.
Johann Hingsamer (OÖ)

Vizepräsident
Präs. Bgm.
Rupert Dworak (NÖ)

Vizepräsidentin
Bgm.
Roswitha Glashüttner (St)

Weitere Mitglieder im Präsidium
Präs. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)
Präs. Bgm. Erich Trummer (B-SP)
Präs. Bgm. Peter Stauber (K)
Präs. Bgm. Günther Mitterer (S)
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)
Präs. Bgm. Harald Köhlmeier (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme
Generalsekretär vortr. HR Dr. Walter Leiss
Vbgm. Dr. Carmen Kiefer (int. Vertreterin)
Bgm. Arnold Marbek (int. Vertreter)
Bgm. Waltraud Schwammer (int. Vertreterin) Bgm. Mag.
Pauline Sterrer (int. Vertreterin)
Bgm. Hanspeter Wagner (int. Vertreter)
LAbg. GR Hannes Weninger (int. Vertreter)

BUNDESVORSTAND ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Mitglieder Burgenland

Präs. Bgm. Leo Radakovits
Präs. Bgm. Erich Trummer
VPräs. Bgm. Inge Posch-Gruska
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Thomas Steiner

Mitglieder Kärnten

Präs. Bgm. Peter Stauber
VPräs. LAbg. Bgm. Klaus Köchl
VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder
VPräs. Bgm. Josef Müller
VPräs. Bgm. Christian Poglitsch

Mitglieder Niederösterreich

Präs. Bgm. Mag. Alfred Riedl
Präs. Bgm. Rupert Dworak
VPräs. Bgm. Andreas Babler, MSc
LAbg. Bgm. Josef Balber
Mag. Sabine Blecha
LGf. STR Mag. Ewald Buschenreiter
VPräs. Bgm. Herbert Goldinger
LAbg. Bgm. Margit Göll
NR Bgm. Renate Gruber
Bgm. Kurt Jantschitsch
Bgm. Manfred Marihart
VPräs. LAbg. Bgm. a. D. Karl Moser
VPräs. Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl
Bgm. Anette Töpfl
Bgm. Michaela Walla

Mitglieder Oberösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
Bgm. a. D. Mag. Walter Brunner
Bgm. Johann Holzmann
VPräs. Bgm. Manfred Kalchmair
Bgm. Wilfried Kellermann
Bgm. BR Mag. Bettina Lancaster
VPräs. LAbg. Bgm. Peter Oberlehner
Bgm. Mag. Anton Silber
Bgm. Karl Staudinger
Bgm. Andreas Stockinger
Bgm. Helmut Wallner
Bgm. Johann Weirathmüller

Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Günther Mitterer
Bgm. Hansjörg Obinger
VPräs. Bgm. Sonja Ottenbacher
VPräs. Bgm. Rupert Reischl
Bgm. Johann Warter

Mitglieder Steiermark

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
VPräs. Bgm. Roswitha Glashüttner
Bgm. Herbert Gugganig
Bgm. Robert Hammer
Bgm. Engelbert Huber
Bgm. Johann Kaufmann
Bgm. Gregor Löffler
Bgm. Reinhard Reisinger
Bgm. Ronald Schlager
VPräs. Bgm. Manfred Seebacher
VPräs. NR Bgm. Christoph Stark
Bgm. Johann Urschler

Mitglieder Tirol

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
VPräs. Bgm. Christian Härting
VPräs. Bgm. Franz Hauser
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
Bgm. Mag. Josef Mair
Bgm. Ing. Rudolf Puecher
BR a. D. Bgm. Johann Schweigkofler

Mitglieder Vorarlberg

Präs. Bgm. Harald Köhlmeier
VPräs. Bgm. Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann
VPräs. Bgm. Werner Müller, MAS
Bgm. Mag. Harald Witwer

EHRENMITGLIEDER ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Ehrenpräsidenten

Präs. a. D. LTPräs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Franz Romeder
Präs. a. D. Bgm. a. D. Prof. Helmut Mödlhammer

Ehrenmitglieder des Präsidiums

Generalsekretär a. D. vortr. HR i. R. Dr. Robert Hink

Träger des Ehrenringes

Generalsekretär a. D. vortr. HR i. R. Dr. Robert Hink
Präs. a. D. Bgm. a. D. Prof. Helmut Mödlhammer
Präs. a. D. LTPräs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Franz Romeder

Ehrenmitglieder

Präs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Wilfried Berchtold
BR a. D. Bgm. a. D. Ludwig Bieringer
Bgm. a. D. Wolfgang Eder
Präs. a. D. Bgm. a. D. Hans Ferlitsch
Bgm. a. D. Reinhold Fiedler
Dir. a. D. Hofrat Dr. Hans Gargitter
VPräs. a. D. Bgm. Valentin Happe
LR a. D. VPräs. a. D. Bgm. a. D. Fritz Knotzer
Dir. a. D. Helmut Lackner
LGf. a. D. Dr. Helmut Ludwig
Präs. a. D. Bgm. a. D. Prof. Helmut Mödlhammer
VPräs. a. D. Bgm. a. D. Erwin Mohr
HR Univ.-Prof. Dr. Hans Neuhofer
Bgm. a. D. Franz Ninaus
LTPräs. a. D. Bgm. a. D. Walter Prior
Präs. a. D. Bgm. a. D. Günther Pumberger
Präs. a. D. Bgm. a. D. Michael Racz
Bgm. a. D. Dir. a. D. Hans Rauscher
Bgm. a. D. Vinzenz Rauscher
Präs. a. D. LTPräs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Franz Romeder
Präs. a. D. LAbg. a. D. Bgm. a. D. Franz Rupp
Präs. a. D. Bgm. a. D. Ernst Schmid
Magistratsdirektor Mag. Christian Schneider
Bgm. a. D. Ökon.-Rat Hans Steiner
Präs. a. D. Bgm. Ferdinand Vouk
Präs. a. D. Bgm. a. D. Bernd Vögerle
Dir. a. D. Dr. Klaus Wenger

BURGENLÄNDISCHER GEMEINDEBUND (VP)
Bgm. Leo Radakovits (Präsident)
Bgm. Stefan Bubich (LGF)
E-Mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at; www.gemeindebund-burgenland.at

VERBAND SOZIALDEM. GEMEINDEVERTRETER IM BURGENLAND (SP)
Bgm. Erich Trummer (Präsident)
Mag. Herbert Marhold (LGF)
E-Mail: office@gvvbgld.at; www.gvvbgld.at

KÄRNTNER GEMEINDEBUND
Bgm. Peter Stauber (Präsident)
Mag. (FH) Peter Heymich (LGF)
E-Mail: gemeindebund@ktn.gde.at; www.kaerntner-gemeindebund.at

NIEDERÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND (VP)
Bgm. Mag. Alfred Riedl (Präsident)
Mag. Gerald Poyssl (LGF)
E-Mail: post@noegemeindebund.at; www.noegemeindebund.at

VERBAND SOZIALDEM. GEMEINDEVERTRETER IN NIEDERÖSTERREICH (SP)
Bgm. Rupert Dworak (Präsident)
Mag. Ewald Buschenreiter (LGF)
E-Mail: office@gvvnoe.at; www.gvvnoe.at

OBERÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND
LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Präsident)
Mag. Franz Flotzinger (LGF)
E-Mail: post@ooegemeindebund.at; www.ooegemeindebund.at

SALZBURGER GEMEINDEVERBAND
Bgm. Günther Mitterer (Präsident)
Mag. Dr. Martin Huber (LGF)
E-Mail: office@gemeindeverband.salzburg.at; www.gemeindeverband.salzburg.at

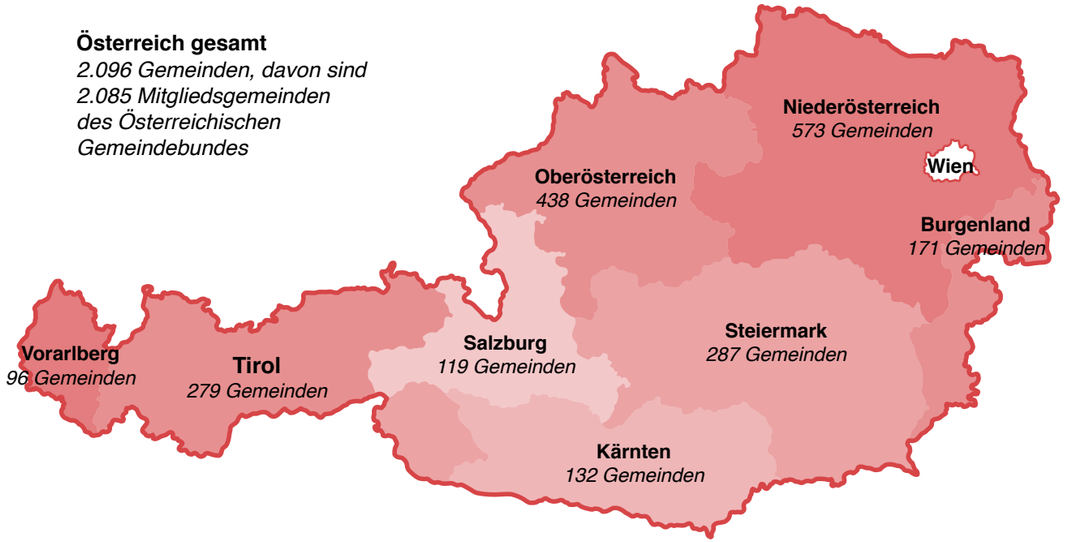
GEMEINDEBUND STEIERMARK
LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (Präsident)
Mag. Dr. Martin Ozimic (LGF)
E-Mail: post@gemeindebund.steiermark.at; www.gemeindebund.steiermark.at

TIROLER GEMEINDEVERBAND
Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Präsident)
Mag. Peter Stockhauser (LGF)
E-Mail: tiroler@gemeindeverband-tirol.at; www.gemeindeverband-tirol.at

VORARLBERGER GEMEINDEVERBAND
Bgm. Harald Köhlmeier (Präsident)
Dr. Otmar Müller (LGF)
E-Mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at; www.gemeindeverband.at

LANDESVERBÄNDE ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Österreich gesamt
2.096 Gemeinden, davon sind 2.085 Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Gemeindebundes



Quelle: Statistik Austria. Grafik: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan

WAS UNSERE GEMEINDEN LEISTEN ...

76.000 Gemeindebedienstete *(ohne Wien, in Vollzeitäquivalenten) davon 15 Prozent in der Verwaltung*

20,7 Mrd. Euro Einnahmen

78 Prozent der Stromerzeugung kommt aus erneuerbaren Quellen

970 Rettungsdienststellen
77.000 Freiwillige bei Rettungsdiensten

95.800 Personen in stationären Pflegeheimen

60.000 Gebäude im Eigentum der Gemeinden

2.000 Bauhöfe und 1.300 Recyclinghöfe werden von Kommunen betrieben

1.300 Windkraftanlagen erzeugten 2018 mehr als die Hälfte des Stomverbrauches österreichischer Haushalte

920 Kinderkrippen
3.280 Kindergärten

93 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen werden in Kindergärten betreut

7.000 Euro gibt jede Gemeinde pro Kindergartenkind und Jahr aus (ohne Wien)

600 Hallen- und Freibäder, Natur-, See- und Strandbäder

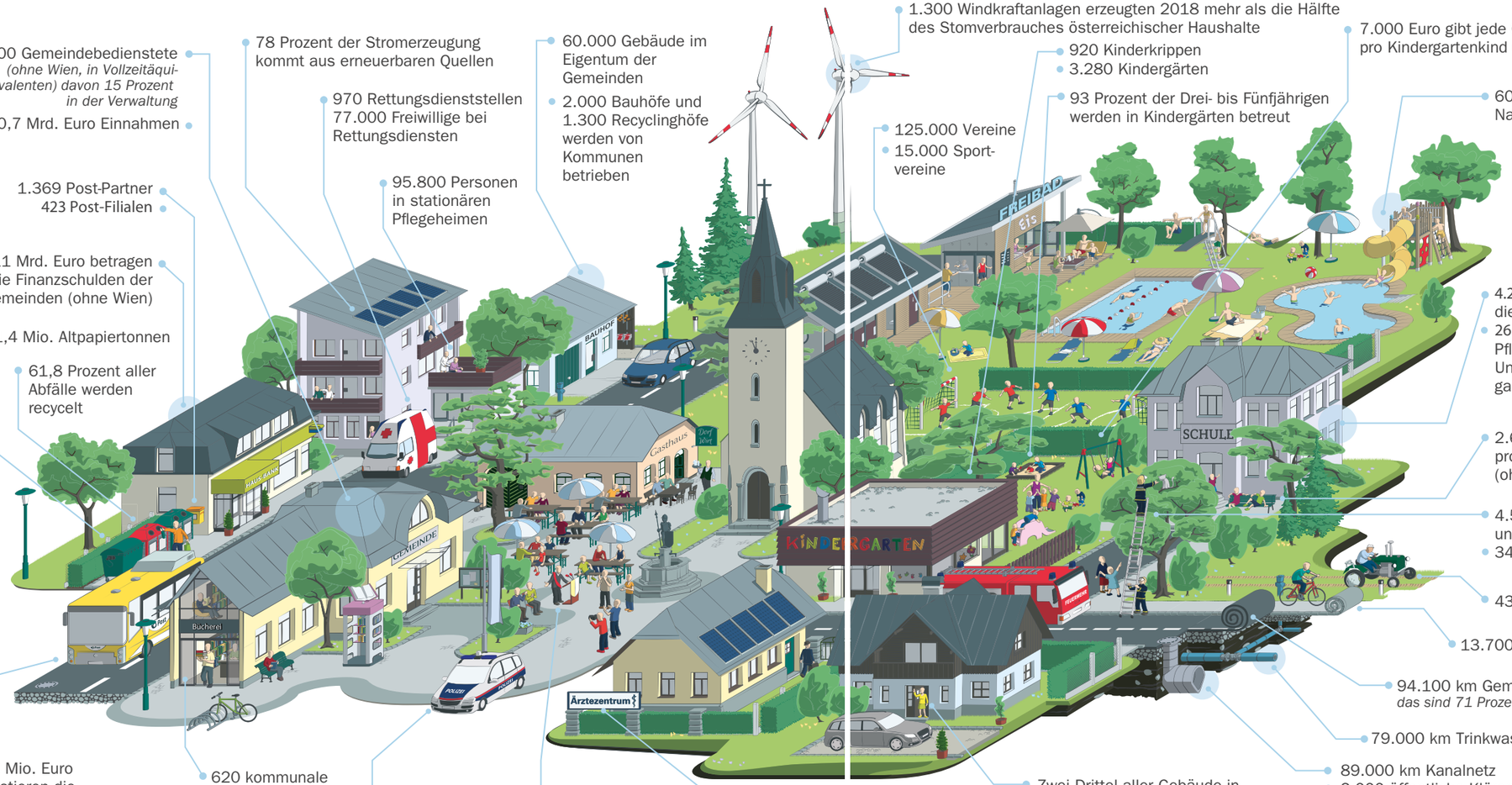
125.000 Vereine
15.000 Sportvereine

1.369 Post-Partner
423 Post-Filialen

11 Mrd. Euro betragen die Finanzschulden der Gemeinden (ohne Wien)

1,4 Mio. Altpapiertonnen

61,8 Prozent aller Abfälle werden recycelt



4.260 Pflichtschulen erhalten die Gemeinden
26 Prozent der Schüler in allen Pflichtschulen und AHS-Unterstufen besuchen eine ganztägige Schulform

2.600 Euro gibt jede Gemeinde pro Schulkind und Jahr aus (ohne Wien)

4.500 Freiwillige Feuerwehren und Feuerwehr-Häuser
340.000 Mitglieder

43.000 km Güterwege

13.700 km Radwege

94.100 km Gemeindestraßen *das sind 71 Prozent aller Straßen*

79.000 km Trinkwasserleitungen

89.000 km Kanalnetz
2.000 öffentliche Kläranlagen

Zwei Drittel aller Gebäude in Österreich sind Einfamilienhäuser

600 Mio. Euro investieren die Gemeinden jährlich in Straßenbau und öffentlichen Nahverkehr (ohne Wien)

620 kommunale Büchereien *6,2 Mio. Bücher, Filme, CDs, Spiele, Zeitschriften*
521.000 Benutzer/innen

ca. 1.000 Polizeiinspektionen

2.096 Bürgermeister *davon 8 Prozent weiblich*
40.000 Gemeinderäte

1.300 niedergelassene Ärzte
14 Primärversorgungseinheiten

Wir legen großen Wert auf Gleichbehandlung. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit beziehen sich die gewählten neutralen Bezeichnungen, wie Bürger, Politiker etc., sowohl auf Männer als auch auf Frauen.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
www.gemeindebund.at

Koordination und Redaktion: Mag. Carina Rumpold, Sabrina Neubauer

Gestaltung: Ronald Putzker
Putzkers Grafikteam/Mag. Caroline Klima, 1220 Wien, Eibengasse 8
www.putzkersgrafikteam.com

Illustrationen, Grafiken: *Gemeindegrafik* (Seite 100–101): Illustration: Stefan Pommer; Beschriftung: Mag. Georg Ihm, IHM & IHM GmbH & Co KG
Weitere Grafiken: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan, /Lukas Kaspar, /Caroline Klima (siehe dort)

Bildnachweis: *Coverfoto:* Bernhard Wimmer. Seine Aufnahme des Skywalks in der Gemeinde Hohe Wand setzte sich unter fast 1.200 beim Fotowettbewerb des Gemeindebundes eingereichten Fotos durch. Dieses Foto wurde von den Kommunalnet-User/innen zum schönsten Foto gewählt.
Schuller/Gemeindebund (Seite 2, 7, 16, 17, 22, 23, 91/alle, 92)
Gemeindebund/Mag. Carina Rumpold (Seite 8, 15, 90, 94)
Pamela Russmann (Seite 24, 31)
Stadtarchiv Wiener Neustadt (Seite 26 oben)
Sammlung Willibald Rosner (Seite 26 unten)
Stadtarchiv Wiener Neustadt (Seite 28)
Thomas Peintinger (Seite 32, 39 links)
Beard_WienHaus (Seite 34, 39 rechts)
Adolf Bereuter (Seite 40, 47)
Simon Rosner (Seite 48, 61)
Marktgemeinde Telfs/Stelzl (Seite 62, 69)
Marktgemeinde Telfs/Dietrich (Seite 64)
Darko Todorovic (Seite 70, 72, 74, 75)
Land OÖ/Linschinger (Seite 76, 81)
Doris Wild, www.wildbild.at (Seite 82, 87)
sitka.kaserer.architekten (Seite 86)

Österreichischer
Gemeindebund

Österreichischer Gemeindebund
1010 Wien • Löwelstraße 6
www.gemeindebund.at